

Rechtsextremismus in Stichworten

Ideologien - Organisationen - Aktivitäten

Herausgeber:

Freie und Hansestadt Hamburg
Behörde für Inneres
Landesamt für Verfassungsschutz
Johanniswall 4, 20095 Hamburg

Telefon: 040/244443

Telefax: 040/338360

Internet-Homepage:

<http://www.hamburg.de/Behoerden/LfV/homepage.htm>

Auflage: 4000

Juni 2001

Druck: Lütcke & Wulff, Heidenkampsweg 76 B, 20097 Hamburg

Vorwort

Die von rechtsextremistischen Bestrebungen ausgehenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung und für das friedliche Zusammenleben der Menschen sind gerade in jüngster Zeit besonders deutlich und damit auch Gegenstand tief besorgter und intensiver öffentlicher Diskussion geworden. Die Zahl rechtsextremistisch motivierter Straftaten ist im vergangenen Jahr drastisch gestiegen, eine Vielzahl von Aufmärschen und anderen Aktivitäten vor allem von neonazistischen Gruppierungen haben Erschrecken, Empörung und Protest hervorgerufen. Auch eine weltoffene und liberale Stadt wie Hamburg ist gegen rechtsextremistisches Treiben offensichtlich nicht gefeit, sie muss sich damit auseinandersetzen und ihm energisch entgegenreten.

Zwar ist der Staat bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus in einer besonderen Pflicht - er hat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten von Repression und Prävention auszuschöpfen -, sein Handeln kann jedoch nur dann nachhaltige Erfolge haben, wenn es von einer breiten gesellschaftlichen Unterstützung getragen wird. Rechtsextremisten haben nur dort eine Chance, wo es an demokratischem Engagement fehlt. Organisations- und Versammlungsverbote, die Verfolgung von Straftaten und die Beschlagnahme hassgefüllter CDs, Gefährderansprachen und Aussteigerprogramme sind notwendige Maßnahmen, um die Aktionsräume von Neonazis einzugrenzen. Dass ihre menschenverachtenden Parolen nicht wieder verfangen und zumal junge Menschen verführen, bedarf darüber hinaus umfassender gesellschaftlicher Anstrengungen. Hierfür gibt es auch in Hamburg viele gute Beispiele.

Wer sich engagieren will, braucht Informationen. In seinem kürzlich veröffentlichten Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2000 hat das Landesamt für Verfassungsschutz die Entwicklung im gesamten Bereich des politischen Extremismus in Hamburg dargestellt. Dieser Bericht konzentriert sich auf Ereignisse und Tendenzen des vergangenen Jahres. Mit dem nun erscheinenden „Stichwortverzeichnis“ zum Rechtsextremismus ist eine Informationsschrift erarbeitet worden, die viele weitere Themen und Details umfasst und sich dabei auch nicht auf die Situation in Hamburg beschränkt. Sie soll und kann als Nachschlagewerk dienen, das ei-

ne schnelle Orientierung über die Vielzahl rechtsextremistischer Gruppierungen und ideologischer Strömungen ermöglicht. Die Arbeit enthält gleichzeitig Hinweise auf wichtige gesetzliche Regelungen, häufig verwendete Symbole und verbotene Organisationen. Das Hamburger Landesamt legt damit ein von Seiten der Verfassungsschutzbehörden in dieser Form bisher nicht bestehendes Informationsangebot vor.

Handwritten signature of Olaf Scholz, consisting of the letters 'O', 'S', and 'H' in a stylized, cursive script.

Senator Olaf Scholz
Präses der Behörde für Inneres
der Freien und Hansestadt Hamburg

Rechtsextremismus in Stichworten

Ideologien - Organisationen - Aktivitäten

Einführung

1. Zielsetzung

In der gesamten Öffentlichkeit – den Medien, den Parteien und Verbänden, Institutionen und Einrichtungen und nicht zuletzt bei einer Vielzahl einzelner besorgter Bürgerinnen und Bürger – ist das Interesse am Thema Rechtsextremismus in der letzten Zeit deutlich gestiegen. Die Verfassungsschutzbehörden spüren dies auch anhand der stark gestiegenen Nachfrage nach Interviews, Vorträgen, Publikationen, Stellungnahmen für die politischen Gremien und schließlich Einzelauskünften zu Organisationen, Personen und Ereignissen.

Mit dieser Broschüre hoffen wir, eine Angebotslücke im Spektrum der zahlreichen bereits vorliegenden Veröffentlichungen zum Rechtsextremismus schließen zu können. In annähernd 200 Stichworten wird ein Überblick insbesondere über eine Vielzahl von mehr oder weniger bedeutsamen rechtsextremistischen Organisationen oder Gruppierungen und über verschiedene ideologische Strömungen – auch aus Grenzbereichen -, ihre zentralen Begriffe und Aktionsformen gegeben.

Die Arbeit kann also in erster Linie als ein Nachschlagewerk dienen, sie hilft zur schnellen Identifizierung oder Einordnung von Phänomenen. Wird eine Organisation als rechtsextremistisch eingestuft? Ist sie verboten? Wo liegt oder lag ihr Aktionsschwerpunkt? Welche Querverbindungen zu anderen Organisationen oder Bestrebungen gibt es? Insbesondere Fragen dieser Art werden beantwortet. Verzichtet wird dagegen auf

Stichworte zu Namen bzw. Personen. Sie werden nur gelegentlich im Zusammenhang mit inhaltlichen Stichworten genannt. Wesentlicher Grund hierfür ist die den Verfassungsschutzbehörden obliegende Pflicht zum restriktiven Umgang mit personenbezogenen Daten. Fraglich ist darüber hinaus, ob eine „schwarze Liste“ rechtsextremer Aktivisten zum sachlich angemessenen Umgang mit der Problematik beitragen würde.

Unser Stichwortverzeichnis versteht sich als Ergänzung sowohl zu den jährlichen Verfassungsschutzberichten des Bundes und der Länder, die vorrangig auf wesentliche Entwicklungen und Ereignisse im jeweiligen Berichtsjahr eingehen, als auch zu den diversen kleineren Aufklärungsschriften, in denen zentrale Merkmale des Rechtsextremismus kurz benannt und die Notwendigkeit seiner Bekämpfung eingefordert werden. Das Stichwortverzeichnis greift demgegenüber ein breiter angelegtes Spektrum von Themen auf und es zielt weniger auf aktuelle als vielmehr auf grundlegende Informationen.

Diese Informationen beruhen zumeist auf eigenen Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörden, sie werden auch deshalb nicht mit weiteren Fundstellen belegt. Der Zielsetzung entsprechend werden keine weiterreichenden Analysen etwa aus dem Bereich der politischen Wissenschaft ausdrücklich vorgestellt. Sie sind mittelbar vor allem in die Erläuterung von allgemeinen Begriffen oder ideologischen Strömungen wie z. B. „Nationalismus“ oder „Neue Rechte“ eingegangen. Es werden jedoch keine spezifischen Erkenntnisse oder wissenschaftlichen Positionen referiert, so dass keiner Zitierpflicht nachgekommen werden musste.

Zu betonen ist, dass die Broschüre ausschließlich der tatsachenbezogenen Information dient. Die moralische Verwerflichkeit rechtsextremistisch motivierter Aktivitäten, seien es „nur“ menschenverachtende Parolen und Hassgesänge oder aber Gewaltakte gegen Ausländer und soziale Minderheiten, ist offensichtlich und muss in einer Arbeit wie dieser nicht wiederkehrend hervorgehoben werden. Dass sich der Rechtsextremismus als solcher gegen unsere Verfassungsordnung richtet und damit eine grundsätzliche Gefahr für die demokratischen Institutionen und Willensbildungsprozesse beinhaltet, ist die Voraussetzung seiner Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Die Ergebnisse dieser Beobachtung sollen und können dazu beitragen, dass sich alle demokratischen Kräfte ein genaueres Bild von den tatsächlichen Gefahren – ihrem Umfang und ihren Erscheinungsformen – machen, die vom Rechtsextremismus im Ganzen oder in einzelnen Strömungen ausgehen. Die Frage, welche praktischen Konsequenzen daraus zu ziehen sind, reicht weit über die Zuständigkeit der Behörden für Verfassungsschutz hinaus.

2. Was ist Rechtsextremismus? Begriffliche Klärungen

Politische Positionen oder Gruppen werden im alltäglichen Sprachgebrauch zumeist als „radikal“ bezeichnet, wenn darauf hingewiesen werden soll, dass sie ihre Meinung besonders heftig vertreten oder Forderungen stellen, die über die gängigen Normen und Kompromisslinien der politischen Auseinandersetzung hinausgehen. So gibt es z.B. radikale Verfechter des Umweltschutzes oder auch von „law and order“-Vorstellungen. In radikalen Positionen werden einzelne Probleme oder Gesichtspunkte besonders hervorgehoben und es wird nach konsequenten, an die Wurzel („Radix“) gehenden Lösungen gerufen. Solche Vorstellungen sind oft mit den politischen Realitäten kaum vereinbar, sie können aber auch wichtige Anstöße für sinnvolle Veränderungen liefern. Für den Begriff „Radikalismus“ gibt es keine objektivierten und überprüfbaren Merkmale, vielmehr handelt es sich um eine weitgehend subjektive Zuschreibung.

Anders verhält es sich beim Begriff „Extremismus“. Zwar gibt es im politischen Spektrum erkennbare Überschneidungen zwischen extremistischen und radikalen Positionen, der Extremismusbegriff ist jedoch genauer abgegrenzt. Zunächst ist allerdings zu konstatieren, dass sich der Begriff selbst nicht in irgendwelchen Gesetzen (weder im Grundgesetz oder im Strafgesetzbuch noch in den Verfassungsschutzgesetzen) findet, sondern dass es sich um einen allgemein akzeptierten Arbeitsbegriff für solche politischen Bestrebungen handelt, bei denen es tatsächliche Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie „gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder

ihrer Mitglieder zum Ziele haben.“ (§ 3 Bundesverfassungsschutzgesetz).

Extremismus ist also gleichbedeutend mit Verfassungsfeindlichkeit. Dies heißt nun allerdings nicht, dass jemand, der einzelne Regelungen bzw. Artikel des Grundgesetzes nicht akzeptiert oder ihre Änderung fordert, zum Extremisten wird. Selbstverständlich sind sehr viele Einzelregelungen des Grundgesetzes „veränderungsoffen“ und es ist fortlaufende politische Praxis, dass sie auch tatsächlich geändert werden. Als extremistisch werden nur solche Bestrebungen eingestuft, die sich gegen den Kernbereich unserer Verfassung, d.h. gegen unsere freiheitliche demokratische Grundordnung richten. Um welche Verfassungsmerkmale es sich dabei handelt, ist in den Verfassungsschutzgesetzen ausdrücklich festgelegt. Zusammengefasst sind dies im einzelnen (vgl. § 4 BVerfSchG):

- Die Volkssouveränität, vor allem das Recht auf freie und geheime Wahlen
- Die Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber dem Parlament
- Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition
- Das Rechtsstaatsprinzip und die Unabhängigkeit der Gerichte
- Der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft
- Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte

Ob sich eine politische Bestrebung gegen einen oder mehrere dieser Verfassungsgrundsätze richtet, wird von den Verfassungsschutzbehörden geprüft.

Bestrebungen, die nach der vorgestellten Definition als extremistisch zu bezeichnen sind, können sehr unterschiedliche Zielsetzungen verfolgen oder Motive haben. Kennzeichnend für rechtsextremistische Bestrebungen sind vor allem folgende Merkmale:

- Ausgeprägte Fremdenfeindlichkeit bis hin zu einer rassistisch geprägten Weltanschauung, d.h. zu einer Unterscheidung und Bewertung der Menschen nach (vorgeblich) biologischen Merkmalen

- Ein übersteigerter Nationalismus, mit dem oft ein Feindbild gegenüber anderen Staaten aufgebaut wird
- Vorstellungen von Staat und Nation, die auf einem „völkischen Kollektivismus“ basieren, in dem die Rechte der Individuen nachrangig sind
- Die Orientierung an autoritären und totalitären Politikmodellen (Einparteiensystem, Befehl und Gehorsam, „Führerprinzip“)
- Die Leugnung der Nazi-Verbrechen, die Diffamierung des demokratischen Neuaufbaus (z.B. als „Umerziehung“) und „gebietsrevisionistische“ Forderungen.

3. Zur Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik

Die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik war zu keiner Zeit frei von den Versuchen rechtsextremistischer Organisationen und Gruppierungen, Einfluss zu gewinnen und erneut an die Macht zu kommen. In den fünfziger Jahren und zu Beginn der sechziger Jahre wurde der Rechtsextremismus nahezu ausschließlich von Personen geprägt, die dem Nationalsozialismus entstammten. Die 1949 gegründete und 1952 verbotene „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) knüpfte offen an die nationalsozialistische Vergangenheit an. Ihre gesamte Führung und große Teile der Mitglieder waren ehemalige mittlere und kleine Funktionäre der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen. Eine entsprechende personelle Kontinuität war auch bei der „Deutschen Reichspartei“ (DRP) festzustellen. An der Gründung der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) im November 1964 waren neben alten Nationalsozialisten erstmals auch jüngere „unbelastete“ Mitglieder ohne persönliche Erfahrungen mit der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft beteiligt. Die NPD, die zwischen 1964 und 1969 eine starke Dominanz in der rechtsextremistischen Szene ausübte, vereinte Vertreter nationalsozialistischen Gedankengutes, junge aktionistisch orientierte Rechtsextremisten, aber auch ausgeprägte Ideologen in ihren Reihen.

Mit dem Niedergang der NPD nach der Wahlniederlage bei der Bundestagswahl 1969 zersplitterte die rechtsextremistische Szene in unterschiedlich ausgerichtete Organisationen bzw. Gruppierungen: In eine ak-

tionistisch geprägte Neonaziszene, die Zulauf von jungen Anhängern bekam, und in die eher intellektuell geprägte Szene der „Neuen Rechten“. Nach personellen Querelen innerhalb der NPD gründete deren ehemaliger stellvertretender Bundesvorsitzender Dr. Gerhard FREY 1971 die „Deutsche Volkunion“ (DVU) als eigenständige Organisation. 1987 wurde die DVU-Liste D, die später in DVU umbenannt wurde, als Wahlpartei gegründet. Mit der 1983 gegründeten Partei „Die Republikaner“ (REP) entstand erstmals eine rechtsextremistische Partei, die als teilweise Abspaltung von der CSU auch aus demokratischen Wurzeln entstammte.

Die Anfänge des Neonazismus ab Beginn der siebziger Jahre waren zunächst ebenfalls durch ältere Führungspersonen geprägt, die während der nationalsozialistischen Zeit politisch oder bei der SS aktiv waren. Insbesondere mit Michael KÜHNEN traten jedoch ab 1977 jüngere Neonaziführer in Erscheinung, die die Zeit des Nationalsozialismus nicht mehr erlebt hatten. KÜHNEN gelang es - bis seine Homosexualität bekannt wurde -, weite Teile der Neonazi-Szene zu dominieren. Er vermochte die Ideologie des Nationalsozialismus in öffentlichkeitswirksame Aktionsformen einzubinden und so eine junge Anhängerschaft aufzubauen. In seinem Gefolge entstand eine Führungsschicht, die z. T. noch heute an führender Stelle aktiv ist.

Die meisten Aktivisten der Neonaziszene waren und sind HITLER-Anhänger. Eine Minderheit, insbesondere die Anhänger der 1992 verbotenen „Nationalistischen Front“ (NF), bezog sich auf die von den Gebrüdern STRASSER geprägte frühe sozialistische Variante des Nationalsozialismus. Kenntnisse über den Nationalsozialismus sind bei der heutigen Generation der Neonazis häufig nur noch oberflächlich vorhanden. Nach wie vor kennzeichnend ist aber die Benutzung von Symbolen, die Verehrung nationalsozialistischer Führungspersonen (z.B. von Rudolf HESS) und die Verwendung nationalsozialistischer Schlagworte.

Nach einer Reihe von Organisationsverboten in der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurde das Konzept der „Freien Nationalisten“ propagiert, neonazistische Kameradschaften zu bilden und sich - erleichtert durch das Aufkommen der sogenannten neuen Medien - zu fallweisen oder auch festeren „Aktionsbündnissen“ zusammenzufinden. Auch in Zusammenarbeit mit der NPD gelang es den „Freien Nationalisten“ zu-

nehmend, Aufmärsche mit neonazistischem Gepräge durchzuführen und damit hohe Aufmerksamkeit zu provozieren. Weiterhin kennzeichnend für diese Phase des Rechtsextremismus seit Mitte der neunziger Jahre ist eine zunehmende Verflechtung neonazistischer Gruppierungen mit der Skinhead-Szene. Damit einher geht eine deutliche Steigerung der Gewaltbereitschaft.

Hinsichtlich der häufiger angesprochenen Gefahr eines Terrorismus von rechts ist festzustellen, dass es gegenwärtig in Deutschland keine handlungsfähigen rechtsterroristischen Strukturen gibt. Es besteht jedoch Anlass, die Entwicklung aufmerksam zu beobachten. Insbesondere durch Einzeltäter verübte schwere Gewaltakte vor allem gegen politische Gegner können nie ganz ausgeschlossen werden. In diesem Zusammenhang ist die Zunahme von Waffen- und Sprengstofffunden von besonderer Bedeutung. Es mehren sich Hinweise darauf, dass diese z.T. gezielt für Anschläge beschafft werden.

4. Soziale Hintergründe

Es gehört nicht zu den Anliegen dieser Broschüre, die Vielzahl insbesondere sozialwissenschaftlicher Untersuchungen zu den Ursachen der neueren Erscheinungsformen des Rechtsextremismus zu referieren und zu bewerten. Auch aus den Daten des Verfassungsschutzes und der Polizei ergeben sich jedoch einige Hinweise auf die Zusammensetzung des neonazistischen Personenpotentials und der Tatverdächtigen bei rechtsextremistisch motivierten Straftaten, die sich mit zentralen Befunden der sozialwissenschaftlichen Forschung decken.

Danach ist festzustellen, dass der Großteil dieses Personenkreises insbesondere durch folgende Merkmale charakterisiert werden kann:

- Es handelt sich zumeist um Jugendliche und junge Erwachsene
- Auch wenn gerade in jüngster Zeit mehr Aktivitäten von Frauen festgestellt werden konnten, sind Männer nach wie vor weit überrepräsentiert

- Im sozialen Hintergrund dominieren einfache und mittlere Bildungsabschlüsse und entsprechende Berufe der Arbeiter- und Handwerkerschicht
- Die Anbindung an eine Gruppe bzw. Clique hat große Bedeutung für das Selbstwertgefühl und den Verlauf von Aktionen.

Insbesondere in Verbindung mit der Skinhead-Szene muss also die Existenz einer jugendlichen Subkultur mit rechtsextremistischer und dabei vor allem fremdenfeindlicher Prägung festgestellt werden. Der engere Kreis von Aktivisten liegt nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes bei etwa 10.000 Personen, die Zahl derer, die Sympathien für rechtsextremistische Bestrebungen haben, liegt jedoch weit höher. Sämtliche Wahlanalysen der letzten Jahre belegen, dass rechtsextremistische Parteien den höchsten Stimmenanteil bei männlichen Jungwählern und dort vor allem im Bereich der einfachen Bildungs- und Berufsabschlüsse erhalten. Diese Tendenzen müssen ein Alarmsignal für alle sein, die sich Sorgen um die Verankerung der Demokratie in den Köpfen ihrer Bürger machen. Diesen Sorgen zu begegnen, geht weit über die Aufgaben und Möglichkeiten des Verfassungsschutzes hinaus.

5. In eigener Sache

Die vorliegende Broschüre wurde von einem Redaktionsteam des Hamburger Landesamtes für Verfassungsschutz erarbeitet. Die Idee für ein Nachschlagewerk in Stichworten entstand bereits im Sommer 1999. Da gerade im Bereich des Rechtsextremismus viele aktuelle Aufgaben vorrangig waren, hat die Fertigstellung einige Zeit in Anspruch genommen. Redaktionsschluss war April 2001. Begonnen haben wir die Arbeit mit unserem Kollegen Rolf ARNDT, der die Entwürfe für einen großen Teil der Stichworte gefertigt hat. Leider ist er zwischenzeitlich schwer erkrankt und konnte die Arbeit nicht gemeinsam mit uns vollenden. Ihm möchten wir an dieser Stelle besonderen Dank aussprechen.

Rechtsextremismus in Stichworten

Ideologien - Organisationen - Aktivitäten

Stichworte

Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland

Am 19.06.1997 in Kassel unter Beteiligung von Rechtsextremisten gegründete Kleinstpartei mit Sitz in Berlin. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, „den Rahmen für die Zusammenarbeit aller nationalen und patriotischen Kräfte“ zu bilden und „eine Veränderung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland“ zu erreichen. Dabei verbreitet sie nationalistische (☞ *Nationalismus*) und revisionistische Thesen (☞ *Revisionismus*).

Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)

Arbeitsgemeinschaft der ☞ „*Deutschen Volksunion*“ (DVU)

Aktion Oder-Neiße e.V. (AKON)

Arbeitsgemeinschaft der ☞ „*Deutschen Volksunion*“ (DVU)

Aktionsbüro Norddeutschland

Einrichtung des neonazistischen ☞ „*Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland*“

Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)

Am 07.12.1983 vom Bundesminister des Innern verbotene neonazistische Vereinigung (☞ *Neonazis*, ☞ *Vereine/Vereinsverbote*), die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung nach Art. 9 Abs. 2 GG richtete. Vom Verbot mitbetroffen waren die ANS/NA-Nebenorganisationen:

- „*Aktion Ausländerrückführung - Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung*“ (AAR)
- „*ANS-Betriebszellenorganisation*“ (ANS/BO)
- „*ANS/NA-Mädelbund*“
- „*Freundeskreis Deutsche Politik*“ (FK)
- „*Unabhängiger Pfadfinderbund Nibelungen*“
- „*Völkisch Nationaler Solidaritätsbund*“.



Die ANS/NA wurde am 15.01.1983 in Frankfurt/Main auf Initiative des Hamburger Neonazi-Führers Michael KÜHNEN (gest. 1991) durch den Zusammenschluss der ANS-Gruppe Hamburg mit den Kameradschaften Fulda und Frankfurt der „Nationalen Aktivisten“ (NA) gegründet. Sie war als Sammlungsbewegung für alle Nationalsozialisten ins Leben gerufen worden mit dem Ziel, die Abschaffung des „NS-Verbotese“ zu erreichen, um die NSDAP als legale Partei neu gründen und wieder ein nationalsozialistisches System errichten zu können. Die ANS/NA hatte zum Zeitpunkt ihres Verbotes etwa 270 Mitglieder. Ideen und damalige Führungspersonen spielen noch heute eine Rolle im Neonazismus.

Anti-Antifa

Unter der Bezeichnung „Anti-Antifa“ verfolgen Rechtsextremisten - insbesondere ☞ *Neonazis* - seit Anfang der neunziger Jahre eine Gegenstrategie, die sie ursprünglich als Antwort auf die von Linksextremisten betriebene Antifaschismus-Kampagne verstanden und die der Aufklärung und Einschüchterung militanter Linksextremisten diente. Die „Anti-Antifa“-Arbeit wurde später schrittweise auf sämtliche „politischen Gegner“ ausgedehnt. Als „politische Gegner“ werden von den „Anti-

Antifa“-Aktivisten solche Personen und Institutionen angesehen, durch die sich das rechtsextremistische Spektrum in seinen Aktivitäten beeinträchtigt sieht. Dazu gehören insbesondere auch Repräsentanten des Staates und staatliche Institutionen, die zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingesetzt sind.

Zu den Methoden der „Anti-Antifa“ gehört es, Informationen über politische Gegner und deren Einrichtungen zu sammeln sowie Personalien und andere



Einzelheiten in rechtsextremistischen Publikationen zu veröffentlichen. In Einzelfällen wurden Personen durch Veröffentlichungen bedroht oder eingeschüchtert. Bisheriger Höhepunkt der „Anti-Antifa“-Kampagne war die 1993 von Neonazis aus Süd- und Westdeutschland herausgegebene Broschüre ➔ „Der Einblick“, in der mehr oder weniger offen zu Gewalttaten gegen die dort veröffentlichten Personen aufgestachelt wurde. Nach strafrechtlichen Maßnahmen gegen die Herausgeber gingen die „Anti-Antifa“-Veröffentlichungen zunächst zurück und wurden in ihrer Diktion zurückhaltender. Die Sammlung und Auswertung der im Rahmen der „Anti-Antifa“-Arbeit erhobenen persönlichen Daten findet nicht zentral statt, sondern erfolgt weitgehend unkoordiniert durch örtliche und regional aktive rechtsextremistische Einzelpersonen und Gruppen. Gewaltaufrufe gegen politische Gegner finden sich in einzelnen Liedern von Skinhead-Bands (➔ *Skinheads*) und im Internet. Seit etwa 1999 wird von vielen Neonazi- und Skinhead-Kameradschaften wieder verstärkt und systematisch „Anti-Antifa“-Arbeit betrieben.

Antisemitismus

Antisemitismus, d.h. die Feindschaft gegen Juden, ist ein historisch weit zurückreichendes Phänomen. Seit der Zerstreuung unter die Nationen (Diaspora) nach der Zerstörung Jerusalems durch die Römer im Jahre 70 n.Chr. bildeten Juden allorts Minderheiten, die dennoch ihren kulturellen und religiösen Traditionen treu blieben. Der Antisemitismus/Antijudaismus führte über die Jahrhunderte in vielen Ländern Euro-

pas zu schweren Ausschreitungen und Pogromen gegen Juden. Die antisemitischen Hetzschriften und Übergriffe im 19. Jahrhundert und zu Beginn des 20. Jahrhunderts ließen viele Juden einen Ausweg in der Assimilation suchen, welche in den meisten Fällen mit der Abkehr vom religiösen Judentum einherging. Kreise aus dem Umfeld der „Völkischen Bewegung“ versuchten daher, dem antisemitischen Ressentiment und Hass ein quasi wissenschaftliches Gewand anzulegen, indem Juden nunmehr als „Rasse“ betrachtet wurden. Diese Auffassung wurde später vom ➡ *Nationalsozialismus* übernommen. Er prägte das Bild des hässlichen Juden, der sich im deutschen „Volkkörper“ wie ein „Parasit“ bewege und diesen zu Grunde richten wolle, und benutzte dieses Feindbild als ideologische Grundlage für die Diffamierung, Entrechtung und Massenvernichtung der Juden.



Antisemitismus ist auch heute ein fester Bestandteil rechtsextremistischen Denkens und Handelns. Wesentliche Grundlage des aktuellen Antisemitismus ist eine „Weltverschwörungstheorie“, die sich u.a. auf das als Fälschung des zaristischen Geheimdienstes entlarvte Pamphlet „Protokolle der Weisen von Zion“ aus dem Jahre 1905 stützt. Nach dieser Theorie hat sich ein weltweit agierendes „Weltjudentum“ gebildet, das eine „zionistische Weltherrschaft“ anstrebt und in Teilen schon errichtet hat. Danach nimmt das „Weltjudentum“, für das auch synonym der Begriff „amerikanische Ostküste“ gebraucht wird, durch jüdische Finanzimperien, die weltweit das wirtschaftliche Geschehen kontrollieren, sowohl global als auch in einzelnen Ländern Einfluss auf die politische und wirtschaftliche Entwicklung. Die Juden seien daran interessiert, insbesondere Deutschland, aber auch andere Staaten, durch gezielte „fremdländische Einwanderung“ zu zerstören. Ihr Einfluss sei bereits so hoch, dass die vom Volk gewählten Regierungen in ihren Entscheidungen nicht mehr unabhängig, sondern gleichsam „Befehlsempfänger“ der jüdischen „Weltmacht“ seien. Der jüdische Staat Israel nutze die ➡ „Auschwitz-Lüge“, um Deutschland dauerhaft durch milliardenschwere Wiedergutmachungszahlungen auszubeuten.

In strafrechtlicher Hinsicht äußert sich Antisemitismus in Deutschland u.a. dadurch, dass die Repräsentanten jüdischer Organisationen in rechtsextremistischen Publikationen oder im Internet beleidigt und verächtlich gemacht werden und durch Drohbriefe und anonyme Telefonanrufe z.T. mit dem Tod bedroht werden. In den letzten Jahren wurden zahlreiche jüdische Friedhöfe geschändet und es kam wiederholt zu Brandanschlägen auf Synagogen. Am 19.12.1998 verübten bis heute unbekannte Täter einen Sprengstoffanschlag auf das Grab des ehemaligen Vorsitzenden des Zentralrats der Juden, Heinz GALINSKI, in Berlin (☞ *Gewalttaten/Gewalttäter*).

Arbeitskreise Republikanische Jugend (RJ)

Weisungsgebundene Arbeitskreise der Partei ☞ *„Die Republikaner“* (REP) für Mitglieder im Alter zwischen 16 und 30 Jahren.

Arier, arisch

Der von „arya“ (altindisch „der Edle“) abgeleitete Begriff „Arier“ bezeichnet ursprünglich Völker, die eine der arischen Sprachen (indogermanische Sprachfamilie) sprechen. Als Arier bezeichneten sich indogermanische Adelsgruppen in Vorderasien und Indien. In der Anthropologie und Rassenkunde nahm der Begriff allmählich die Bedeutung „Angehöriger der nordischen Rasse“ an, wobei zum Teil die Ansicht vertreten wurde, dass die Germanen der *„wertvollste Teil der weißen Rasse“* seien. Die Nationalsozialisten (☞ *Nationalsozialismus*) gebrauchten den Begriff Arier schließlich in willkürlicher und falscher Einengung zur Abgrenzung gegenüber den Juden, die als „Nicht-Arier“ bezeichnet wurden, und als Synonym für die „nordische Herrenrasse“. In der nationalsozialistischen Rassenkunde wurde ein Mensch arischer Abstammung als jemand definiert, der frei von anderem (fremdem) Rassenerbgut sei. Zur genaueren rassischen Bestimmung wurde später in offiziellen Dokumenten „arisch“ durch Formulierungen wie „deutschblütig“ oder „deutschen oder artverwandten Blutes“ ersetzt.

Die wissenschaftlich unhaltbare und unsinnige Rassenkunde der Nationalsozialisten (☞ *Rassismus*), die auf der Einteilung der Menschen in höher- und minderwertige Rassen beruhte und mit der die angebliche rassische und kulturelle Überlegenheit der Deutschen begründet wurde,

wurde von ihnen benutzt, um die Expansion in fremde Gebiete in Osteuropa und die Unterdrückung der als minderwertig angesehen anderen Völker zu rechtfertigen. Neonazis im In- und Ausland benutzen die Begriffe „Arier“ und „arisch“ auch heute noch, z.B. in Organisationsbezeichnungen (☞ „White Aryan Resistance“/„Weißer Arischer Widerstand“, „Arische Bruderschaft“, u.ä.), und bekennen sich damit zur nationalsozialistischen Rassenideologie.

Aufbruch 99 – Aufbruch Deutscher Patrioten (ADP)

Im Januar 1999 von dem damaligen Hamburger Funktionär der Partei ☞ „Die Republikaner“ (REP) Thomas NISSEN in Hamburg gegründete regionale rechtsextremistische Sammlungsbewegung, die insbesondere durch verschiedene Vortragsveranstaltungen mit Führungspersonen aus der rechtsextremistischen Szene auf sich aufmerksam macht. Zu den



Gastsprechern gehörten u.a. der ins rechtsextremistische Lager gewechselte Mitbegründer der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion“

(RAF), Horst MAHLER (☞ Bürgerbewegung „Für unser Land“, ☞ „Werkstatt Neues Deutschland“), der Leiter des ☞ „Friedenskomitees 2000/Deutschland-Bewegung“, Dr. Alfred MECHTERSHEIMER, sowie der Bundesvorsitzende der Partei ☞ „Die Republikaner“ (REP), Dr. Rolf SCHLIERER. In einer Presserklärung vom Oktober 2000 gab der ADP bekannt, dass maßgebliche Funktionsträger verschiedener Organisationen, u.a. die REP, vereinbart hätten, zukünftig in Hamburg in einer Organisation zusammenarbeiten zu wollen. Seit März 2001 ist der Leiter des ADP gleichzeitig Landesvorsitzender der REP in Hamburg.

Auschwitz-Lüge

Die mit dem Schlagwort „Auschwitz-Lüge“ charakterisierte Behauptung, es habe keine Massvernichtungen von Juden in den nationalsozialistischen Konzentrationslagern gegeben, bildet ein Kernelement des ☞ *Revisionismus*. Es handelt sich um den Versuch von Rechtsextremisten, das Bild des ☞ *Nationalsozialismus* durch falsche oder verfälschende Darstellungen des Holocaust positiv zu verändern. Gleichzeitig soll die durch die Verbrechen des NS-Regimes diskreditierte rechtsextremistische Weltanschauung von ihrem größten Makel befreit werden.

Die Leugnung des Holocaust ist nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 13.04.1994 (BVerfGE 90, 241) nicht durch das im Grundgesetz verbürgte Recht auf freie Meinungsäußerung gedeckt und ist gem. § 130 Abs. 3 StGB (Volksverhetzung) strafbar. Daher vermeiden Rechtsextremisten in Deutschland entsprechende direkte Äußerungen. Sie arbeiten statt dessen mit Andeutungen und Fragestellungen oder sie verlegen, sofern ihnen dieses nicht reicht, ihren Wohnsitz in Staaten, in denen eine Strafverfolgung nicht stattfindet. Zu diesem Personenkreis gehören u.a. die Deutschen Germar SCHEERER (geb. RUDOLF), Autor des den Holocaust leugnenden pseudowissenschaftlichen „Rudolf-Gutachtens“, in dem u.a. festgestellt wird, dass „aus chemisch-physikalischen Gründen“ die „Massenvergasungen mit Blausäure in den angeblichen ‘Gaskammern’ in Auschwitz“ nicht stattgefunden haben können, sowie der langjährig in Kanada und jetzt in den USA lebende Ernst ZÜNDEL, der seine Propaganda auch über seine Internet-Homepage „Zündelsite“ verbreitet. ZÜNDELS Argumentation stützt sich im wesentlichen auf pseudowissenschaftliche Untersuchungen, die der US-Amerikaner Fred LEUCHTER u.a. in Auschwitz durchführte („LEUCHTER-Report“). Neben Deutschen gehören zu den führenden Revisionisten auch britische, österreichische, belgische, französische, amerikanische und australische Staatsangehörige.

Berlin-Brandenburger-Zeitung der nationalen Erneuerung (BBZ)

Die 1992 gegründete „Berlin Brandenburger-Zeitung“ (BBZ), später umbenannt in „Berlin-Brandenburger“, war zeitweilig das größte, überregional vernetzte Zeitungsprojekt der neonazistischen Szene in Deutschland (☞



Zeitungens/Zeitschriften). Betrieben wurde es von der neonazistischen Organisation ☞ „Die Nationalen e.V.“. Die BBZ entwickelte sich zu einem Medienverbund, mit dem ein Gegengewicht zur „Systempresse“ gestellt werden sollte. Mit der Herausgabe von Regionalausgaben mit

unterschiedlichen Namen sollte ein organisationsübergreifendes Medium geschaffen werden, das auf breiter Basis Rechtsextremisten verschiedener Lager ansprechen, informieren und damit deren Zusammenarbeit fördern sollte. In der Hochzeit des Verbundes gab es neben der BBZ folgende Regionalausgaben:

- „*Junges Franken - Zeitung der nationalen Erneuerung*“
- „*Mitteldeutsche Rundschau - Zeitung der nationalen Erneuerung für Sachsen und Sachsen-Anhalt*“
- „*Neue Thüringer Zeitung - Stimme der nationalen Erneuerung*“
- „*Süddeutsche Allgemeine - Zeitung der nationalen Erneuerung*“ (SAZ)
- „*Westdeutsche Volkszeitung - Zeitung der nationalen Erneuerung*“ (WVZ)

1997 wurden die BBZ und ihre Regionalausgaben als Papierausgabe aufgrund finanzieller Schwierigkeiten bzw. der Inhaftierung des maßgeblich Verantwortlichen eingestellt. Das Zeitungsprojekt wurde vorübergehend im Internet unter einer eigenen BBZ-Homepage in reduzierter Form fortgesetzt.

1999 siedelte sich das Zeitungsprojekt („*Nationaler Medienverbund*“) bei der ☹ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) an. Erstmals nach zwei Jahren erschien die BBZ im August/September 1999 wieder als Printausgabe mit einem vierseitigen „Extrablatt“ zur Landtagswahl in Brandenburg. Die „*Berlin-Brandenburger*“ und die „*Neue Thüringer Zeitung*“ erschienen zuletzt als Regionalausgaben des NPD-Organs ☹ „*Deutsche Stimme*“. Im Jahr 2000 wurde ihr Erscheinen eingestellt.

Bewegung

Unter einer sozialen Bewegung wird im Sprachgebrauch der politischen Wissenschaften ein Netzwerk von Personen und Gruppierungen verstanden, das sich zur Durchsetzung bestimmter politischer Ziele zusammenschließt (z.B. „*Frauenbewegung*“, „*Anti-AKW-Bewegung*“). Bewegungen in diesem Sinne beanspruchen, Parteien und soziale Schichten zu übergreifen. Die Nationalsozialisten (☹ *Nationalsozialismus*) bezeichneten sich selbst als „*Die Bewegung*“. Diese Selbstdefinition wird auch von Teilen der ☹ *Neonazis* (vor allem in der Tradition von Michael

KÜHNEN, ☞ „*Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten*“) verwendet. Der Begriff verdeutlicht den umfassenden und vorwärts drängenden Machtanspruch, der über die jeweilige Organisation und ihre aktuelle Stärke hinausweisen soll. Er kennzeichnet zugleich die zentrale Aktionsform der Nationalsozialisten in der Weimarer Republik: Massenaufmärsche insbesondere der SA zur „*Eroberung der Straße*“, in denen sich die Einzelnen als Teil eines einheitlichen Willens und entsprechend geborgen und stark fühlen konnten. Wichtigstes Erkennungssymbol dieser Bewegung war das Hakenkreuz.

Außer bei den Neonazis (☞ s.a. „*Freie Nationalisten*“) findet sich die Selbstdefinition als Bewegung u.a. bei der von Dr. Alfred MECHTERSHEIMER initiierten „*Deutschland-Bewegung*“ (☞ „*Friedenskomitee 2000/Deutschland-Bewegung*“, ☞ „*Deutsche Aufbauorganisation*“) und bei der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD): „*Die Zeit wird reif, den nationalen Widerstand in eine nationale Volksbewegung Deutschlands zu erweitern*“ (1998).

Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG)

Am 05.06.1999 auf Initiative von ehemaligen Bundes- und Landesfunktionären der ☞ „*Jungen Nationaldemokraten*“ (JN) als „Bildungswerk Deutsche Volksgemeinschaft“ gegründete, später umbenannte rechtsextremistische Organisation mit Sitz in Eschweiler. Die Gründungsinitiative ging insbesondere von dem ehemaligen Bundesvorstandsmitglied und Landesvorsitzenden der JN in Nordrhein-Westfalen, Achim EZER, aus. EZER hatte sich im Frühjahr 1999 mit den Bundesführungen der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) und deren Jugendorganisation JN überworfen. Er gilt als Befürworter des Kaderprinzips bzw. der Errichtung einer Kaderorganisation. Anfangs verfügte die BDVG über Gebiets- und Gruppenverbände in Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Baden-Württemberg. Mittlerweile beschränken sich ihre Aktivitäten auf Baden-Württemberg.

Bewegung in Waffen

☞ siehe „*Eine Bewegung in Waffen*“

Blood & Honour (B & H)

Die 1987 von dem Sänger der Skinhead-Kultband „Screwdriver“, Ian Stuart DONALDSON (gest. 1993), in England gegründete „Blood & Honour“-Bewegung gehört - zusammen mit den ebenfalls rassistisch und neonazistisch ausgerichteten und international aktiven ☞ „*Hammerkins*“ - zu den wichtigsten ideologisch geprägten Organisationen innerhalb der internationalen rechtsextremistischen Skinhead-Szene (☞ *Skinheads*). Die seit 1995 in Deutschland aktive Organisation wurde am 14.09.2000 vom Bundesminister des Innern in Deutschland verboten. Die internationale „Blood & Honour“-Bewegung untergliedert sich auf nationaler Ebene in „Divisionen“ und regional in „Sektionen“. Der Organisation gehörten in Deutschland zuletzt ca. 200 Mitglieder an. Verbindendes Element der Bewegung ist neben der aggressiven Musik die



Ideologie von der globalen Dominanz der weißen Rasse und der Kampf für deren Erhaltung. Im Gegensatz zu den meisten

Skinheads, die kein Interesse an politischer Arbeit haben, stand „Blood & Honour“ der Zusammenarbeit mit politischen Organisationen, insbesondere mit der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD), offen gegenüber. Unter dem Slogan „The Independent Voice of Rock against Communism“ verfolgte die deutsche Division konsequent ihr Ziel, die Skinhead-Szene durch das Medium Musik mit neonazistischen und rassistischen Texten zu beeinflussen. Vor allem bei der Ausrichtung von Konzerten waren „Blood & Honour“-Aktivisten in Deutschland führend.

Bündnis Rechts (BR)



Nach der Auflösung des neonazistisch dominierten „Bündnis Rechts für Lübeck“ wurde im Mai 1998 das „Bündnis Rechts“ (BR) gegründet. Der Aktionsschwerpunkt liegt in Schleswig-Holstein. Das BR will an

der Schaffung von Bündnissen unterschiedlicher rechtsextremistischer Gruppen und Organisationen mitwirken und arbeitet punktuell mit den ☞ „*Freien Nationalisten*“ im norddeutschen Raum zusammen. Das Bündnis

hat bereits einzelne Demonstrationen veranstaltet. Es betreibt ein Info-Telefon sowie eine Internet-Homepage und gibt seit 1999 eine eigene Publikation unter dem Titel „Lübscher Aufklärer“ heraus.

Bürgerbewegung Für unser Land (FUL)

1999 in Frankfurt gegründete Vereinigung, die von der hessischen Funktionärin der ☛ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) Anemarie PAULITSCH geleitet wird. Zweiter Vorsitzender und führender Kopf der FUL ist der ins rechtsextremistische Lager gewechselte Mitbegründer der linksterroristischen „Rote Armee Fraktion“ (RAF) Horst MAHLER, der die Aktivitäten der Vereinigung maßgeblich initiiert und ihre politischen Ziele formuliert. Die FUL trat 1999 insbesondere durch die sogenannten „Montagsdemonstrationen“ in Berlin und Frankfurt in Erscheinung. Mit der anmaßenden Verwendung dieses Begriffs sollte eine Wesensverwandtschaft mit den Leipziger Montagsdemonstrationen vom Herbst 1989 suggeriert werden. Herausragendes Agitationsthema war zunächst die doppelte Staatsbürgerschaft, mit der angeblich die Schleusen zur „Überfremdung“ Deutschlands geöffnet würden. Auf ihrer Homepage agitiert die Vereinigung gegen das geplante Holocaust-Denkmal in Berlin. Im Jahr 2000 verlagerte der von vielen Rechtsextremisten als neuer Hoffnungsträger angesehene MAHLER sein Engagement verstärkt in Richtung ☛ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“ (NPD) und arbeitete verstärkt mit dem ☛ „Deutschen Kolleg“ zusammen.

Bund für Gesamtdeutschland (BGD)

1990 gegründete rechtsextremistische Organisation mit Sitz in Berlin, die an der Behauptung festhält, das „Deutsche Reich“ bestünde nach wie vor. Für den BGD wird sich „eine Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“ erst ergeben, wenn alle Staatsbürger des „Deutschen Reiches“ dieses in einer Volksabstimmung bestätigen. Unter der Bezeichnung „Bund für Gesamtdeutschland BGD - Aktion Privateigentums-Sicherung PES“ wurde 1998 eine Initiative gestartet, bei der deutsche Heimatvertriebene aus den Gebieten „ostwärts von Oder und Neiße“, insbesondere in Polen, aufgefordert wurden, die Rückgabe ihres früheren Privateigentums zu verlangen. Personelle Verbindungen bestanden zur Kleinstpartei ☛ „Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland“. Die

vom BGD herausgegebene Publikation „Unsere deutsche Heimat“ wird in einer Auflage von 3.000 Exemplaren vertrieben.

Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG)

Tritt auch als „Weltanschauungsgemeinschaft Bund für Gotterkenntnis“ auf. 1937 gegründete Weltanschauungsgemeinschaft, die die antipluralistische und rassistische, insbesondere antisemitische Weltanschauung der Mathilde LUDENDORFF vertritt. Die Ansichten der „Ludendorffer“ werden in der Schrift „Mensch und Maß“ verbreitet (Auflage: 2.000).

Burschenschaften

Studentische Vereinigungen, die der Gemeinschaftspflege dienen, oft aber auch politische Zielsetzungen verfolgen. Historische Bedeutung hatten die Burschenschaften insbesondere in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Sie waren Zentren des bürgerlich-liberalen Protests gegen die Restauration und für einen demokratischen deutschen Nationalstaat. Wichtige Ereignisse waren das „Wartburgfest“ 1817 und das „Hambacher Fest“ 1832. Mit der Niederlage der Revolution von 1848 wurde ihre Kraft gebrochen und sie veränderten ihren Charakter. Völkische und nationalistische Orientierungen prägten sich stärker aus.

Im heutigen studentischen und politischen Leben haben Burschenschaften zwar insgesamt keine große Bedeutung mehr, sie sind aber nach wie vor in unterschiedlicher Weise aktiv. Dabei vermischt sich bei einigen Burschenschaften rechtsextremistisches Gedankengut mit studentischer Brauchtumpflege zu einer insgesamt nationalistisch orientierten Gemeinschaft. Die Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus sind dagegen nur wenig ausgeprägt und beschränken sich meist auf die Beziehungen einzelner Burschenschafter zu rechtsextremistischen Parteien und Organisationen.

Combat 18 (C 18)

Die militante englische Neonazi-Gruppe (☛ *Neonazis*) „Combat 18“ (Kampfgruppe, die 18 steht für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet und bezieht sich auf die Initialen von Adolf HITLER) wurde 1992 als militanter Zweig der „British National Party“ (BNP) gegründet. 1993 spaltete sie sich von der BNP ab, da diese u.a. aus Furcht vor ei-

nem Imageverlust die gewaltsamen Aktionen der C 18 insbesondere gegen politische Gegner und die Missachtung ihres Führungsanspruchs nicht länger hinnehmen wollte. C 18 verfügt über etwa 100 bis 150 Mitglieder, die überwiegend im Raum London und Südostengland aktiv sind. Nach eigenen Angaben hatte die Gruppe zeitweilig mehrere hundert Anhänger – nicht nur in England, sondern auch in einigen anderen europäischen Ländern. C 18 wird für diverse Gewalttaten, u.a. die Versendung von Briefbomben, verantwortlich gemacht. Programmatisch strebt die Gruppe einen nationalsozialistisch geprägten Staat an, in dem weiße Arier (☞ *Arier, arisch*) frei von multikulturellen Einflüssen leben können. Sie propagiert Gewalt als Mittel zur Verwirklichung dieses Ziels und zählt alle Nichtweißen, Juden, Kommunisten und „Rassenschänder“ zu ihren Feinden. 1995 rief sie in ihrer damaligen Publikation „The Scorpion“ zur Ermordung von „Rassenschändern“ auf. 1997 zerfiel C 18 in zwei Flügel, die sich erbittert bekämpften. Zusammen mit ☞ „Blood & Honour“ und den ☞ „Hammerskins“ gilt sie aber nach wie vor als eine der wichtigsten, die internationale ☞ „White Power“-Bewegung repräsentierenden Organisationen.



Die Verfassungsschutzbehörden stellten in den letzten Jahren regelmäßig Kontakte von C 18-Mitgliedern zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene (☞ *Skinheads*) in Deutschland fest. Aufgrund ihrer kompromisslosen militanten Ausrichtung hat C 18 in Teilen der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene in Deutschland einen gewissen Vorbildcharakter. Dies zeigt sich u.a. in positiven Äußerungen in neonazistischen Publikationen und Skinhead-Fanzines) sowie im Tragen von Kleidung mit der Aufschrift „Combat 18“ oder „C 18“. Im Zusammenhang mit Straftaten gegen politische Gegner wurde im norddeutschen Raum wiederholt das Kürzel „C 18“ benutzt.

Das Freie Forum

Publikation der ➤ „Gesellschaft für Freie Publizistik“ (GFP) mit einer Auflage von 1.500 Exemplaren.

Der Aktivist

Vom Bundesvorstand der ➤ „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) herausgegebene Publikation.

Der Einblick

1993 einmalig mit etwa 500 Exemplaren im Rahmen der „Anti-Antifa“-Strategie (➤ „Anti-Antifa“) von ➤ Neonazis erstellte Schrift unter dem vollständigen Titel „Der Einblick – Die nationalistische Widerstandszeitschrift gegen zunehmenden Rotfront- u. Anarchoterror“. Auf ca. 40 Seiten waren etwa 280 Wohn- und Privatadressen, z.T. mit detaillierten Informationen über die Lebensverhältnisse sogenannter „militanter Antifaschisten“ mit dem Hinweis aufgelistet, dass die Veröffentlichung zu „entsprechenden Konsequenzen“ gegen die genannten Personen führen werde und „Gegenwehr geübt“ werden müsse. Ein an der Herstellung der Broschüre beteiligter Neonazi wurde wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr und sechs Monaten zur Bewährung verurteilt.

Der Republikaner

Bundesweites Presseorgan der Partei ➤ „Die Republikaner“ (REP). Die monatlich erscheinende Zeitung wird mit einer Auflage von etwa 20.000 Exemplaren von der parteieigenen REP-Verlags GmbH in Berlin herausgegeben.

Der Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten - Kampfbund für Europa

1918 unter der Bezeichnung „Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten“ als Traditionsverband von Teilnehmern des ersten Weltkrieges gegründet. Nach seiner Auflösung 1935 wurde er im Jahre



1951 neu gegründet. 1973 wurde der Beiname „Kampfbund für Europa“ hinzugefügt; Vereinssitz ist Düsseldorf. Seit Mitte des Jahres 2000 betreibt der Bundesvorsitzende Günter DRÜCKHAMMER die Auflösung des Bundesverbandes, die jedoch aus formalen Gründen noch nicht vollzogen werden konnte. Der Entschluss, die Vereinigung aufzulösen, fiel nachdem verschiedene Medien ausführlich über die Aktivitäten des „Stahlhelm“ berichtet hatten und die Staatsanwaltschaft mehrere Ermittlungsverfahren gegen „Stahlhelm“-Mitglieder einleitete.

Oberstes Ziel des „Stahlhelm“ war nach eigener Definition die Wiederherstellung des „Deutschen Reiches“ in seinen historischen Grenzen und die Wehrkrafterhaltung der deutschen Jugend. Weitere Ziele waren die Aufklärung gegen Umerziehung und „Geschichtsklitterung“, Erhaltung und Förderung des deutschen Soldatentums und das Eintreten gegen das „mischmasch Europa der Multikultur, für ein Europa der Vaterländer“. „Der Stahlhelm“ und seine Jugendorganisation führten in der Vergangenheit Biwaks, Wehrübungen mit der Verleihung eigener Wehrabzeichen, Formaldienst und Leistungsmärsche durch.

DESG-inform

Informationsschrift der ➡ „Deutsch-Europäischen Studien-Gesellschaft“ (DESG), die in einer Auflage von 1.000 Exemplaren in der rechtsextremistischen Szene verbreitet wird.

Deutsche Akademie

Maßgeblich von der ☹ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und dem ☹ „Nationaldemokratischen Hochschulbund“ (NHB) initiierte und geführte Einrichtung, mit der die NPD im Rahmen ihrer „3-Säulen-Strategie“ den „Kampf um die Köpfe“ aufnehmen will. Unter dem Begriff „Deutsche Akademie“ führten im Sommer 2000 neben dem NHB verschiedene rechtsextremistische Initiativen und Gruppierungen, darunter das ☹ „Deutsche Kolleg“, die ☹ „Werkstatt Neues Deutschland“, ☹ das „Bündnis Rechts“ (BR), ☹ das „Thule Seminar“ und die ☹ Bürgerbewegung „Für unser Land“ (FUL) in Sachsen ein mehrtägiges „Staatspolitisches Seminar“ durch. Koordiniert werden die Aktivitäten der „Deutschen Akademie“, die über eine Postfachadresse in Kaiserslautern zu erreichen ist, vom Vorsitzenden des Landesverbandes Rheinland-Pfalz der NPD, der seit Februar 2001 auch Bundesvorsitzender des NHB ist. Zum Sprecherrat der Akademie gehört weiterhin ein Redakteur der ☹ „Deutschen Stimme“, dem Parteiorgan der NPD. Anfang Dezember 2000 fand in Rheinland-Pfalz ein weiteres „Winterseminar“ zum Thema „Die Reichsidee – zwischen Nationalstaat, Europa, Mythos und Theologie“ statt. Die „Deutsche Akademie“ will mit der Durchführung anspruchsvoller, überparteilich angelegter Seminare mit in der rechtsextremistischen Szene bekannten und angesehenen Referenten die Debatte über die geistig-politischen Zielvorstellungen des nationalen Lagers zur Schaffung einer „alternativen Ordnung“ in Gang bringen und zur intellektuellen Fundierung des Rechtsextremismus beitragen.

Deutsche Aktionsgruppen

Im Jahre 1980 unter Anleitung des Neonazis Manfred ROEDER (☹ „Deutsche Bürgerinitiative“) aktive rechtsterroristische Gruppe (☹ Terrorismus). Sie verübte fünf Sprengstoff- und zwei Brandanschläge, überwiegend gegen Ausländerunterkünfte. Bei einem Brandanschlag am 21.08.1980 auf eine Ausländerunterkunft in Hamburg kamen zwei Vietnamesen ums Leben. Ende 1980 wurden die sieben Beteiligten festgenommen. Die Haupttäter wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen, ROEDER als Rädelsführer zu 13 Jahren Haft verurteilt.

Ihren Aktivitäten versuchte die Organisation mit einer Briefaktion an Polizeidienststellen Nachdruck zu verleihen. Die Postsendungen enthielten ein Flugblatt und einen offenen Brief an den damaligen Bundeskanzler. U. a. wurden Polizeibeamte aufgefordert, sich nicht als „Erfüllungsgehilfen“ von „Zionisten und Geldmachern“ zu betätigen. Sie sollten sich deshalb weigern, direkt oder indirekt an „politischer Fahndung“ bzw. an „sogenannter politischer Verbrechensbekämpfung“ teilzunehmen. Im offenen Brief an den Bundeskanzler forderten die Verfasser: Sofortige Einstellung jeder „antideutschen Hetze“, Abzug aller Besatzungstruppen, sofortige Freilassung von Rudolf HEB, dem ehemaligen HITLER-Stellvertreter (☛ *HEB-Gedenkaktionen*) und die Abschiebung aller Nicht-deutschen aus „unserem aus zahllosen Wunden blutenden Vaterland“.

Deutsche Alternative (DA)

Im Mai 1989 auf Initiative des verstorbenen Neonaziführers Michael KÜHNEN (☛ *„Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“*) gegründete neonazistische Organisation (☛ *Neonazis*) mit zuletzt rund 350 Mitgliedern. Sie bildete nach der Wiedervereinigung Landes- und Ortsgruppen in den neuen Bundesländern und wurde am 10.12.1992 durch den Bundesminister des Innern verboten (☛ *Verbotene Organisationen*, ☛ *Vereine/Vereinsverbote*).



Deutsche Aufbau-Organisation (DAO)

Im Jahr 2000 von Dr. Alfred MECHTERSHEIMER, dem Gründer und Leiter des ☛ *„Friedenskomitees 2000/Deutschland-Bewegung“*, ins Leben gerufene Organisation. Sie sieht sich als Vorstufe für eine gemeinsame Partei des „patriotischen Spektrums“, will aber zunächst die hierfür notwendigen programmatischen, personellen, strukturellen und finanziellen Voraussetzungen prüfen und gestalten. Diese neue Initiative sei notwendig geworden, weil die bisherigen Bemühungen zum Zusammenschluss kleinerer Parteien gescheitert seien. Ziel sei es vor allem, die zahlreichen Patrioten außerhalb der Parteien zu sammeln und für eine Mitarbeit zu gewinnen. Auf der ersten bundesweiten Konferenz der DAO Anfang Juni 2000 in Fulda (Hessen) nahmen u.a. Vertreter der Partei ☛ *„Die Republikaner“* (REP), der ☛ *„Freiheitlichen Deutschen*

Volkspartei“ (FDVP) und andere bekannte Akteure aus dem rechtsextremistischen Spektrum sowie Funktionäre des mittlerweile aufgelösten „Bundes freier Bürger“ (BfB) und der „Deutschen Sozialen Union“ (DSU) teil. Es wurde ein siebenköpfiger Sprecherkreis gebildet, der die weitere Aufbauarbeit vorantreiben und koordinieren soll.

Die DAO stellt als Partei in spe neben der „Deutschland-Bewegung“ die zweite Komponente im „Zwei-Säulen-Konzept“ von MECHTERSHEIMER dar. „Partei“ und „Bewegung“ seien beide für eine erfolgreiche politische Strategie wichtig: Ohne Bewegung gebe es keinen dauerhaften parteipolitischen Erfolg und ohne Partei werde der politische Patriotismus nicht wirksam.

Deutsche Bürgerinitiative (DBI)

1971 von dem ehemaligen Rechtsanwalt und Rechtsterroristen Manfred ROEDER (☛ „*Deutsche Aktionsgruppen*“) gegründete und von ihm geleitete neonazistische Gruppierung (☛ *Neonazis*) mit Sitz in Schwarzenborn/Knüll (Hessen). Sie ist ohne erkennbare organisatorische Struktur und ohne bedeutende Außenwirkung. In den regelmäßig erscheinenden DBI-Publikationen „Deutscher Jahrbuch“ und „Deutsche Bürgerinitiative“ verbreitet ROEDER rechtsextremistisches Gedankengut. Die DBI veranstaltete in der Vergangenheit bis einschließlich 1997 jährliche Freundestreffen, die ROEDER auf seinem Anwesen ausrichtete.

Deutsche Bürgerinitiative (DBI) - weltweit

Monatlich erscheinende Publikation der neonazistischen ☛ „*Deutschen Bürgerinitiative e.V.*“ (DBI), für die der ehemalige Rechtsanwalt und Rechtsterrorist Manfred ROEDER verantwortlich zeichnet.

Deutsche Geschichte

In der VBG Verlagsgesellschaft Berg sechsmal im Jahr erscheinende revisionistische Zeitschrift (☛ *Revisionismus*) mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren.

Deutsche Heidnische Front (DHF)

1998 gegründeter deutscher Ableger der „Allgermanischen Heidnischen Front“ (AHF), die sich als neuheidnische und völkische Bewegung bezeichnet. Die AHF ist mit nationalen Divisionen in Norwegen, Schweden, Dänemark, Island, Holland und Flandern vertreten. In Deutschland gibt es unterhalb



der nationalen Leitungsebene, die über eine Postfachadresse in Erfurt (Thüringen) zu erreichen ist, nach eigenen Angaben verschiedene regionale Ortsgruppen. Die AHF/DHF, die intensive Verbindungen zur internationalen Black-Metal-Szene aufweist, will sich zu einer umfassenden Jugendbewegung entwickeln, die die heidnische Religion und Philosophie unter Jugendlichen wieder populär macht, und die „Entchristianisierung“ der germanischen Völker vorantreibt. Ideologisch-weltanschaulich bietet die DHF eine Mixtur aus altgermanischer Mythologie, Rassismus, Antisemitismus und Sozialdarwinismus und weist damit eine enge Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus auf. Langfristiges politisches Ziel ist das Entstehen eines großgermanischen Reiches.

Die AHF scheut zur Umsetzung ihrer Ziele auch vor Gewalt nicht zurück: Ihr Begründer, der Kopf der norwegischen Black-Metal-Band „Burzum“, verbüßt gegenwärtig eine 21-jährige Haftstrafe u.a. wegen Mordes und Brandstiftung an Kirchen in Skandinavien. Der bis Ende 1999 amtierende Leiter der DHF, Hendrik MÖBUS, wurde 1993 wegen der rituellen Ermordung eines Mitschülers zu einer achtjährigen Jugendstrafe verurteilt.

Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)

1991 überwiegend von ehemaligen Mitgliedern der ➡ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der Partei ➡ „Die Republikaner“ gegründete rechtsextremistische Partei mit Sitz in Villingen-Schwenningen (Baden-Württemberg), die sich auf ihrem 4. Parteitag am 19.10.1996 auflöste und seitdem als Verein weiter agiert. Die ca. 300 Mitglieder zählende DLVH sieht sich als nationale Sammlungsbewegung und Wegbereiterin einer „Vereinigten Rechten“. Nach dem Scheitern ih-

res Konzeptes, auf lokaler und regionaler Ebene durch die Bildung sogenannter „Runder Tische“ die organisationsübergreifende Zusammenarbeit von Rechtsextremisten zu fördern, ist die DLVH weitgehend bedeutungslos geworden.

Deutsche Reichspartei (DRP)

1950 unter Beteiligung ehemaliger Nationalsozialisten gegründete Partei. Ein Teil ihrer Mitglieder kam aus der 1946 gegründeten „Deutschen Rechtspartei“ (ab 1948 „Deutsche Konservative Partei - Deutsche Rechtspartei“) sowie aus der auf Hessen beschränkten „Nationaldemokratischen Partei“. Die „Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei“ brachte ihre fünf, bei der ersten Bundestagswahl 1949 in Niedersachsen gewonnenen Mandate in die „Deutsche Reichspartei“ (DRP) ein. Nachdem das Bundesverfassungsgericht die ☹ „*Sozialistische Reichspartei*“ (SRP) 1952 als Nachfolgeorganisation der NSDAP verboten hatte (☹ *Parteien/Parteienverbote*), avancierte die DRP zur mitgliederstärksten rechtsextremistischen Partei in der Bundesrepublik mit Schwerpunkten in Niedersachsen, Bremen und Rheinland-Pfalz. Die DRP ging 1964 in der neu gegründeten ☹ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) auf. Initiiert wurde die Gründung vom DRP-Vorsitzenden Adolf v. THADDEN, der auch erster Parteivorsitzender der NPD wurde.

Deutsche Stimme (DS)



Parteiorgan der ☹ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) (Auflage: 10.000).

Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft

Verlags- und Versandhandel mit Büchern, Bild- und Tonträgern der ☹ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) mit Sitz in Riesa (Sachsen).

Deutsche Volksunion (DVU)

Die Partei „Deutsche Volksunion“ (DVU) wurde 1987 in München im Zusammenwirken mit der ➡ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) unter dem Namen „Deutsche Volksunion - Liste D“ gegründet und 1991 in DVU umbenannt. Die Partei und der eingetragene Verein „Deutsche Volksunion e.V.“ (DVU e.V.) mit seinen Aktionsgemeinschaften sind, wie der „DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH“ und der „FZ - Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftendienst GmbH“ (s.u.), Bestandteile des von dem Münchner Verleger Dr. Gerhard FREY beherrschten „national-freiheitlichen“ Organisations- und Pressegeflechts. FREY ist nicht nur Gründer und bislang einziger Vorsitzender der DVU, sondern auch



Größfinanzier der Partei. Wegen seines autoritären Führungsstils und seiner Finanzkraft wird die DVU von ihm völlig dominiert. Die DVU verfügt in allen Bundesländern über - allerdings nur formal funktionierende - Landesverbände. Eine aktive politische Mitgestaltung der Basis findet kaum statt.

Der Partei ist es in den vergangenen Jahren insbesondere mit Hilfe außergewöhnlich hoher finanzieller Aufwendungen für Wahlkämpfe wiederholt gelungen, in Landesparlamente einzuziehen (➡ *Wahlen*), so zunächst in Bremen und Schleswig-Holstein. In Hamburg fehlten der DVU 1997 nur 190 Stimmen für den Einzug in die Bürgerschaft. Sie gelangte hier jedoch 1993 in drei und 1997 in vier von sieben Bezirksversammlungen. In Sachsen-Anhalt erzielte sie am 26.04.1998 mit 12,9 % der abgegebenen gültigen Stimmen ihr bisher bestes Wahlergebnis und zog dort mit 16 Abgeordneten in den Landtag ein. Bei der Landtagswahl in Brandenburg am 05.09.1999 erhielt die DVU 5,3 % (5 Sitze). Mehrfach spalteten sich Parlamentsfraktionen wegen innerparteilicher Auseinandersetzungen.

Die DVU hat etwa 17.000 Mitglieder. Sie ist damit die mitgliederstärkste rechtsextremistische Partei in der Bundesrepublik. Darin enthalten sind die Mitglieder der DVU e.V. und ihrer Aktionsgemeinschaften, die

automatisch in die Partei überführt werden, sofern dies nicht ausdrücklich abgelehnt wird.

Der neben der Partei existierende Verein DVU e.V. wurde 1971 von Dr. FREY als Auffangbecken für ehemalige NPD-Mitglieder gegründet. Nach Gründung der Partei DVU hat der Verein stark an Bedeutung verloren. Er entwickelt, ebenso wie die ihm angeschlossenen Aktionsgemeinschaften, kaum noch eigene Aktivitäten.

Der DVU e.V. sind noch folgende **Aktionsgemeinschaften** als Vorfeldorganisationen eingeschlossen:

- **Initiative für Ausländerbegrenzung (I.F.A.).**
1980 gegründet, tritt für die „*Eindämmung des Scheinasylantentums*“ sowie die „*Beschränkung des Ausländeranteils*“ in Deutschland ein.
- **Aktion Oder-Neiße (AKON)**
1962 gegründet, betont „*ein Recht des deutschen Volkes auf ihm geraubte deutsche Territorien*“.
- **Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten (ER)**
1982 gegründet, nach dem ehemaligen Oberst der deutschen Wehrmacht Hans-Ulrich RUDEL benannt. Bezeichnet sich als „*Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten*“.

Bis Januar 1999 bestanden weitere Aktionsgemeinschaften der DVU e.V., die auf einer Mitgliederversammlung des Vereins in die verbliebenen Aktionsgemeinschaften überführt wurden:

- Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK)
- Aktion deutsches Radio und Fernsehen (ARF)
- Volksbewegung für Generalamnestie (VOGA)

Im Sinne der DVU wirkt das nachfolgend aufgeführte Verlags- und Publikationswesen:

DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH

Die Nachfolgerin der von Dr. FREY 1968 gegründeten „Deutschen Soldaten-Zeitung-Verlag GmbH“ gibt die der DVU als politisches Sprachrohr dienende ➡ „National-Zeitung - Deutsche Wochen-Zeitung“ (NZ) heraus. Dr. FREY ist alleiniger Gesellschafter. Der Verlag betreibt außerdem einen Buchkreis.

FZ - Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH

Alleinige Gesellschafterin des 1971 von Dr. FREY gegründeten Verlags ist seine Frau. Im Angebot sind Gedenkmedaillen u. a. mit Abbildungen Prominenter aus der NS-Zeit, Musiktitel, Videos, Landkarten, Fahnen, Kalender sowie Bücher. Dem Verlag angeschlossen sind der „Deutsche Buchdienst“ und der Reisedienst „Deutsche Reisen“.

National-Zeitung / Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)

Die von Dr. FREY bundesweit und in Österreich herausgegebene Wochenzeitung hat eine geschätzte Auflage von 45.000 Exemplaren. Im September 1999 wurden die bis dahin von Dr. FREY parallel herausgegebenen Wochenzeitungen „Deutsche National-Zeitung“ (DNZ) und „Deutsche Wochen-Zeitung/Deutscher Anzeiger“ (DWZ/DA) zusammengelegt. Obwohl formell unabhängig, ist sie Sprachrohr der Partei DVU.



National*Zeitung
Deutsche Wochen-Zeitung

Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (DKB)

Am 21.12.1992 vom niedersächsischen Innenminister verbotene neonazistische Vereinigung (➡ *Neonazis*, ➡ *Vereine/Vereinsverbote*, ➡ *Verbotene Organisationen*). Der Kameradschaftsbund war am 08.11.1991 in Wilhelmshaven gegründet worden und war ausschließlich in Niedersachsen aktiv. Bis zu seinem Verbot gehörten ihm etwa 40 Personen als Mitglieder und Sympathisanten an. In Flugblättern, sonstigen Veröffentlichungen und bei seinen Aktivitäten kam eine extrem fremdenfeindliche und nationalistische Einstellung zum Vorschein. Der DKB machte auch durch „Anti-Antifa“-Aktivitäten (➡ *Anti-Antifa*) auf sich aufmerksam: Mit einem Flugblatt agitierte die Vereinigung gegen den Kreisvorsitzenden des DGB in Wilhelmshaven und veröffentlichte dessen Foto, Adres-

se und Telefonnummer. Der Betroffene erhielt daraufhin Drohanrufe und wurde unter Polizeischutz gestellt.

Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK)

Ehemalige Aktionsgemeinschaft des Vereins „Deutsche Volksunion e.V.“. Wurde im Rahmen einer Zusammenlegung von Aktionsgemeinschaften und Vorfeldorganisationen des DVU e.V. im Januar 1999 in die „Initiative für Ausländerbegrenzung“ (I.F.A.) überführt (☛ „*Deutsche Volksunion*“).

Deutsches Kolleg (DK)

Das Deutsche Kolleg wurde im Dezember 1994 als Nachfolgeeinrichtung des Berliner Leserkreises der Publikation ☛ „*Junge Freiheit*“ (JF-Leserkreis) gegründet. Das DK versteht sich als Schulungseinrichtung der „nationalen Intelligenz“, erstellt Schulungsmaterial zu ideologischen, politischen und ökonomischen Themen und führt entsprechende Schulungen durch. Als eine Art „Chefideologe“ fungiert der Hamburger Dr. Reinhold OBERLERCHER, der seine politische Laufbahn beim links-



Deutsches Kolleg

extremistischen ehemaligen „Sozialistischen Deutschen Studentenbund“ (SDS) begann und sich heute als „völkisch-germanischer Nationalmarxist“ bezeichnet. Nachdem OBERLERCHER im Frühjahr 2000 den ins rechtsextremistische Lager gewechselten ehemaligen Mitbegründer der „Rote Armee Fraktion“ (RAF) Horst MAHLER (☛ *Bürgerbewegung „Für unser Land“* (FUL), ☛ *„Werkstatt Neues Deutschland“*) für eine Mitarbeit gewinnen konnte, haben sich die Aktivitäten des DK wieder verstärkt. Im Oktober 2000 veröffentlichte das DK im Internet das antisemitische Pamphlet „Ausrufung des Aufstandes der Anständigen“, in dem das Verbot der jüdischen Gemeinden und „*aller vom jüdischen Volksgeist beeinflussten Vereinigungen und Einrichtungen*“ gefordert wird.

Deutsches Rechtsbüro (DRB)

Das DRB ist eine 1992 in Hamburg gegründete (heutige Postadresse in Berlin) Rechtshilfeeinrichtung der rechtsextremistischen Szene. Sie nimmt bundesweit Kontakt- und Koordinierungsaufgaben wahr. Durch Öffentlichkeitsarbeit, Herausgabe von juristischen Ratgebern, Presseerklärungen, Schulungen sowie Vermittlung „national“ eingestellter Rechtsanwälte leistet das DRB Gesinnungsgenossen juristische Hilfestellung.

Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)

1972 gegründete Organisation der ➤ „*Neuen Rechten*“ mit nationalrevolutionärer Ausrichtung. Sie förderte in der Vergangenheit u. a. durch Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen die Zusammenarbeit von Personen und Organisationen insbesondere aus dem Bereich des intellektuellen Rechtsextremismus.

Ihr angeschlossen ist der in Hamburg ansässige „Verlag Deutsch-Europäischer Studien



GmbH“ (➤ Verlage), der das Nachrichtenblatt ➤ „*DESG-inform*“ und das Theorieperiodikum ➤ „*Junges Forum*“ herausgibt. „DESG-inform“ berichtet über Interna rechtsextremistischer Organisationen. Weiter werden Schriften und Zusammenschlüsse des intellektuellen Rechtsextremismus vorgestellt und Bücher vor allem rechtsextremistischer Verlage besprochen. 1997 beschlossen DESG und ➤ „*Synergion Deutschland*“, die deutsche Sektion der europaweit agierenden, ebenfalls nationalrevolutionär ausgerichteten „*Europäischen Synergien*“, eine engere Zusammenarbeit. „*Synergion*“ ist der DESG als Arbeitsgemeinschaft angeschlossen.

Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG)

Seit 1952 im GRABERT-Verlag (➤ Verlage), Tübingen, erscheinende vierteljährliche Publikation mit einer Auflage von 3.000 Exemplaren. Die Schrift enthält wissenschaftlich verbrämte Artikel zu zeitgeschichtlichen Themen aus revisionistischer Sicht (➤ *Revisionismus*, ➤ *Gebietsrevisionismus*).

Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.

1951 gegründete und seit 1988 von dem Hamburger Rechtsanwalt und langjährig aktiven Rechtsextremisten Jürgen RIEGER geleitete „*germanisch-heidnische*“ Organisation. Sie versteht sich als Glaubensbund, der „*die Kultur der nordeuropäischen Menschenart*“ bewahren, erneuern und weiterentwickeln will. Die Artgemeinschaft vertritt völkisch-rassistisches (☞ *Volksgemeinschaft*, ☞ *Rassismus*) und antisemitisches Gedankengut (☞ *Antisemitismus*). Sie gibt die vierteljährlich erscheinende „Nordische Zeitung“ heraus.

Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – Der Bis-marck-Deutsche

1983 von Otto Ernst REMER gegründete und seit 1989 von Georg Albert BOSSE geleitete neonazistische Organisation. REMER war nach dem gescheiterten Attentat auf HITLER am 20. Juli 1944 maßgeblich an der Niederschlagung der Verschwörung gegen HITLER beteiligt und bis zu ihrem Verbot 1952 der führende Kopf der ☞ „*Sozialistischen Reichspartei*“ (SRP). Die DDF verbreitet nationalistisches, rassistisches (☞ *Nationalismus*, ☞ *Rassismus*) und antisemitisches Gedankengut (☞ *Antisemitismus*). Ihre Aktivitäten beschränken sich fast ausschließlich auf die zweimonatliche Herausgabe der Publikation ☞ „*Recht und Wahrheit*“ sowie auf die ein- bis zweimal jährlich stattfindenden „Recht und Wahrheit-Lesertreffen“.

Die Nationalen e.V. einschließlich Jungnationale (JNA)

Bis zu ihrer Selbstauflösung im Jahre 1997 mit bis zu 180 Mitgliedern eine der größten neonazistischen Organisationen (☞ *Neonazis*) mit Schwerpunkt in Berlin und einigen ostdeutschen Bundesländern. Sie wurde 1991 unter der Bezeichnung „Freiheitliche Wählergemeinschaft - Wir sind das Volk“ in Berlin als überparteiliche Wählergemeinschaft ins Leben gerufen, 1992 in „Die Nationalen e.V.“ umbenannt und 1995 unter derselben Bezeichnung als Partei gegründet. Die „Nationalen e.V.“ verfügten über mehrere Landesverbände und arbeiteten eng mit neonazistischen Kameradschaften (☞ *Neonazis*, ☞ *Kameradschaften*) zusammen. Als Grund für die Auflösung gab die Organisation an, ihr Ver-

einsziel, den Aufbau eines „*informellen Netzwerkes*“ und die „*Unterstützung nationaler Einigungstendenzen*“ nahezu erreicht zu haben. Tatsächlich spielte aber das wenige Monate zuvor ergangene Verbot der mit ihr eng verbundenen ☛ „*Kameradschaft Oberhavel*“ eine entscheidende Rolle.

Jugendverband der „Nationalen e.V.“ waren die „Jungnationalen“ (JNA) - gegründet als „Junges Nationales Spektrum“ (JNS). Den „Nationalen e.V.“ angeschlossen war der nicht mehr existierende Zeitungsverband um die ☛ „*Berlin-Brandenburger Zeitung*“ (BBZ), die in ihrer Blütezeit über sechs Regionalausgaben mit einer Gesamtauflage von bis zu 60.000 Exemplaren verfügte.

Die Republikaner (REP)

Im November 1983 in München von zwei ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten und dem Fernsehjournalisten Franz SCHÖNHUBER gegründete Partei. Neun Jahre, von 1985 bis 1994, war SCHÖNHUBER Parteivorsitzender. Nach innerparteilichen Querelen wegen seiner Kontakte zum Vorsitzenden der ☛ „*Deutschen Volksunion*“ (DVU), Dr. Gerhard FREY, trat er Ende 1995 aus der Partei aus. Seit 1994 ist Dr. Rolf SCHLIERER Parteivorsitzender.

Die REP sind mit etwa 13.000 Mitgliedern die zweitgrößte rechtsextremistische Partei. Sie verfügen über Landesverbände in allen Bundesländern. Ihr Schwerpunkt liegt in Süddeutschland, insbesondere in Baden-Württemberg, wo sie seit 1992 im Landtag vertreten waren (☛ Wahlen). Bei der Landtagswahl am 25.03.2001 verpassten sie mit 4,4% den Wiedereinzug. Von 1989 bis 1994 war die Partei auch im Europa-Parlament vertreten. Bei der Europa-Wahl 1989 hatten die REP mit 7,1 % der Stimmen das höchste Wahlergebnis erzielt, das eine rechtsextremistische Partei seit 1949 auf Bundesebene erreicht hat. 1999 scheiterten sie bei der Europawahl mit 1,7 %. Durch einen Anfang 1993 übergetretenen CSU-Parlamentarier verfügten sie vorübergehend auch über ein Mandat im Deutschen Bundestag.



Häufige Wahlniederlagen sowie daraus resultierende innerparteiliche Querelen über den richtigen Kurs prägen seit mindestens Mitte der neunziger Jahre die Situation der Partei. Der amtierende Bundesvorstand versucht die Partei im rechtskonservativen Spektrum zu etablieren. Sie grenzt sich daher formal von anderen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen ab. Dieser Abgrenzungskurs ist innerparteilich aber äußerst umstritten und wird von erheblichen Teilen der Parteibasis und einzelnen Funktionären ignoriert. Bei den REP liegen nach wie vor tatsächliche Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vor. Gegen ihre bundesweite Beobachtung hat die Partei mehrfach - meist erfolglos - geklagt. Das Oberverwaltungsgericht Lüneburg stellte in seiner Entscheidung vom 20.10.2000 fest, dass in zahlreichen Äußerungen der REP eine „*feindliche Einstellung*“ gegenüber der im Grundgesetz konstituierten parlamentarischen Demokratie in Deutschland zu erkennen ist und dass die Partei eine unzureichende Distanz zum Nationalsozialismus aufweist.

Um unterschiedliche Bevölkerungsgruppen gezielt anzusprechen, bedient sich die Partei folgender Unterorganisationen:

- **Arbeitskreise Republikanische Jugend (RJ)**
Laut Satzung der REP auf jeder Parteiebene zu gründende, gegenüber der Partei weisungsgebundene Arbeitskreise für Personen im Alter zwischen 16 und 30 Jahren. Nicht formell, jedoch faktisch Jugendorganisation der REP.
- **Republikanischer Bund der Frauen (RBF)**
1995 gegründet, hat u. a. das Ziel, Frauen eine aktivere Mitwirkung an der Willensbildung der Partei zu ermöglichen.
- **Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten (RepBB)**
1993 gegründete Interessenvertretung der dem öffentlichen Dienst angehörenden Parteimitglieder.
- **Republikanischer Hochschulverband (RHV)**
1997 wiederbelebte und im Januar 1999 formell neu gegründete Studentenvertretung der REP. Nach jahrelanger Inaktivität beteiligt sie sich seit 1997 vereinzelt an Studentenparlamentswahlen.

Bundesweites Presseorgan der Partei ist die monatlich erscheinende Zeitung „Der Republikaner“ mit einer Auflage von etwa 20.000 Exemplaren. Herausgeber ist die REP-Verlags GmbH, Berlin.

Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)

Am 05.05.1995 vom Innenminister des Landes Brandenburg verbotener neonazistischer Verein (☛ *Neonazis*) . Wurde nach Abspaltung von der ebenfalls verbotenen ☛ „*Nationalistischen Front*“ (NF) 1992 von ehemaligen NF-Mitgliedern unter dem Namen „Förderwerk Mitteldeutsche Jugend“ (FMJ) gegründet. Nach Durchsuchungsmaßnahmen erklärte sich der Verein 1994 für formal aufgelöst. Die vorhandenen Stützpunkte sollten in die vollständige Autonomie entlassen werden und sich ständig wechselnde Namen geben. Faktisch blieb der Verein jedoch bestehen. Er trat nach mehrfacher Umbenennung zuletzt unter der Bezeichnung „Direkte Aktion/Mitteldeutschland“ (JF) auf.



DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH

Vom Bundesvorsitzenden der ☛ „*Deutschen Volksunion*“ (DVU) Dr. Gerhard FREY geführter Verlag, der die Wochenzeitung „*National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung*“ herausgibt. Angeschlossen ist ein Buchkreis.

Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten (ER)

Aktionsgemeinschaft des Vereins „*Deutsche Volksunion e.V.*“ (☛ „*Deutsche Volksunion*“).

Eine Bewegung in Waffen

Seit 1992 vertriebene, offensichtlich von deutschen Neonazis verfasste Anleitung zur Vorbereitung und Durchführung eines nationalsozialistischen bewaffneten Untergrundkampfes (☛ *Terrorismus*). Als historisches Vorbild dient die im April 1945 gebildete nationalsozialistische Untergrundbewegung „*Werwolf*“, die durch Sabotage- und Terrorakte Widerstand gegen die Alliierten leisten sollte.

Die Anleitung besteht aus den vier Bänden:

- „*Massenpsychologie, Propaganda und Revolution*“
- „*Strategie und revolutionärer Kleinkrieg*“
- „*Dokumentation zum Werwolf historischer Prägung*“ (nicht veröffentlicht)
- „*Handbuch für improvisierte Sprengtechnik*“ mit detaillierten Angaben zur Herstellung von Brand- und Sprengbomben.

Sie wurde teilweise von der in den USA ansässigen neonazistischen ➔ „*Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation*“ (NSDAP/AO) auf Disketten und in deren Zeitschrift ➔ „*NS-Kampfruf*“ verbreitet.

Europa vorn

Frühere Bezeichnung der vierteljährlich vom „*Europa Vorn Vertrieb*“ (Köln) herausgegebenen Schrift ➔ „*Signal - Das patriotische Magazin*“.

Europäische Zusammenarbeit/Kontakte in die ehemaligen deutschen Ostgebiete

Deutsche Rechtsextremisten unterhalten auf verschiedenen Ebenen und mit unterschiedlicher Intensität und Zielsetzung Kontakte zu Gleichgesinnten vor allem in Europa, aber auch in Übersee (USA, Kanada, Südafrika). Für Neonazis und Skinheads stehen dabei mehrere Aspekte im Vordergrund: Zum einen die Kontaktpflege auf gemeinsamen Veranstaltungen mit Gesinnungsfreunden, vor allem bei Konzerten, zum anderen Aktionen im Ausland, bei denen sie Symbole und Parolen zeigen können, die in Deutschland verboten sind. Hinzu kommt die Einfuhr im Ausland hergestellter Propagandamaterialien und Tonträger nach Deutschland, die hier strafrechtlich relevant sind. Zu intensiveren Kontakten kommt es vor allem in den jeweiligen grenznahen Regionen. So pflegen beispielsweise Neonazis aus Nordrhein-Westfalen enge Verbindungen zu Gesinnungsgenossen in den Niederlanden und in Belgien, mit denen hin und wieder auch gemeinsame Aktionen durchgeführt werden. Neonazis aus dem norddeutschen Raum orientieren sich dagegen stärker in Richtung Skandinavien, vor nach allem Dänemark und Schweden.

Nationalistische Organisationen streben eine länderübergreifende Zusammenarbeit vor allem an, um ein Gegengewicht gegen den von ihnen abgelehnten europäischen Integrationsprozess bilden zu können. Sie benutzen den Begriff „Europa der Vaterländer“. Bedeutendere europäische Partner deutscher Rechtsextremisten sind der französische „Front National“ (FN), die „Britisch National Party“ (BNP), der belgische „Vlaams Blok“ (VB) und „Forza Nuova“ (FN) aus Italien; im Bereich der neonazistischen Organisationen ist die „Dänische Nationalsozialistische Bewegung“ (DNSB) und die „Niederländische Volksunion“ (NVU) zu nennen. Zur Kontaktpflege werden alljährlich Traditions- und Gedenkveranstaltungen wie die flämische „Ijzerbedevaart“ in Diksmuide, die „Ulrichsberg“-Gedenkfeier bei Klagenfurt/Österreich oder die Gedenkfeier zum Todestag von General FRANCO in Madrid abgehalten. Bei den rechtsextremistischen europäischen Jugendorganisationen sind die ☹ „*Jungen Nationaldemokraten*“ (JN) führende Verfechter einer engeren Zusammenarbeit. Sie führen zu diesem Zweck seit 1994 jährlich einen „Europäischen Kongress der Jugend“ durch, an dem regelmäßig mehrere hundert Teilnehmer aus verschiedenen europäischen Ländern und vereinzelt aus Übersee teilnehmen.

Besonders eng arbeiten die international agierenden Revisionisten (☹ *Revisionismus*, ☹ „*Auschwitz-Lüge*“) zusammen, z.B. bei der Herausgabe von Zeitschriften. Sowohl in Europa als auch in den USA und Australien gibt es eine Reihe von revisionistischen Organisationen und Einzelpersonen, die vor allem über das ☹ *Internet* (s. ☹ *Informations- und Kommunikationstechnologien*) miteinander kommunizieren und z.T. auf gemeinsamen Kongressen zusammentreffen.

Seit Jahren rückläufig sind dagegen die Aktivitäten deutscher Rechtsextremisten in Gebieten mit deutschen Minderheiten. Die Aktivitäten von Manfred ROEDER (☹ *Deutsche Aktionsgruppen*, ☹ *Deutsche Bürgerinitiative*) und seinem „Deutsch-Russischen Gemeinschaftswerk-Förderverein Nordostpreußen“ (DRG/FNO), mit dem u.a. „humanitäre Hilfe für die Bevölkerung Nordostpreußens“ geleistet werden sollte, sind weitgehend eingestellt worden. Die ☹ „*Nationaldemokratische Partei Deutschlands*“ (NPD) führt über das ihr nahe stehende „Freundschafts- und Hilfswerk Ost“ (FHWO) noch Hilfsgütersammlungen und –transporte für bedürftige deutsche Familien, die in den ehemaligen deutschen Ostge-

bieten leben, durch. Die Partei ➡ „Die Republikaner“ (REP) unterstützte nach eigenen Angaben in der Vergangenheit ebenfalls Angehörige deutscher Minderheiten durch Sach- und Geldspenden. Die ➡ „Deutsche Volksunion“ (DVU) unterhält Beziehungen zu deutschen Volksgruppen in Polen, die auch zu den alljährlichen Großveranstaltungen der DVU nach Passau eingeladen werden.

Faschismus



MUSSOLINI als Herrscher über Rom
Propagandaplakat der italienischen Faschisten, ca. 1922

Faschismus bezeichnet historisch eine rechtsextremistische Bewegung und Staatsform, die von dem italienischen Parteiführer und späteren Diktator Benito MUSSOLINI 1919 gegründet und 1922 an die Macht gebracht wurde. Der Begriff leitet sich aus dem Wort „fascio“ = „Bund“ oder „Bündel“ ab, das symbolisch für Einheit, Kraft und Gerechtigkeit stehen sollte. MUSSOLINI selbst war zunächst Sozialist, wegen seines Willens zum Krieg (1914 gegen Deutschland) musste er jedoch die Sozialistische Partei Italiens verlassen. Später schmiedete er mit HITLER die sogenannte „Achse Berlin-Rom“ und einen Militärpakt.

Heute wird der Begriff Faschismus vielfach pauschal zur kritischen Kennzeichnung sämtlicher rechtsextremistischer Bestrebungen (verkürzt: „Faschos“) verwandt, insbesondere wird er häufig mit ➡ *Nationalsozialismus* gleichgesetzt. Mit dieser Gleichsetzung werden jedoch einige wichtige Unterschiede zwischen Faschismus und Nationalsozialismus verwischt. Zwar ist beiden Machtsystemen gemeinsam, dass sie auf völkischem Kollektivismus (➡ *Volksgemeinschaft*), ➡ *Nationalismus* und einem autoritären ➡ *Führerprinzip* im Rahmen eines Einparteienstaates basierten, sie unterschieden sich jedoch in der Rigorosität, der „bürokratischen“ Perfektionierung der Machtausübung und in dem Grad des menschen-

verachtenden Terrors. Auch der den Nationalsozialismus kennzeichnende ➔ *Rassismus* und ➔ *Antisemitismus* hat in Ideologie und Praxis des italienischen Faschismus keine entsprechende Bedeutung. In faschistischer Tradition standen noch bis Mitte der siebziger Jahre das „FRANCO-Regime“ in Spanien und das „SALAZAR- (bzw. spätere CAETANO-) Regime“ in Portugal.

Vor allem in orthodox-kommunistischen „Faschismustheorien“ werden Entstehung und Funktion faschistischer Bewegungen und Herrschaftssysteme aus der „Logik“ des Kapitalismus erklärt. Danach sichern Faschisten die Herrschaft des Kapitals bzw. der Bourgeoisie durch die (gewaltsame) Niederschlagung der „demokratischen“ Kräfte. Dieses ideologische Gebäude steht allerdings im offenkundigen Gegensatz zu der Tatsache, dass pluralistische Demokratien in aller Regel auch eine marktwirtschaftliche Ordnung haben; es dient somit in erster Linie zur Delegitimierung dieser Demokratien.

Freie Nationalisten

Als Reaktion auf zahlreiche Verbote rechtsextremistischer Organisationen seit 1997 von dem Hamburger Neonazi Thomas WULFF entwickeltes neues Organisationskonzept, insbesondere für ➔ *Neonazis*. In Anlehnung an Modelle linksextremistischer Autonomer sollen unabhängige, organisationsungebundene Strukturen aufgebaut werden, die der informellen Vernetzung und der Bildung themenbezogener Aktionsbündnisse dienen. Auf örtlicher und regionaler Ebene werden selbständige, strukturlose ➔ *Kameradschaften* gebildet, die sich zu überregionalen Aktionsbündnissen zusammenschließen. Über Aktionsbüros, Info-Telefone und das Internet werden diese Kameradschaften aktuell über Themen informiert und zu gemeinsamen öffentlichkeitswirksamen Aktionen mobilisiert. Auf Koordinierungstreffen der Führungspersonen der am Bündnis beteiligten Kameradschaften werden Themen- und Aktionsschwerpunkte festgelegt. Ziele dieses Konzeptes sind es, ein möglichst breites neonazistisch geprägtes Netzwerk als alternatives Sammelbecken zu rechtsextremisti-



schen Parteien zu bilden, die öffentlichen Aktivitäten von Neonazis durch gezielte Mobilisierung zu verstärken und staatliche Verbotsmaßnahmen durch den Verzicht auf feste Strukturen zu unterlaufen. Die Symbole der „Freien Nationalisten“ bei ihren öffentlichen Auftritten sind schwarze Fahnen und der Slogan „Frei, Sozial und National“.

Der Begriff „Freie Nationalisten“ hat sich in weiten Teilen der Neonaziszene als Merkmal der gemeinsamen Identität durchgesetzt. In Norddeutschland, wo die Umsetzung des Konzeptes am weitesten fortgeschritten ist, treten die „Freien Nationalisten“ meistens unter der Bezeichnung ☞ „*Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland*“ auf.

Freies Info-Telefon Norddeutschland (FIT)



Von ☞ „*Freien Nationalisten*“ betriebenes „Info-Telefon“. mit den Regionalanschlüssen „Hamburg“, „Mecklenburg“ und „Pommern“, die gemeinsam von einem Neonazi betrieben werden. Sie wurden als Konkurrenz zu den ☞ „*Nationalen Info-Telefonen*“ (NIT) des André GOERTZ eingerichtet.

Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)

Am 24.02.1995 durch den Bundesminister des Innern verbotener neonazistischer Verein (☞ *Neonazis*, ☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*). Die beanspruchte Parteieigenschaft der FAP wurde



vom Bundesverfassungsgericht nicht anerkannt (☞ *Parteien/Parteienverbote*). Die 1979 gegründete Organisation wurde nach dem Verbot der ☞ „*Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale AktivistInnen*“ (ANS/NA) ab 1984 von Anhängern des 1991 verstorbenen Neonazi-Führers Michael KÜHNEN unterwandert und schließlich übernommen. Nach Streitigkeiten wegen der Homosexualität KÜHNENs kam es 1986/87 zur Spaltung in KÜHNEN-Gegner und -Anhänger. Diese Spaltung führte letztlich zum Rückzug der KÜHNEN-Anhänger aus der FAP. Über ein Jahrzehnt war die FAP eine der bedeutendsten Neonazi-Organisationen in der Bundes-

republik. Ihre maximale Mitgliederzahl betrug über 500 Personen, zum Zeitpunkt ihres Verbotes verfügte sie über etwa 430 Mitglieder.

Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP)

Nach monatelangen Machtkämpfen mit der Parteiführung der ☞ „*Deutschen Volksunion*“ (DVU) am 15.02.00 von ehemaligen Mitgliedern der DVU-Landtagsfraktion in Magdeburg gegründete Partei, die seitdem mit einer eigenen Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt vertreten ist. Sie hat dort und in Thüringen Landesverbände. In Sachsen-Anhalt verfügt sie über mehrere Kreisverbände. Vorbild der FDVP, die eine „*moderne national-freiheitliche Partei*“ mit nationalen Positionen sein will, ist die rechtspopulistische „*Freiheitliche Partei Österreichs*“ (FPÖ).

Freiheitlicher Volksblock (FVB)

1994 gegründete neonazistische Organisation (☞ *Neonazis*) mit Schwerpunkt in Süddeutschland, die sich selbst als „*Partei des deutschen Aufbruchs*“ bezeichnete. Führende Funktionäre waren Mitglieder der im Juli 1993 verbotenen ☞ „*Heimattreuen Vereinigung Deutschlands*“ (HVD). Der etwa 100 Mitglieder zählende und organisatorisch in die Landesverbände Bayern, Baden-Württemberg, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt unterteilte FVB ist mittlerweile völlig inaktiv. Durch seinen aggressiv vorgetragenen Führungsanspruch und sein uniformiertes Auftreten in der Öffentlichkeit war der FVB in der neonazistischen Szene isoliert.

Freikorps

Für die Dauer eines Feldzuges oder anderer militärischer Auseinandersetzungen gebildete Freiwilligenverbände, denen auch reguläre Truppenteile angehören konnten. Häufig benannt nach ihren Führern. Obwohl seit dem Mittelalter aufgestellt, hatten Freikorps ihre größte Bedeutung erst in den Befreiungskriegen gegen die napoleonische Herrschaft.

Nach der Niederlage des kaiserlichen Heeres im 1. Weltkrieg wurde von der Obersten Heeresleitung die Bildung von Freikorps gefördert, von denen bis März 1919 etwa 100 mit einer Stärke von insgesamt 250.000 Mann entstanden. Sie waren in der Regel nationalistisch, demokratie- und republikfeindlich eingestellt, bekämpften in bürgerkriegsähnlichen

Auseinandersetzungen kommunistische Verbände. Die „Marinebrigade Ehrhardt“ war 1920 am Putsch gegen die Reichsregierung beteiligt (Kapp-Lüttwitz-Putsch). Nach Bildung der Reichswehr wurden die Freikorps aufgelöst und gingen zum Teil in ihr auf.

Nach dem Ende des 2. Weltkrieges sahen sich einzelne Rechtsextremisten in der Tradition der Freikorps. Die jeweils örtlichen Vereinigungen des „Freikorps Deutschland“ wurden am 11.02.53 durch die Polizeibehörde der Freien und Hansestadt Hamburg und am 17.02.53 durch das Stadt- und Polizeiamt Bremen verboten (☞ *Verbotene Organisationen*). Freikorps spielen in der Gedankenwelt einzelner militanter Rechtsextremisten im Hinblick auf eine spätere Machtübernahme eine Rolle. „Freikorps“ nennt sich auch eine Skinhead-Band (☞ *Skinheads*) aus Schleswig-Holstein.

Fremdenfeindlichkeit

Psychologisch gesehen handelt es sich bei Fremdenfeindlichkeit um eine spezifische Form von Vorurteilen, d.h. um pauschale und negative Einstellungen gegenüber Menschen aus anderen ethnischen Gruppen. Der Begriff Fremdenfeindlichkeit hat den im allgemeinen Sprachgebrauch



früher stärker verbreiteten Begriff „*Ausländerfeindlichkeit*“ abgelöst, weil sich diskriminierende Einstellungen oder Verhaltensweisen in der Regel nicht gegen Ausländer generell (z. B. kaum gegen Skandinavien oder Nordamerikaner) richten,

sondern an bestimmten Herkunftsländern, der Hautfarbe, kulturellen Gepflogenheiten oder der Religion festgemacht werden. Fremdenfeindlichkeit gibt es nicht nur bei Rechtsextremisten, bei diesen sind jedoch fremdenfeindliche Einstellungen besonders stark ausgeprägt.

Fremdenfeindlichkeit ist nicht dasselbe wie „Fremdenangst“ (als Angst vor dem Unbekannten), kann aber deren Folge sein; auch einzelne politische Aussagen oder Forderungen, etwa die nach einer restriktiven Ausländerpolitik, dürfen nicht mit einer verfestigten fremdenfeindlichen

Grundhaltung gleichgesetzt werden. Fremdenfeindlichkeit hat sehr unterschiedliche Ursachen, sie verbreitet sich vor allem in Zeiten wirtschaftlich-sozialer Probleme oder allgemeiner Orientierungsunsicherheit. Fremden wird dann häufiger die Rolle des „Sündenbocks“ zugeschrieben.

Der für die Bundesrepublik Deutschland in den siebziger und achtziger Jahren feststellbare Trend zu einer positiven Grundhaltung gegenüber Ausländern wurde Anfang der neunziger Jahre gebrochen. Um die Entwicklung fremdenfeindlicher Straftaten erfassen zu können, hat die Polizei bereits 1991 eine entsprechende, für alle Bundesländer verbindliche Definition festgelegt und dafür einen besonderen Meldedienst eingerichtet. Im Rahmen des seit Anfang des Jahres 2001 geltenden neuen Definitionssystems zur „Politisch motivierten Kriminalität“ (PMK) werden fremdenfeindliche Straftaten als Teil der sog. „Hasskriminalität“ eingestuft. Fremdenfeindlich sind danach alle Taten, die „aufgrund der tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion oder Herkunft des Opfers“ verübt werden.

Friedenskomitee 2000/Deutschland-Bewegung

Anfang 1990 in Berlin von dem zwischenzeitlich ins rechtsextremistische Lager gewechselten ehemaligen Bundestagsabgeordneten der „Grünen“, Dr. Alfred MECHTERSHEIMER, gegründete Organisation mit Sitz in Starnberg (Bayern). Sie versteht sich als eine breit angelegte politische Sammlungsbewegung, in die sich konservative, patriotische und nationalistisch ausgerichtete Organisationen und Personen unterschiedlichster Ausrichtung

einbringen, ohne ihren Status und ihre Selbständigkeit auf-



zugeben. Ziel dieses Bündnisses ist es, den von MECHTERSHEIMER prognostizierten, durch ethnische Konflikte und Probleme herbeigeführten Untergang der Bundesrepublik durch eine grundsätzliche Änderung der Einwanderungs- und Wirtschaftspolitik zu verhindern. Mit nationalistischer Agitation wendet sich die Organisation gegen die angebliche „Multikulturalisierung Deutschlands“. Nach anfänglicher Annäherung an die Partei ☉ „Die Republikaner“ kühlte sich das Verhältnis merklich ab und ist heute distanziert bis ablehnend. Letztlich fand

MECHTERSHEIMER nur Zuspruch bei kleineren Gruppierungen und deren Umfeld.

Mit der Gründung der ➔ „*Deutschen Aufbau-Organisation*“ (DAO) Anfang 2000 hat MECHTERSHEIMER einen erneuten Versuch unternommen, die Einigung des nationalen Lagers zu initiieren.

Fritz

Zeitschrift der ➔ „*Jungen Landsmannschaft Ostpreußen*“ (JLO) mit einer Auflage von 5.000 Exemplaren.

Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)

Am 02.09.1993 vom Regierungspräsidenten von Düsseldorf verbotene rechtsextremistische Organisation (➔ *Verbote*, ➔ *Verbotene Organisationen*). Der FFD verbreitete seit 1989 in Flugblättern und Schriften revisionistische (➔ *Revisionismus*), die Repräsentanten der freiheitlichen Demokratie verunglimpfende und fremdenfeindliche Inhalte.

Führerprinzip

Das Führerprinzip (eine Person an der Spitze einer Organisation oder des Staates hat umfassende Entscheidungsgewalt) ist eine zentrale Grundlage der nationalsozialistischen Weltanschauung (➔ *Nationalsozialismus*); es findet sich darüber hinaus mehr oder weniger ausgeprägt im gesamten Rechtsextremismus. Das Führerprinzip steht in unversöhnlichem Gegensatz zu allen Formen demokratischer Willensbildung, es war und ist insbesondere als Kampfansage an die parlamentarische Demokratie zu verstehen.

Im Rechtsextremismus, vor allem in seiner nationalsozialistischen Ausprägung, bedeutet das Führerprinzip mehr als eine nur „technische“ Form der Entscheidungsfindung von oben nach unten, in der der Führer mit weitgehenden Befehlsvollmachten ausgestattet ist und die Untergebenen zu entsprechendem Gehorsam verpflichtet sind. Es ist also mehr als ein autoritäres „Leitungsprinzip“. Vielmehr beinhaltet das Führerprinzip auch eine stark emotionale und pseudoreligiöse Komponente. In der „Liebe zum Führer“ drückt sich auch die Sehnsucht nach Geborgenheit und Stärke aus, dies war die Basis des von GOEBBELS insze-

nierten Führermythos um HITLER. Der Führer ist Hoffnungsträger und Heilsbringer, er personifiziert die Einheit der ➔ *Bewegung*. Im Nationalsozialismus galt das Führerprinzip nicht nur für die NSDAP, sondern für den gesamten Staat.

Auch im heutigen Rechtsextremismus haben „Führer“ eine wichtige Rolle, die jedoch (von Wunschvorstellungen einiger Funktionäre und Aktivisten abgesehen) nicht mit der Adolf HITLERS verglichen werden kann. Das rechtsextremistische Lager in Deutschland verfügt über keine charismatische Figur, die es vereinigen könnte. Stattdessen gibt es eine Vielzahl von Personen, die Führungsansprüche haben, daraus resultieren Konkurrenzkämpfe innerhalb oder zwischen den Parteien, Vereinigungen und auch ➔ *Kameradschaften*. Soweit das Führerprinzip zumindest in einzelnen Organisationen oder Gruppierungen akzeptiert wird, verschafft es diesen allerdings die



Möglichkeit, relativ schnell auf Entwicklungen oder Ereignisse zu reagieren, weil längere interne Diskussionen – wie sie bei Linksextremisten die Regel sind – entfallen. Eine Kehrseite dieser Situation ist, dass solche Organisationen weitgehend von der Existenz ihrer Führer abhängig sind.

FZ - Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH

Verlagsunternehmen, dessen alleinige Gesellschafterin die Ehefrau des Bundesvorsitzenden der ➔ „*Deutschen Volksunion*“ (DVU), Dr. Gerhard FREY, ist und das dessen Bestrebungen unterstützt.

Gebietsrevisionismus



Teilaspekt des ☞ *Revisionismus*; beinhaltet die Forderung territorialer und damit auch politischer Wiederherstellung des Deutschen Reiches. Seine Verfechter vertreten allerdings unterschiedliche Ansichten über die Grenzziehung. Es gibt das Bestreben nach Wiederherstellung der Grenzen von 1937, aber auch weitergehendere Forderungen, so nach Vereinigung aller deutschsprachigen Gebiete in Europa. Typisch für Gebietsrevisionisten ist der Gebrauch der Begriffe „Teilvereinigung“ für die 1990 erfolgte Wiedervereinigung beider deutscher Staaten und „Mitteldeutschland“ für die ehemalige DDR.

Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)

Früher unter der Bezeichnung ☞ *„Vereinigte Länder des deutschen Ostens“* (VLDO) bekannte Kleinorganisation (Zusatz: Gruppe STOLLE) mit Sitz in Nienburg (Niedersachsen). Die VLDO wurde 1981 nach Abspaltung von der ☞ *„Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter“* (GOG) gegründet. Ziel der GDO ist u.a. *„die Wiederherstellung der nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker Ende 1918 einschließlich Deutsch-Österreich gewollten und bestanden Grenzen“*. Die GDO betreibt eine Aktion „Ostpreußenhilfe“.

Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter (GOG)

Rechtsextremistische Organisation, die sich ursprünglich für die Rechte der Eigentümer von Grundstücken in den deutschen Ostgebieten einsetzte und gegen die Ostpolitik Mitte der siebziger Jahre polemisierte. In der GOG-Schrift *„Anzeiger der Notverwaltung des deutschen Ostens im Deutschen Reich“* (Auflage: 7.500) werden revisionistische (☞ *Revisionismus*, fremdenfeindliche (☞ *Fremdenfeindlichkeit*) und antisemitische (☞ *Antisemitismus*) Beiträge veröffentlicht. Die GOG tritt auch als *„Notverwaltung des deutschen Ostens“* (NDO) und *„Verein zur Erhaltung und Sicherung des ostdeutschen Privateigentums e.V.“* auf.

Germania Rundbrief

Monatlich erscheinende, deutschsprachige revisionistische Publikation. Verfasser und Herausgeber ist der langjährig in Kanada und jetzt in den USA lebende Ernst ZÜNDEL, seit Jahren einer der aktivsten, international agierenden Revisionisten (☛ *Revisionismus*). Er verbreitet seine Propaganda auch im Internet und in Radio- und Fernsehsendungen. ZÜNDEL hat einen Sympathisantenkreis in Deutschland.

Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV)

1962 unter der Bezeichnung „Deutsche Gesellschaft für Gesundheitspflege“ gegründet, 1972 in „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV) umbenannter Verein, der von dem Hamburger Rechtsanwalt und Rechtsextremisten Jürgen RIEGER geleitet wird. Die GfbAEV ist seit 1997 kein eingetragener Verein mehr. Unter dem Deckmantel der wissenschaftlichen Disziplin „Anthropologie“ verbreitet die Gesellschaft rassistische Thesen, die sich u.a. gegen eine „*Vermischung der Rassen*“ richten. Danach begeht jede Frau und jeder Mann biologischen Verrat, die/der einen Partner fremder Rasse heiratet, Kinder anderer Rassen adoptiert und in „*unseren Lebensbereich*“ bringt. Die GfbAEV war eine der Trägerorganisationen des Vereines ☛ „*Heide-Heim e.V.*“, der bis zu seinem Verbot im Jahre 1998 das rechtsextremistische Kommunikations- und Veranstaltungszentrum im niedersächsischen ☛ *Hetendorf* betrieb. Die GfbAEV gab bis 1994 die Schrift „*Neue Anthropologie*“ heraus.

Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)

1960 von ehemaligen SS-Offizieren und NSDAP-Funktionären gegründete Organisation. Sie ist mit ca. 480 Mitgliedern die größte rechtsextremistische Kulturvereinigung. Dem Vorstand gehören namhafte Rechtsextremisten an; unter ihren Mitgliedern befinden sich Verleger, Redakteure, Schriftsteller und Buchhändler. Die GFP setzt sich für eine „objektive“ Geschichtsbetrachtung des Dritten Reiches ein und wendet sich gegen angebliche „Geschichtsentstellungen“ und „Umerziehung“ (☛ *Revisionismus*). Sie verbreitet ausländerfeindliche und nationalistische Aussagen. Die GFP organisiert Vortragsveranstaltungen und Kongresse und gibt die Schrift „*Das Freie Forum*“ heraus.

Gewalttaten/Gewalttäter

s. ☞ *Straftaten/Straftäter*

Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA)

Am 04.04.1982 auf Betreiben Hamburger Funktionäre der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) zur Teilnahme an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft am 06.06.1982 gegründete Partei. 1998 verlor sie ihre Rechtsstellung als Partei im Sinne des Parteiengesetzes (☞ *Parteien/Parteienverbote*). Sie nahm letztmalig an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft im Jahre 1991 teil (Ergebnis: 0,7 %). Die HLA ist zwar organisatorisch selbständig, ihr Vorsitzender ist jedoch seit Jahren gleichzeitig Landesvorsitzender der Hamburger NPD. In den achtziger Jahren erregte sie durch die massive Verbreitung von Flugblättern mit fremdenfeindlichen Inhalten Aufsehen. Schwerpunkt ihrer Agitation war die „Überfremdung durch Ausländer und Asylanten“, die für die gesellschaftlichen Probleme verantwortlich gemacht wurden. Sie verbreitete zuletzt Parolen gegen Ausländerwahlrecht und doppelte Staatsbürgerschaft, ist mittlerweile aber völlig inaktiv. Ihre Publikation „HLA-Nachrichten“ erschien zuletzt 1997.

Hamburger Nationaldemokraten (HN)

Unregelmäßig erscheinende Zeitung des Landesverbandes Hamburg der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD).

Hamburger Sturm

Der Name „Hamburger Sturm“ bezeichnet nicht nur die gleichnamige neonazistische (☞ *Neonazis*) Zeitschrift „Hamburger Sturm“, sondern steht auch für eine unabhängige Kameradschaft von ☞ „*Freien Nationalisten*“ und ☞ *Skinheads* aus Hamburg und Umgebung, die bei rechtsextremistischen Demonstrationen unter der Bezeichnung „Hamburger Sturm 18“ auftrat und in die Strukturen des ☞ „*Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland*“ eingebunden war. Mit dem Verbot des „Hamburger Sturms“ am 11.08.2000 durch die Behörde für Inneres (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*) wurde erstmals in Deutschland eine Kameradschaft verboten, die über keine formalen Vereinsstrukturen (Satzung, Vorstand, u.a.) verfügte. Einige Aktivisten waren gleichzeitig Mitglieder der „Sektion Nordmark“ der Skin-

head-Organisation ➔ „Blood & Honour“, die am 14.09.2000 vom Bundesminister des Innern ebenfalls als verfassungswidrige Vereinigung verboten wurde.

Die von ihren Redakteuren als „volkstreu, national und radikal“ charakterisierte Zeitschrift „Hamburger Sturm“, die im gesamten norddeutschen Raum in einer Auflage von mehreren hundert Exemplaren verbreitet wurde, war die Nachfolgepublikation der bis 1996 von ehemaligen Anhängern der 1995 verbotenen ➔ „Nationalen Liste“ aus dem Hamburger Stadtteil Bramfeld erstellten und vertriebenen Schrift „Bramfelder Sturm“. Der mit dem Untertitel „Stimme der nationalen Jugend“ versehene „Hamburger Sturm“ richtete sich in erster Linie an die rechtsextremistische Skinhead-Szene. Neben Beiträgen aus dieser Szene (Interviews, Konzertberichte, CD-Kritiken, u.a.) berichtete das Propagandablatt aber auch umfangreich über neonazistische Aktivitäten, nahm aus „nationaler“ Sicht zu aktuellen Themen Stellung und agitierte in aggressiver, zum Teil gewaltverherrlichender Form gegen politische Gegner, Ausländer und Juden. Gleichzeitig wurde der ➔ *Nationalsozialismus* glorifiziert.



Hammerskins

1986 in den USA gegründete, zunächst regionale, mittlerweile weltweit aktive Bewegung innerhalb der Skinheadszene (➔ *Skinheads*) mit elitärem Anspruch. Die „Hammerskins“ vertreten ein rassistisches Weltbild, teilweise verbunden mit nationalsozialistischem Gedankengut. Ihr Ziel ist die Vereinigung aller weißen Skinheads in der Welt in einer „Hammer-skin Nation“. Das Zeichen der „Hammerskins“, zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, soll „die weiße Arbeiterklasse“ symbolisieren. „Hammerskins“ gibt es in mehreren europäischen Ländern. In der Schweiz



sind sie besonders stark vertreten. In Deutschland ist die Organisation nach eigenen Angaben seit 1991 aktiv. Ebenso wie bei ☹ „*Blood & Honour*“ werden die nationalen Organisationen als „Divisionen“, die regionalen Untergliederungen als „Sektionen“ bezeichnet, von denen mehrere insbesondere in den neuen Bundesländern gegründet wurden. Sie sind jedoch quantitativ nicht so bedeutend, wie es die deutschen „Blood & Honour“-Sektionen bis zu ihrem Verbot waren. Die „Hammerskins“ veranstalten Skinkonzerte, geben eigene Publikationen (Fanzines) heraus und sind im Internet vertreten. Darüber hinaus engagieren sie sich in der Produktion und im Vertrieb von Skinhead-Musik. Ihre Beteiligung an öffentlichen Aktionen anderer rechtsextremistischer Organisationen ist eher gering.

Heide-Heim e.V.

1984 gegründeter, von dem Hamburger Rechtsanwalt und Rechtsextremisten Jürgen RIEGER dominierter Trägerverein für das gleichnamige ehemalige Tagungs- und Schulungszentrum in ☹ *Hetendorf*. Am 11.02.1998 wurde der Verein - ebenso wie der parallel existierende Förderverein „Heideheim e.V.“ - durch das niedersächsische Innenministerium verboten. Das Tagungs- und Schulungszentrum in Hetendorf wurde geschlossen. Zum Zeitpunkt des Verbots gehörten dem „Heide-Heim e.V.“ die drei Trägervereine

- ☹ „*Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung*“ (GfbAEV),
- ☹ „*Nordischer Ring e.V.*“ und
- ☹ „*Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.*“

an. Die Einrichtung in Hetendorf war für Rechtsextremisten ein wichtiges Tagungs- und Kommunikationszentrum. Neben den alljährlich veranstalteten „Hetendorfer Tagungswochen“ fanden dort Veranstaltungen verschiedener rechtsextremistischer Gruppierungen statt, unter ihnen die mittlerweile verbotenen neonazistischen Vereine ☹ „*Wiking Jugend*“

(WJ), ☞ „Nationale Liste“ (NL), ☞ „Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei“ (FAP) und ☞ „Nationalistische Front“ (NF).

Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)

1988 nach Streitigkeiten innerhalb der neonazistischen ☞ „*Bewegung*“ von Gegnern des damaligen Neonaziführers Michael KÜHNEN (☞ „*Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten*“) gegründeter Verein mit Schwerpunkt in Baden-Württemberg. Er wurde am 14.07.1993 vom Innenministerium Baden-Württemberg verboten. Die HVD war eine militante Neonaziorganisation (☞ *Neonazis*), die mit der ebenfalls verbotenen „Heimattreuen Vereinigung Elsaß“ (HVE) paramilitärische Wehrsportübungen (☞ *Wehrsport*) durchführte.



HEPP/KEXEL-Gruppe

Die 1982 insbesondere in Hessen aktive, nach ihren Führungspersonen Odfried HEPP und Walther KEXEL benannte rechtsextremistische Terrorgruppe war nicht nur die gefährlichste, sondern bisher auch die einzige rechtsterroristische Gruppe, die nach dem Vorbild des linksextremistischen Terrorismus auf der Grundlage eines langfristig angelegten, ideologisch fundierten Handlungskonzeptes agierte (☞ *Terrorismus*). Ihr gehörten sechs Personen an. In ihrer Erklärung vom 30.06.1982 mit der Überschrift „*Abschied vom Hitlerismus*“ sagten sie sich von den drei „*Abarten des Nationalismus*“,

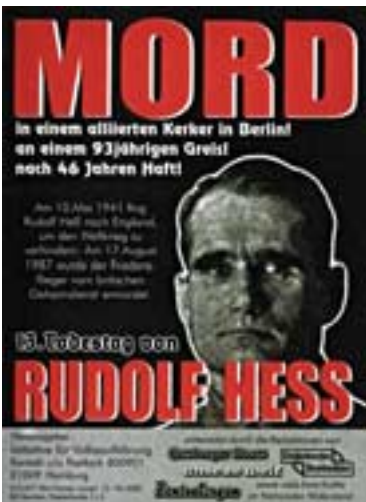
- dem „*Hitlerismus (Ableitung in den Hitlerkult)*“,
- dem „*bürgerlichen Nationalismus (Liebäugeln mit dem westlichen Kapitalismus)*“ und
- dem „*NS- und Uniformfetischismus*“

los und propagierten den „*antiimperialistischen Befreiungskampf*“, speziell den „*Kampf gegen den Amerikanismus*“. Zur Finanzierung ihres bewaffneten Kampfes beging die Gruppe fünf Banküberfälle, mietete konspirative Wohnungen und legte Waffen- und Sprengstoffdepots an. Sie verübte mehrere Sprengstoffanschläge auf Fahrzeuge von US-

Amerikanern und zivile Einrichtungen der US-Armee in Hessen. Die Gruppenmitglieder wurden im Februar 1983 festgenommen.

Das Oberlandesgericht Frankfurt/M. verurteilte fünf Mitglieder der HEPP/KEXEL-Gruppe am 15.03.1985 u.a. wegen Beteiligung an drei Mordanschlägen und fünf Banküberfällen. Vier Täter erhielten Freiheitsstrafen zwischen fünf und zehn Jahren. KEXEL erhielt wegen versuchter Gründung einer terroristischen Vereinigung, versuchten Mordes in drei Fällen und anderer Delikte eine Freiheitsstrafe von 14 Jahren. Er nahm das Urteil an und beging kurz darauf im Gefängnis Selbstmord. HEPP hatte sich der Verhaftung zunächst durch Flucht entzogen und der palästinensischen Terrororganisation „Palestine Liberation Front“ (PLF) angeschlossen, in deren Auftrag er hauptsächlich in Südeuropa und Frankreich operierte. 1985 wurde HEPP in Paris festgenommen und von dort nach zweijähriger Haftstrafe nach Deutschland ausgeliefert. Das Oberlandesgericht Frankfurt/M. verurteilte ihn am 27.10.1987 wegen versuchten Mordes, Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung, Beteiligung an einem Sprengstoffanschlag und vier Banküberfällen zu zehneinhalb Jahren Haft.

HEß-Gedenkaktionen



Seit 1988 führen insbesondere ➔ *Neonazis* alljährlich öffentliche Aktionen anlässlich des Todestages des ehemaligen HITLER-Stellvertreters Rudolf HEB im Monat August durch. Sie bestreiten, dass HEB am 17.08.1987 Selbstmord durch Erhängen verübt hat, und behaupten stattdessen, HEB sei nach 46-jähriger Haft vom britischen Geheimdienst ermordet worden. Seitdem wird HEB, der bereits vor seinem Tod ein wichtiges Agitationsthema für Rechtsextremisten darstellte, von ihnen in der Öffentlichkeit als Märtyrer und „Friedensflieger“ dargestellt. 1941 war HEB heimlich nach England geflogen, um angesichts der drohenden Kriegsniederlage einen Friedensschluss zwischen

dem nationalsozialistischen Deutschland und England zu erreichen. Am 10.05.1941 sprang Heß mit dem Fallschirm über Schottland ab. Er wurde verhaftet und nach Kriegsende bis zu seinem Tode im alliierten Kriegsverbrechergefängnis in Berlin - zuletzt als einziger noch verbliebener Gefangener dieser Einrichtung - in Haft gehalten.

Von 1988 bis 1992 fanden gemeinsame HEß-Gedenkdemonstrationen mit bis zu 2.000 Teilnehmern statt. Ab 1993 wurden für sämtliche öffentlichen HEß-Gedenkaktionen behördliche Verbote ausgesprochen. Seitdem versuchen Neonazis alljährlich durch kleinere dezentrale, konspirativ vorbereitete Aufmärsche, Flugblattverteilungen, Verkleben themenbezogener Plakate u.ä. auf Rudolf HEß aufmerksam zu machen.

Hetendorf

Das niedersächsische Hetendorf war bis 1998 Standort eines bundesweit bedeutsamen rechtsextremistischen Tagungs- und Schulungszentrums. Nach dem Verbot des Trägervereins ➔ „Heide-Heim e.V.“ am 09.02.1998 wurde das Zentrum geschlossen. Hier fanden u. a. die alljährlichen „Hetendorfer Tagungswochen“ statt, an denen Rechtsextremisten aus dem gesamten Bundesgebiet teilnahmen.

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)

1979 gegründete neonazistische (➔ *Neonazis*) Gefangenenhilfsorganisation. Zweck des Vereins ist laut Satzung die materielle und ideelle Unterstützung von „nationalen politischen Gefangenen und deren Angehörigen“. Tatsächlich verfolgt er mit seiner Gefangenenhilfe auch die Wiedereingliederung aus der Haft entlassener „nationaler Gefangener“ in die rechtsextremistische Szene. Die HNG ist mit ca. 550 Mitgliedern nicht nur die größte, sondern nach dem Verbot mehrerer neonazistischer Organisationen derzeit auch die einzige bundesweit aktive neonazistische Vereinigung. Ihre wesentliche Bedeutung für die Szene liegt in ihrer Funktion als Sammelbecken für Neonazis, indem über die ansonsten bestehenden Abgrenzungen hinweg eine Zusammenarbeit statt-



findet. Um diese integrative Rolle nicht zu gefährden, ist die HNG be-
dacht, sich organisationspolitisch neutral zu verhalten. Sie ist Herausge-
berin der monatlich erscheinenden Schrift „HNG-Nachrichten“.

HLA-Nachrichten

Unregelmäßig erscheinende Schrift der ➔ „Hamburger Liste für Auslän-
derstopp“ (HLA). Die letzte bekannte Ausgabe erschien 1997.

Hooligans

Gewalttätige Fußballfans, bei denen das Interesse an der Austragung
von Massenschlägereien mit gegnerischen Fangruppen im Vordergrund
steht. In Teilen der gewaltbereiten Fußballfan-Szene ist eine nationalisti-
sche und fremdenfeindliche Grundhaltung festzustellen. Dies äußert sich
u.a. durch den - nicht nur provokativen - Gebrauch rechtsextremistischer
Symbole und Parolen. Über einen geringen Prozentsatz der Hooligans lie-
gen den Verfassungsschutzbehörden Erkenntnisse mit rechtsextremistischem
Hintergrund vor. Personelle Überschneidungen gibt es insbeson-
dere mit der rechtsextremistischen Skinhead-Szene (➔ *Skinheads*). Ver-
suche von Rechtsextremisten, Hooligans für politische Zwecke zu in-
strumentalisieren, sind wegen ihrer Undiszipliniertheit und ihrem man-
gelnden politischen Interesse aber weitgehend gescheitert. Rechtsex-
tremistisch orientierte Hooligan-Gruppen wie die „Siegener Bären“, de-
ren Mitglieder zum Teil Verbindungen zu der rechtsextremistischen ➔
„Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) unterhielten, und die über ihre Inter-
net-Homepage („Siegener Bärensturm“) auch rechtsextremistisches Ge-
dankengut verbreiten, sind die Ausnahme. Prägnantestes Beispiel für ei-
ne rechtsextremistische Hooligangruppe, die sich fast vollständig in die
Neonazi-Szene integrierte, war die in den achtziger Jahren aktive Dort-
munder „Borussenfront“.

Indizierungen

Zuständig für Indizierungen ist die Bundesprüfstelle für jugendgefähr-
dende Schriften (BPJS) in Bonn, die auf der Grundlage des Gesetzes über
die Verbreitung jugendgefährdender Schriften von 1953 (GjS) eingerich-
tet wurde. Sie prüft Schriften (als solche gelten auch Schallplatten,
CDs, Kassetten, Brett- und Computerspiele, Videofilme und andere Dar-
stellungen - einschließlich Verpackungen) auf mögliche jugendgefähr-

dende Inhalte. Unter den beanstandeten Schriften, die in eine Liste - den sogenannten „Index“ - eingetragen werden, gibt es eine erhebliche Anzahl rechtsextremistischer Erzeugnisse, die insbesondere wegen exzessiver Gewaltdarstellungen, Verherrlichung von Nazi-Ideologie und Rassenhass sowie Verherrlichung oder Verharmlosung von Krieg betroffen sind.

Indizierte Schriften dürfen nicht mehr an Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren verkauft, weitergegeben oder sonst in irgend einer Form zugänglich gemacht werden. Für sie darf nicht geworben und mit ihnen darf auch kein Versandhandel betrieben werden. Von der BPJS indizierte Schriften sind nicht mit Schriften gleichzusetzen, deren Verbreitung aus strafrechtlichen Gründen allgemein verboten ist (☞ *Straftatbestände*).

Informations- und Kommunikationstechnologien

Rechtsextremisten nutzen den technischen Fortschritt für ihre Zwecke und bedienen sich moderner Kommunikationsmittel zum Erreichen ihrer Ziele. Ab etwa 1993 entdeckten Rechtsextremisten die sog. ☞ *Mailboxen* als neues Kommunikationsmedium. Mailboxen sind elektronische Briefkästen in einem Datenverarbeitungssystem, in dem Nachrichten für Systembenutzer gespeichert werden können. Die Computer sind über das Telefonnetz anwählbar. Die Nachrichten sind benutzerspezifisch adressierbar und lassen sich durch Kennworte sichern. In den letzten Jahren wurden Mailboxen zunehmend durch das Internet (s. u.) ersetzt. Im Internet können Extremisten relativ sicher vor staatlicher Verfolgung agieren. Mit Hilfe des Internet ist es Rechtsextremisten teilweise gelungen, staatliche Repressionsmaßnahmen (z. B. Organisationsverbote) zu unterlaufen und die regional und organisatorisch zersplitterte rechtsextremistische Szene zu stabilisieren sowie kommunikativ zu verbinden. Eine wichtige Funktion haben in dieser Hinsicht auch ☞ „*Nationale Info-Telefone*“ (NIT) und ähnliche telefonische Einrichtungen. Für die Kommunikation im Zusammenhang mit Demonstrationen und anderen öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten haben Handys große Bedeutung.

- **Internet**

An den kontinuierlich steigenden Zahlen rechtsextremistischer Homepages lässt sich die Bedeutung dieses Medium für die rechtsextremistische Szene ablesen: Existierten 1996 etwa 30 rechtsex-

tremistische deutsche Homepages, stieg ihre Zahl bis Ende 1997 auf etwa 100, 1998 auf mehr als 200 und 1999 auf etwa 320. Mitte des Jahres 2000 waren rund 450 rechtsextremistische Homepages bekannt. Eine kurze Zeit später durchgeführte intensive Recherche



der Verfassungsschutzbehörden ergab jedoch, dass es offensichtlich weit mehr gibt: Ende des Jahres 2000 wurden ca. 800 von deutschen Rechtsextremisten betriebenen Homepages im Internet gezählt, im März 2001 lag diese Zahl bereits bei knapp 1.000.

Ton und Videosequenzen erhöhen die Attraktivität dieses Mediums. Über Server in den USA werden strafrechtlich relevante Inhalte wie volksverhetzende Lieder, Anleitungen zum Bau von Brand- und Sprengsätzen sowie verbotene nationalsozialistische Symbole und Materialien anonym in Deutschland angeboten. Daneben werden Namen und Adressen von politischen Gegnern bis hin zu Mordaufrufen verbreitet. In Diskussionsforen und „Chat“-Räumen kommunizieren Rechtsextremisten in anonymer Form.

Weil es den Urhebern möglich ist, ihre wahre Identität zu verschleiern (z. B. mittels so genannter „Anonymus-Remailer“), gelingt es nur in Einzelfällen und mit erheblichem Aufwand, die Betreiber zu identifizieren und vor Gericht zu bringen. Automatische Verknüpfungen (Links) eröffnen direkte Zugriffe auf andere rechtsextremistische Internet-Seiten und helfen dabei, die von Providern vorgenommenen Sperrungen von Seiten zu umgehen.



Auch die Möglichkeit, Radio- und Fernsehsendungen (s. ➔ *Politische Hintergrund-Informationen*)

über das Internet zu verbreiten, wird zunehmend genutzt. Das in Berlin angesiedelte „Radio Germania“ verbreitete seine Sendungen bis Ende 1999 über den „Offenen Kanal Berlin“ (OKB) und eine eigene Domain im Internet. Am 21.12.1999 untersagte die Medienanstalt Berlin-Brandenburg unbefristet die Ausstrahlung weiterer Sendungen im OKB. Seitdem werden sie nur noch über das Internet verbreitet.

- **Rechtsextremistische Infotelefone**

Die ☞ „Nationalen Info-Telefone“ (NIT) werden insbesondere für die Mobilisierung der rechtsextremistischen Szene zu gemeinsamen Aktionen benutzt. Daneben dienen Info-Telefone dazu, politische Vorgänge aus rechtsextremistischer Sicht zu kommentieren, gegen das Verhalten demokratischer Politiker und Organe zu agitieren und Informationen aus der rechtsextremistischen Szene zu verbreiten. Ende 2000 gab es bundesweit 13 Info-Telefone.

Von den ☞ „Freien Nationalisten“ werden so genannte ☞ „Freie Info-Telefone“ (FIT) betrieben. Seit Mitte 1999 ist das „Freie Info-Telefon Norddeutschland“ in Betrieb. Es verfügt mittlerweile über drei Regionalanschlüsse: „Hamburg“, „Mecklenburg“ und „Pommern“. Damit hat sich der Kameradenkreis um den Hamburger Neonazi Thomas WULFF ein eigenes Informationsmedium geschaffen, um sich von den NIT und ihren Betreibern unabhängig zu machen.

In der Vergangenheit wurden gelegentlich auch von Anhängern der ☞ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der Partei ☞ „Die Republikaner“ anlassbezogen, d.h. meist nur für eine kurze Zeit zur Vorbereitung von Aktionen, Info-Telefone geschaltet.

Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)

Vorfeldorganisation des Vereins „Deutsche Volksunion e.V.“ (☞ „Deutsche Volksunion“)

Internet

s. ☞ *Informations- und Kommunikationstechnologien.*

Junge Freiheit (JF)

Vom „Junge Freiheit Verlag GmbH & Co“ herausgegebene rechtskonservative Wochenzeitung (Auflage: 10.000), die insbesondere wegen ihrer Nähe zur ☹ „*Neuen Rechten*“ (s.a. ☹ „*Konservative Revolution*“) ins Blickfeld des Verfassungsschutzes geriet. Sie veröffentlicht Beiträge sowohl von Autoren aus dem demokratischen Spektrum als auch von deutschen und ausländischen Rechtsextremisten und trägt damit dazu bei, die Abgrenzung zwischen dem konservativen und dem rechtsextremistischen Lager aufzuweichen.

JUNGE FREIHEIT

Die Wochenzeitung aus der Hauptstadt.

Die JF erschien 1986 in Freiburg erstmals als Schüler- und Studentenzeitung. Bis 1996 gehörten politische „Leserkreise“ zu ihrem Umfeld, von denen sie sich jedoch wegen „rechtsextremistischer Tendenzen“ distanzierte. Aus einzelnen dieser Leserkreise entstanden eigenständige rechtsextremistische Gruppierungen, wie z.B. das ☹ „*Deutsche Kolleg*“. Die JF veranstaltete bis Mitte der neunziger Jahre als zentrale Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen die „JF-Sommeruniversitäten“. 1995 spaltete sich von diesem Projekt als eigenständige Veranstaltung der „Neuen Rechten“ die „Freie Deutsche Sommeruniversität“ ab.

Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)

1991 gegründete ehemalige Jugendorganisation der „Landsmannschaft Ostpreußen“ (LO), die seit einigen Jahren insbesondere aufgrund rassistischer Äußerungen in ihrer Mitgliederzeitung ☹ „*Fritz*“ und Kontakten auf Funktionärebene zu rechtsextremistischen Organisationen Anhaltspunkte für eine rechtsextremistische Orientierung aufweist. Die Mehrheit der Mitglieder ist jedoch nicht als rechtsextremistisch einzuschätzen. Die JLO verfügt über zehn Landesverbände, von denen der Landesverband Sachsen-Niederschlesien über die engsten Verbindungen zu rechtsextremistischen Gruppen und Parteien verfügt. In Sachsen gibt es punktuell auch eine Zusammenarbeit zwischen der JLO und der ☹ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD). Wegen der mangelnden Distanz zum Rechtsextremismus trennte sich die LO im Jahr 2000 von ihrer Jugendorganisation.

Junge Nationaldemokraten (JN)

1969 gegründete Jugendorganisation der ➤ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Sie ist laut Satzung der NPD integraler Bestandteil der Partei. Die JN sind mit etwa 350 Mitgliedern - organisiert in Landesverbänden, Kreisverbänden und Stützpunkten – die größte rechtsextremistische Jugendorganisation in der Bundesrepublik. Einige Funktionäre der JN sind gleichzeitig im Parteivorstand der NPD.



Lange Zeit übten die JN eine Art Nahtstellenfunktion zwischen der NPD und ➤ *Neonazis* aus. Im Zuge des Öffnungsprozesses der NPD zur Neo-nazi-Szene haben die JN aber an eigenständiger Bedeutung verloren und orientieren sich zunehmend an der Mutterpartei. Die JN sehen sich als nationalistische und sozialrevolutionäre Jugendbewegung, als revolutionäre Avantgarde eines europäischen „Befreiungsnationalismus“ (➤ „*Neue Rechte*“, ➤ „*Nationalrevolutionäre*“), in dem sich die rechtsextremistischen und nationalistischen Gegner der europäischen Integration europaweit verbinden sollen. Diesem Ziel widmen sich alljährliche, zu meist von den JN organisierte „Europakongresse der Jugend“ mit Teilnehmern aus mehreren europäischen Ländern, den USA und Südafrika.

In ihren 1998 überarbeiteten „Thesenpapieren“ bekennen sie sich zu einer „*Neuen Volksgemeinschaft*“, in der die „*Widersprüche und Unzulänglichkeiten des bestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems*“ überwunden werden sollen. Sie streben ein „*Neues Reich*“ mit einer starken Zentralgewalt an, die den Bestand des Reiches und der deutschen ➤ *Volksgemeinschaft* sichern soll.

Junges Forum

Seit 1964 von der ➤ „*Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft*“ (DESG) herausgegebenes Theorieperiodikum. „Junges



Forum“ ist die älteste noch erscheinende Zeitschrift der ➤ „*Neuen Rechten*“. Sie veröffentlicht Beiträge namhafter Rechtsextremisten aus dem In- und Ausland sowie von konservativen Intellektuellen. Seit der Aus-

gabe 5-6/97 erscheint das „Junge Forum“ in Zusammenarbeit mit ☞ „Synergon Deutschland“.

Kameradschaft Oberhavel

Am 15.08.1997 vom Innenminister des Landes Brandenburg verbotene neonazistische Vereinigung (☞ *Neonazis*, ☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*). Die ca. 25 Mitglieder zählende Kameradschaft wurde am 14.06.1996 unter Federführung des Vereins ☞ „*Die Nationalen e.V.*“ in Hennigsdorf (Brandenburg) gegründet. Das Amtsgericht Oranienburg lehnte die Eintragung des Vereins „Kameradschaft Oberhavel“ in das Vereinsregister jedoch ab. Bis zum Verbot erschien die Zeitschrift „Modernes Denken“, in der der ☞ *Nationalsozialismus* z.T. offen verherrlicht wurde, in vier Ausgaben.

Kameradschaften

Als Reaktion auf das Verbot einer Reihe neonazistischer Organisationen gebildete, zumeist örtliche, seltener regionale Personenzusammenschlüsse von ☞ *Neonazis* und/oder ☞ *Skinheads*. Bundesweit gibt es etwa 150 Kameradschaften, denen in der Regel zwischen fünf und zwanzig Aktivistinnen angehören. Ihr Erscheinungsbild unterscheidet sich sowohl im Grad ihrer Organisierung als auch in ihren politischen Aktivitäten. Es gibt



Kameradschaften mit festen Strukturen und verbindlichen Zuordnungen von Funktionen, Mitgliedsbeiträgen und z. T. eigenen

Emblemen. In ihrer großen Mehrzahl handelt es sich jedoch um autonome oder so genannte „Freie Kameradschaften“, die nach dem Konzept der ☞ „*Freien Nationalisten*“ gebildet wurden und in der Regel auf eine Namensnennung verzichten. Sie vermeiden organisationsähnliche Strukturen oder versuchen, ihr inneres Organisationsgefüge zu tarnen, um keine Ansatzpunkte für ein Verbot zu bieten. Ihre gemeinsame Identität erlangen sie u. a. über ihr Bekenntnis zum ☞ *Nationalsozialismus* und über öffentlichen Aktionismus. Der Zusammenhalt wird im wesentlichen durch regelmäßige Kameradschaftsabende und die Teilnahme an öffentlichen Aktionen und Demonstrationen gefördert, die von neonazistischen Aktionsbündnissen oder von der ☞ „*Nationaldemokratischen*

Partei Deutschlands“ (NPD) und ihrer Jugendorganisation ☞ *„Junge Nationaldemokraten“* (JN) veranstaltet werden. Die Lebensdauer und die Bedeutung einer Kameradschaft hängen überwiegend von der Qualität der Führungspersonen ab. Ein Teil der norddeutschen Kameradschaften ist in das ☞ *„Nationale und Soziale Aktionsbündnis Norddeutschland“* integriert oder beteiligt sich zumindest an dessen Aktivitäten.

Konservative Revolution (KR)

Der erstmals von Hugo von HOFFMANNSTHAL 1927 in seiner Schrift *„Das Schrifttum als geistiger Raum der Nation“* gebrauchte und von Armin MOHLER 1950 in die politikwissenschaftliche Diskussion eingeführte Begriff *„Konservative Revolution“* (KR) steht für eine geistig-politische Bewegung, die in den zwanziger und dreißiger Jahren in verschiedenen intellektuellen Zirkeln in Erscheinung trat. Sie prägte das rechte antidemokratische Denken in der Weimarer Republik und trug damit zu ihrer Auflösung bei. Verbunden ist der Begriff der KR in Deutschland u.a. mit den Namen Oswald SPENGLER, Carl SCHMITT, MOELLER van den BRUCK und Edgar Julius JUNG. Der scheinbar widersprüchliche Name *„Konservative Revolution“* war dabei Programm: Die KR wollte keine geschichtlich überwundenen Verhältnisse restaurieren, sondern einen (national-)revolutionären, geistig-politischen Prozess in Gang setzen, um in einer vom *„Liberalismus zersetzten Welt Verhältnisse zu schaffen und Werte hervorzubringen, die der Bewahrung wert sind“* (MOELLER van den BRUCK). MOHLER definiert in seiner gleichnamigen Monographie die KR als eine ganz Europa umfassende politische Gegenbewegung gegen die Ideale und das rationalistische und egalitäre Menschen- und Gesellschaftsbild der Französischen Revolution.

Zu den drei wichtigsten Gruppen der *„Konservativen Revolution“* werden die *„Jungkonservativen“* gerechnet (*„Jung“* als Unterscheidung vom früheren, bloß bewahrenden *„reaktionären“* Konservatismus), die ☞ *Nationalrevolutionäre* und die *„Völkischen“*, die den stärksten Einfluss auf die Nationalsozialisten (☞ *Nationalsozialismus*) ausübten. Im Gegensatz zur ab 1930 aufstrebenden nationalsozialistischen Bewegung, die wesentliche Ideologieelemente der *„Konservativen Revolution“* (völkischer Nationalismus, nationaler Sozialismus, Antirationalismus, u.a.) in radikalierter Form verarbeitete und die Idee des *„3. Reiches“* unter nationalsozialistischen Vorzeichen verwirklichte, gelang es der KR nicht, ihre

Ideen in eine eigenständige politische Praxis umzusetzen. Wiederentdeckt wurden ihre Ideen erst von der ➡ „Neuen Rechten“.

Ku-Klux-Klan (KKK)



1865 in den Südstaaten der USA gegründeter rassistischer Geheimbund mit regionalen Untergliederungen. Sein Ziel ist die Bewahrung der „weißen arischen Rasse“. Er verübt seit seiner Gründung Gewaltakte gegen die farbige Bevölkerung in den USA und arbeitet mit rechtsextremistischen Organisationen zusammen. Der KKK wirbt seit längerem in Deutschland und anderen europäischen Ländern um

Anhänger. 1991 bereiste ein regionaler KKK-Führer aus den USA die Bundesrepublik und führte mindestens ein Treffen mit deutschen Rechts-extremisten durch, bei dem eine Kreuzverbrennung stattfand. In Deutschland gibt es nur wenige Anhänger des KKK. Bei einigen ➡ *Neonazis* und ➡ *Skinheads* stoßen die rassistische Einstellung und die geheimbündlerischen Rituale, wie das Tragen weißer Kapuzenmäntel und das Verbrennen von Holzkreuzen, auf Sympathie. Öffentliche Aktivitäten deutscher KKK-Anhänger wurden bisher nicht bekannt

Mädelschar Deutschland



1999 in Hamburg gegründeter Zusammenschluss neonazistisch orientierter Frauen aus dem norddeutschen Raum mit Sitz in Adelsbarn/NI (➡ *Neonazis*, ➡ *Freie Nationalisten*).

Die Angehörigen der „Mädelschar Deutschland“ wollen nach ihrem eigenen Selbstverständnis nicht einfach „Anhängsel“ männlicher Aktivisten, sondern selbst „Kämpferinnen für Deutschland“ sein.

Mailboxen

Elektronische Briefkästen in einem Datenverarbeitungssystem (Teilnehmersystem). Sie sind für den Nachrichtenverkehr von Rechtsextremisten weitgehend bedeutungslos geworden (➡ „*Informations- und Kommunikationstechnologien*“).

Nachrichten der HNG

Monatlich erscheinende Schrift der ➔ „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.“ (HNG)

Nation & Europa – Deutsche Monatshefte

Seit 1951 monatlich erscheinendes, nicht parteigebundenes Politmaga-
zin (➔ *Zeitungen/Zeitschriften*) mit einer Auflage von 14.500 Exempla-
ren. Es erscheint in der „Nation Europa Verlag GmbH“. Angeschlossen
ist der „Nation Europa Buchdienst“ (➔ *Verlage*).

„Nation & Europa“ gilt als das bedeu-
tendste rechtsextremistische Theorie-
und Strategieorgan. Die Publikation
will zur Intellektualisierung und Inte-
gration des Rechtsextremismus bei-
tragen und bietet ein Forum für unter-
schiedliche Positionen aus dem ge-
samten rechtsextremistischen Spek-
trum mit Ausnahme der Neonazi-
Szene. Herausgeber sind die langjährig
in unterschiedlichen Organisationen
aktiven Rechtsextremisten Peter
DEHOUST und Harald NEUBAUER. Zu
den Stammautoren gehört u.a. der
ehemalige Bundesvorsitzende der Par-
tei ➔ „Die Republikaner“, Franz
SCHÖNHUBER. Langfristige Zielset-
zung der Herausgeber ist es dazu bei-
zutragen, die Zersplitterung der rechtsextremistischen Parteien zu über-
winden und das nationalistisch orientierte Lager in Deutschland zu ein-
nen.



Die in der Publikation vertretenen politischen Positionen werden aktiv
durch den 1954 entstandenen, aus den Leserkreisen hervorgegangenen
Verein „Nation Europa - Freunde e.V.“ verbreitet, der mit anderen
rechtsextremistischen Organisationen, die sich ebenfalls für eine „Verei-

nigte Rechte“ einsetzen, zusammenarbeitet (z.B. Durchführung von überparteilichen Strategiekongressen und anderen Veranstaltungen).

National befreite Zonen

Unter dem Begriff „National befreite Zonen“ propagieren insbesondere jüngere Rechtsextremisten ein theoretisches Konzept zum punktuellen Aufbau von Gegenmacht sowohl gegen die staatlichen Institutionen als auch gegen politische Gegner. Das Konzept geht auf ein 1991 veröffentlichtes Strategiepapier des sich als nationalrevolutionär verstehenden ➔ *Nationaldemokratischen Hochschulbundes* (NHB), der Studentenorganisation der ➔ *Nationaldemokratischen Partei Deutschlands* (NPD), zurück. Es wurde von den ➔ *Jungen Nationaldemokraten* (JN), der Jugendorganisation der NPD, übernommen.

Das Konzept der „national befreiten Zonen“ formuliert zwei Ziele:

1. Die Schaffung von Freiräumen, in denen Rechtsextremisten faktisch die Macht ausüben, u.a. durch Bestrafung von Abwechtlern und Feinden, Unterstützung von Gesinnungsgenossen, Hilfe für *„unterdrückte, ausgegrenzte und verfolgte Mitbürger“*. Die Gegenmacht soll so stark werden, dass staatliche Bekämpfungsmaßnahmen wirkungslos werden.

2. Die *„Klärung unter allen revolutionären Gruppen“*. Durch die Erringung der *„Vorherrschaft in den Herzen und Köpfen der Menschen“* würden gleichzeitig die *„extreme Linke, die NS-Nostalgiker, die Autonomen und weitere Artverwandte als staatstragende Wirkköpfe“* entlarvt.

„National befreite Zonen“ sollen in unterschiedlichen örtlichen Bereichen durch die Konzentrierung von Rechtsextremisten erreicht werden, etwa in einzelnen Häusern, Wohngebieten, Straßenzügen oder Dörfern. Dort wollen Rechtsextremisten die Macht ausüben und das öffentliche Leben bestimmen. Begleitend propagieren die Verfasser eine wirtschaftliche Unabhängigkeit vom Staat (Autarkie) - etwa durch den Aufbau von eigenen Wirtschaftsunternehmen, die Beschäftigung von Gesinnungsgenossen in derartigen Unternehmen oder durch die Gründung und Vernetzung eigener unabhängiger Einrichtungen.

Die Umsetzung dieses theoretischen Modells gelang bisher allenfalls in geringen Ansätzen. In den Medien wird der Begriff „national befreite Zonen“ inzwischen häufig für von Rechtsextremisten dominierte Räume insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern verwendet. Dabei handelt es sich z.B. um hauptsächlich von Rechtsextremisten frequentierte Jugendclubs oder um Trefforte von Skinheads auf öffentlichen Plätzen, wo diese auf Grund ihres martialischen Aussehens und ihres z. T. gewalttätigen Auftretens einschüchternd wirken und politische Gegner vertreiben. In diesen Fällen kann von einer lokal begrenzten alltagskulturellen Vorherrschaft von rechtsextremistisch orientierten Jugendcliquen gesprochen werden. Für den überwiegenden Teil der Rechtsextremisten hatte das Konzept „national befreiten Zonen“ bis dahin keine programmatische Bedeutung. Es wird von ihnen erst seit dieser Begriffserweiterung in der öffentlichen Diskussion für agitatorische Zwecke genutzt.

National Journal

Seit Januar 1996 von der in England ansässigen Redaktionsgemeinschaft „Die Freunde im Ausland“ herausgegebene Publikation, die fast ausschließlich antisemitische (☞ *Antisemitismus*) und fremdenfeindliche (☞ *Fremdenfeindlichkeit*) Hetze verbreitet und revisionistische Vorstellungen (☞ *Revisionismus*) propagiert. Die Verlagsadresse in



England ist identisch mit der des bis zum Frühjahr 1995 erschienenen „Deutschland Reports“, der Nachfolgepublikation der „Remer-Depesche“. Diese wurde bis zu seinem Tod von dem Alt- und Neonazi Otto Ernst REMER (☞ „Sozialistische Reichspartei“ (SRP), ☞ „Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – Der Bismarck-Deutsche“) herausgegeben. Unter der Bezeichnung „National Journal – Deutsches Info-Magazin mit Sitz in England“ betreiben die Herausgeber auch eine Internet-Seite.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

1964 zur Sammlung des rechtsextremistischen Lagers gegründete Partei. An der Gründung waren maßgeblich ehemalige Nationalsozialisten beteiligt, die zuvor in der 1952 als verfassungswidrig verbotenen ➤ „Sozialistischen Reichspartei“ (SRP) und ab 1953 in deren Auffangbecken ➤ „Deutsche Reichspartei“ (DRP) organisiert waren. Der letzte Vorsitzende der DRP, Adolf von THADDEN, war Initiator der NPD-Gründung und deren erster Vorsitzender.



Die älteste noch existierende rechtsextremistische Partei in Deutschland hatte ihren Höhepunkt in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. 1967 und 1969 erreichte sie mit 28.000 Mitgliedern ihren höchsten Mitgliederstand. In den Jahren 1965 bis 1969

errang sie Mandate in mehreren Landtagen. Ihren größten Stimmenanteil erzielte sie bei der Landtagswahl 1968 in Baden-Württemberg mit 9,8 % der abgegebenen Stimmen. Nach dem Scheitern bei der Bundestagswahl 1969, bei der sie mit 4,3 % der Stimmen den Einzug in den Bundestag knapp verpasste, kam es zu einem raschen Niedergang. Diesen Niedergang versuchte die NPD durch die Gründung einer „Aktion Widerstand“ als außerparlamentarischer Bewegung des nationalen Lagers gegen die Ostpolitik der damaligen Bundesregierung zu stoppen. Schon nach wenigen Monaten musste die NPD ihr Vorhaben aufgeben, da es bei Veranstaltungen der „Aktion Widerstand“ zu Ausschreitungen und direkten Gewaltaktionen durch militante Rechtsextremisten gekommen war. Die Auflösung der „Aktion Widerstand“ führte zur erneuten Zersplitterung der rechtsextremistischen Szene, die bis heute andauert.

Die NPD ist z. Zt. mit etwa 6.500 Mitgliedern die drittstärkste rechtsextremistische Partei mit Organisationsstrukturen in allen Bundesländern. Unter ihrem seit März 1996 amtierenden Parteivorsitzenden Udo VOIGT gewann sie insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern zahlreiche neue, überwiegend jüngere Mitglieder. Der stärkste Landesverband Sachsen hat 1.100 Mitglieder. Als Wahlpartei ist die NPD erfolglos. Ihr bestes Ergebnis erzielte sie bei der Landtagswahl in Sachsen am 19.09.99 mit 1,4 % der Stimmen. Die NPD vertritt aggressive fremden-

feindliche (⇒ *Fremdenfeindlichkeit*), rassistische (⇒ *Rassismus*) und antisemitische (⇒ *Antisemitismus*) Positionen und versteht sich als Fundamentalopposition zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie bekennt sich zu einem „*deutschen Sozialismus*“ und will auf den „*Trümmern des liberalkapitalistischen Systems*“ eine „*nationale politische Ordnungsform*“ entwickeln. Insbesondere in den ostdeutschen Bundesländern wurden zeitweise sozialistische Ideologiefragmente aufgegriffen und ehemalige SED-Mitglieder umworben.

Seit Oktober 1997 verfolgt die NPD unter den drei Schlagworten „Kampf um die Straße - Kampf um die Köpfe - Kampf um die Parlamente“ (3-Säulen-Konzept) eine neue Doppelstrategie, die die Rolle als Wahlpartei durch eine verstärkte aktionistische Orientierung ergänzt. Sie will als „Speerspitze“ des ⇒ „*Nationalen Widerstandes*“ die Führung der ⇒ „*Nationalen Außerparlamentarischen Opposition*“ (NAPO) übernehmen. Im Rahmen dieser Strategie hat sich die Partei für alle Rechtsextremisten geöffnet, die ihre Ziele und Programmatik akzeptieren, darunter ⇒ *Neonazis* und ⇒ *Skinheads*. Führungspersonen ehemaliger neonazistischer Organisationen sind bis in den Bundesvorstand aufgestiegen. Gleichzeitig verstärkte sich im Rahmen öffentlicher Aktionen die punktuelle Zusammenarbeit mit Neonazis und Skinheads, die außerhalb der Partei stehen. Die NPD will zusammen mit diesen Bündnispartnern den „Kampf um die Straße“ führen, indem sie u. a. durch Massenmobilisierungen z.T. mit mehreren Tausend Teilnehmern in der Öffentlichkeit auf sich aufmerksam macht. Am 27.05.2000 versammelte die NPD zum „2. Tag des Nationalen Widerstandes“ 4.000 Parteianhänger und Aktivisten aus dem neonazistischen Spektrum in der Passauer Nibelungenhalle.



Im Sommer 2000 entbrannte vor dem Hintergrund zunehmender rechts-extremistisch motivierter Gewalt eine öffentliche Diskussion über ein mögliches Verbot der NPD. Die Partei reagierte hierauf mit der Kampagne „Argumente statt Verbote“ und einem zeitweiligen Verzicht auf Demonstrationen. Dieser Verzicht stieß inner- und außerparteilich auf massive Kritik und führte zu einem Zerwürfnis mit Teilen der Neonazi-Szene. Insbesondere jüngere, aktionistisch orientierte Parteimitglieder waren mit dem neuen Kurs nicht einverstanden und warfen der Parteiführung vor, für die stagnierende Entwicklung der NPD seit 1998 verantwortlich zu sein. Sie schlossen sich im Frühjahr 2000 in der ➡ „*Revolutionären Plattform*“ (RPF) zusammen. Die RPF ist nach heftigen Querelen mittlerweile als Arbeitsgemeinschaft beim Parteivorstand angebunden.

Am 20.10.2000 sprach sich die Innenministerkonferenz auf der Grundlage der von den Verfassungsschutzbehörden zusammengetragenen Erkenntnisse für ein Verbot der NPD aus. In der Folge beschlossen die drei Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag jeweils einen eigenen Antrag auf Verbot der NPD beim Bundesverfassungsgericht zu stellen (➡ *Parteien/Parteienverbote*). Die Bundesregierung reichte ihren Antrag am 30.01.2001 ein, Bundestag und Bundesrat folgten mit ihren Anträgen am 30.03.2001.

- Jugendorganisation der NPD sind die ➡ „*Jungen Nationaldemokraten*“ (JN).
- Studentenverband der NPD ist der ➡ „*Nationaldemokratische Hochschulbund*“ (NHB).
- Parteizeitung ist die „*Deutsche Stimme*“ (DS) mit einer monatlichen Auflage von 10.000 Exemplaren. Daneben wird vom Parteivorstand unregelmäßig die „*Deutsche Stimme Extra*“ (DS-Extra) als Massenverteilblatt vertrieben. Die regionalen Parteigliederungen geben z. T. eigene Publikationen heraus. Die Publikation des Hamburger Landesverbandes erscheint unter der Bezeichnung „*Hamburger Nationaldemokraten*“.

- Der NPD angeschlossen ist die „Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft mbH“, die die Parteizeitung herausgibt und seit Januar 1998 einen Versandhandel mit Büchern, Bild- und Tonträgern betreibt.

Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)

1967 gegründeter Studentenverband der ☛ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD), der jedoch an den Hochschulen kaum verankert ist. Der NHB versteht sich als „*einzigste nationalistische und fundamentaloppositionelle Studenten- und Akademikerorganisation in der BRD*“ und sieht seine Hauptaufgabe in der „*Erarbeitung geistiger Grundlagen für nationalistische Politik*“ (☛ „Deutsche Akademie“, ☛ „Neue Rechte“, ☛ „Nationalrevolutionäre“). Erstmals seit 1995 erschien im Jahr 2000 wieder eine Ausgabe des NHB-Kampfblasses „Vorderste Front“.

Nationale Außerparlamentarische Opposition (NAPO)

Vom Bundesvorsitzenden der ☛ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) am 07.02.98 auf einem unter dem Motto „Organisierter Wille bedeutet Macht“ abgehaltenen Bundeswahlkongress erstmals benutzter Begriff für die Bildung einer rechtsextremistischen außerparlamentarischen ☛ *Bewegung* unter Führung der NPD. Der Begriff „Nationale Außerparlamentarische Opposition“ wurde in Anlehnung an die 1968 entstandene linksextremistisch beeinflusste „Außerparlamentarische Opposition“ (APO) gewählt. In die NAPO will die NPD neben dem aktionistisch ausgerichteten ☛ „Nationalen Widerstand“ insbesondere intellektuelle Rechtsextremisten einbinden. Sie verfolgt damit zwei Ziele: Zum einen soll die Intellektualisierung der Programmatik und die entsprechende Schulung der Anhängerschaft vorangetrieben werden, um langfristig in den öffentlichen politischen Diskussionen die Meinungsführerschaft übernehmen zu können, um zum anderen soll der „Kampf um die Straße“ verstärkt werden, um letztendlich die Macht erobern zu können.

Nationale Info-Telefone (NIT)

Von Rechtsextremisten betriebenes, wichtiges technisches Kommunikationsmittel (☛ *Informations- und Kommunikationstechnologien*), das über einen Anrufbeantworter gesteuerte und von jedermann abfragbare Ansagetexte vorhält. Die Ansagetexte sollen der breiten Streuung von

Informationen in der rechtsextremistischen Szene dienen. Infotelefone sind ein einfaches, billiges und dabei effektives Mittel zur Informationsübermittlung. Ebenso wird es zu Mobilisierungszwecken genutzt (Weitergabe von Aktionsterminen oder Sachstandsberichten zu Versammlungsverboten).



Darüber hinaus kommentieren die NIT aus rechtsextremistischer Sicht politische Themen und Vorgänge und agitieren gegen demokratische Politiker und Organe. Des Weiteren gibt es „Sonderansagen“ zu aktuellen Ereignissen oder Themen.

Ende 2000 waren 13 Info-Telefone in Betrieb. Besondere Bedeutung hatten die in einem Verbund betriebenen NIT Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Düsseldorf, die unter einer einheitlichen Telefonnummer textidentische Ansagen anboten. Der Betreiber des NIT Hamburg, André GOERTZ, vernetzte damit mehrere regionale Infotelefone, die identische Grundinformationen - ergänzt um Informationen aus der jeweiligen Region - verbreiteten. Am 13.04.2001 stellte er seine Ansagen ein.

Nationale Liste (NL)

1989 von Hamburger Anhängern des verstorbenen Neonazi-Führers Michael KÜHNEN (☛ *Neonazis*, ☛ *„Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“*) in Hamburg gegründete neonazistische Landespartei. Sie bezeichnete sich in ihrem Programm als *„Partei des neuen Nationalismus“* und erlangte durch ihren Anspruch und ihre Aktivitäten



im gesamten Bundesgebiet überregionale Bedeutung. Nach ihrem Selbstverständnis war sie die *„Avantgarde des Aktionismus“*. Sie verfügte über etwa 30 Mitglieder, darunter auch Anhänger in Schleswig-Holstein. Die Leiter der NL waren Christian WORCH und Thomas WULFF, langjährige Weggefährten von Michael KÜHNEN und bundesweit bedeutsame

Führungspersonen in der Neonazi-Szene. Die NL gab die Publikation *„Index“* heraus. 1991 und 1993 nahm die NL an der Wahl zur Hamburger Bürgerschaft teil und kam auf 0,1 bzw. 0,0 % der Stimmen.

Die Organisation wurde am 24.02.1995 durch die Hamburger Behörde für Inneres gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*, ☞ *Parteien/Partei enverbote*), da sie in aggressiv-kämpferischer Form eine Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung anstrebte, um sie durch eine staatliche Ordnung zu ersetzen, die sich in ihrer Struktur am nationalsozialistischen Deutschland orientierte (☞ *Nationalsozialismus*).

Nationale Offensive (NO)

1990 von ehemaligen Aktivisten der ☞ „*Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei*“ (FAP) gegründeter neonazistischer Verein (☞ *Neonazis*) mit Schwerpunkt in Bayern. Die „Nationale Offensive“ (NO) diente als Sammelbecken für enttäuschte ehemalige FAP-Mitglieder. Ziel der NO war es, sich zu einer „*wehrhaften revolutionären Gesinnungs- und Kampfgemeinschaft*“ zu entwickeln, um die politische Macht in Deutschland zu gewinnen. Sie gab die Publikation „*Deutscher Beobachter*“ heraus. Am 22.12.1992 wurde sie vom Bundesminister des Innern gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*).



Nationale Sammlung (NS)

1988 gegründete Sammlungsbewegung der aus der ☞ „*Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei*“ (FAP) ausgetretenen Anhänger des verstorbenen Neonazi-Führers Michael KÜHNEN (☞ *Neonazis*, ☞ „*Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten*“). Die „Nationale Sammlung“ (NS) sollte „programmatische Plattform“ für eine Zusammenarbeit aller „national- und sozialrevolutionären Kräfte“ sein. Aus der Sammlungsbewegung sollte eine Wählerinitiative und später eine politische Partei werden. Die NS beabsichtigte, am 12.03.1989 an der hessischen Kommunalwahl



teilzunehmen. Vor der Entscheidung zur Wahlzulassung wurde sie am 09.02.1989 vom Bundesminister des Innern gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*).

Nationaler Block (NB)



1991 von Anhängern des verstorbenen Neonazi-Führers Michael KÜHNEN (☞ *Neonazis*, ☞ „*Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten*“) gegründete Landespartei für Bayern mit ca. 30 Mitgliedern. Der „Nationale Block“ (NB) wurde am 11.06.1993 vom Bayerischen Ministerium des Innern gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*).

Nationaler Widerstand

Von der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) proklamierter und auch von Teilen der Neonazi-Szene (☞ *Neonazis*) verwendeter Begriff. Er bezeichnet den Willen zu einem gemeinsamen organisationsübergreifenden Protest von Rechtsextremisten, die in Fundamentallopposition zum demokratischen System und deren tragenden Kräften in



der Bundesrepublik stehen. Der „Nationale Widerstand“ ist der aktionistisch ausgerichtete Teil der von der NPD propagierten ☞ „*Nationalen*

Außerparlamentarischen Opposition“ (NAPO). Wesentlicher Bestandteil des „Nationalen Widerstandes“ ist der „Kampf um die Straße“. In vielfältigen, häufig gemeinsamen öffentlichen Aktionen von NPD-Anhängern, Neonazis, die sich in der Tradition der SA (☞ *Nationalsozialismus*) gefallen, und ☞ *Skinheads*, soll öffentliche Aufmerksamkeit erregt, Macht demonstriert und die Anhängerschaft erweitert werden, um am Ende die politische Macht erobern zu können.

Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland

Seit 1997 bestehendes überregionales Aktionsbündnis der ➔ „Freien Nationalisten“, an dem neonazistische Kameradschaften (➔ *Neonazis*, ➔ *Kameradschaften*) sowie Skinhead-Gruppen (➔ *Skinheads*) insbesondere aus Hamburg, Schleswig-Holstein, Bremen, Niedersachsen und Mecklenburg-Vorpommern beteiligt sind. Die Führungsrolle innerhalb des Bündnisses haben Angehörige des Hamburger „Kameradenkreises um

Thomas WULFF“. Die Bezeichnung „Nationales und Soziales Aktionsbündnis“ betont das gemeinsame Bekenntnis der beteiligten Gruppen zum ➔ *Nationalsozialismus* und gleichzeitig seinen Charakter als Netzwerk ohne von außen erkennbare Organisationsstrukturen. Das Bündnis dient der informellen Vernetzung örtlicher und regionaler Kameradschaften, der Stärkung des gemeinsamen Aktionismus und damit der Vergrößerung des Teilnehmerpotentials an öffentlichen Aktionen. Auf Koordinierungstreffen, an denen die Führungspersonen der am Bündnis beteiligten Kameradschaften teilnehmen, werden gemeinsame Konzepte, Themen und Aktionstermine beraten und beschlossen. Bei öffentlichen Aktionen ist das Bündnis in der Lage, mehrere Hundert Teilnehmer allein aus dem norddeutschen Raum zu mobilisieren.



Das Aktionsbündnis betreibt in Norderstedt (Schleswig-Holstein) ein „Aktionsbüro“, das von einem Angehörigen des Kameradenkreises um Thomas WULFF geführt wird. Es hat die Aufgabe, öffentliche Aktionen terminlich abzustimmen, vorzubereiten und zu koordinieren sowie Aufrufblätter und Pressemitteilungen zu erstellen.

Das Aktionsbündnis betreibt in Norderstedt (Schleswig-Holstein) ein „Aktionsbüro“, das von einem Angehörigen des Kameradenkreises um Thomas WULFF geführt wird. Es hat die Aufgabe, öffentliche Aktionen terminlich abzustimmen, vorzubereiten und zu koordinieren sowie Aufrufblätter und Pressemitteilungen zu erstellen.

Nationalismus

Unter Nationalismus werden politische Ideologien verstanden, deren zentraler Bezugspunkt bzw. höchster Wert die „Nation“ ist; alle anderen Gesichtspunkte oder Interessen – der einzelnen Bürger oder der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen – werden diesem Wert nachge-

ordnet. Der Begriff Nation leitet sich aus „nasci“ (= geboren werden) ab und enthält insofern einen Hinweis auf die Herkunft bzw. Abstammung von Menschen, er ist aber historisch und im allgemeinen Sprachgebrauch nicht rassistisch unterlegt, sondern bezieht sich auf ein bestimmtes (Staats-)Gebiet.



Zwar darf Nationalismus nicht mit Rechtsextremismus gleichgesetzt werden, jedoch sind rechtsextremistische Bestrebungen immer auch nationalistisch. Seinen historischen Durchbruch als politisches Prinzip erfuhr der Nationalismus im Zuge der französischen Revolution, er war dort mit der Idee der Volkssouveränität verbunden und löste die älteren feudalistischen und religiösen Begründungen der gesellschaftlichen Ordnung ab. Auch in Deutschland hatte der Nationalismus – vor allem in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts – eine progressive bzw. liberale Stoßrichtung (individuelle Freiheitsrechte und

die Einheit der Nation wurden als zusammengehörende Ziele angestrebt), im Zuge der weiteren gesellschaftlichen und staatlichen Entwicklung wurde er jedoch ein Kennzeichen nationalkonservativer Bestrebungen.

In rechtsextremistischen Ideologien verbindet sich nationalistisches mit völkisch-rassistischem und autoritärem Denken, die „Nation“ erhält einen überhöhten Eigenwert und dient zur aggressiven Ab- und Ausgrenzung. Sie wird auch als Fluchtpunkt gegen das weitere Zusammenwachsen der Welt („Globalisierung“) und die damit verbundenen Risiken propagiert. Besondere ideologische Schwierigkeiten haben Rechtsextremisten mit der europäischen Vereinigung, die ihrem gewachsenen Nationalismus zuwiderläuft. Rechtsextremisten bekennen sich zumeist offen zu ihrer nationalistischen Gesinnung, dies wird am extensiven Gebrauch der Worte „Nation“ oder „national“ oder in der Selbstdefinition von ➔ *Neonazis* als ➔ „*Freie Nationalisten*“ deutlich.

Nationalistische Front (NF)

Am 27.11.1992 vom Bundesminister des Innern verbotener neonazistischer Verein (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*). Der von der „Nationalistischen Front“ (NF) beanspruchte Parteienstatus wurde vom Bundesverwaltungsgericht nicht anerkannt (☞ *Parteien/Parteienverbote*). Die



im November 1985 in Steinhagen bei Bielefeld gegründete NF identifizierte sich - im Gegensatz zu den meisten damaligen neonazistischen Organisationen (☞ *Neonazis*) - mit den Vorstellungen des sozialrevolutionären Flügels der NSDAP vor 1933, insbesondere mit denen der Brüder Gregor und Dr. Otto STRASSER. Die NF unterhielt zwei eigene Zentren in Bielefeld und Pivitsheide bei Detmold, vor denen es zu zahlreichen, teilweise gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern kam. Die Organisation beabsichtigte, unter der Bezeichnung „Nationales Einsatzkommando“ (NEK) eine Selbstschutzgruppe nach dem Vorbild der Waffen-SS aufzubauen. Im Jahre 1992 kam es nach Streitigkeiten im Bundesvorstand zur Spaltung der NF. Zum Zeitpunkt des Verbotes hatte sie etwa 80 Mitglieder in mehreren Bundesländern.

Nationalrevolutionäre

Ende der 60er Jahre entstanden in Deutschland die ersten kleineren nationalistischen Theoriezirkel, die die rückwärtsgewandte, auf das 3. Reich fixierte Orientierung, die ideologischen Defizite und den Antiintellektualismus der „Alten Rechten“ durch eine neue theoretische Standortbestimmung „nationaler“ Politik überwinden wollten. Ideologischer Bezugspunkt war dabei das Gedankengut der ☞ *„Konservativen Revolution“*. Rechtsintellektuelle Autoren wie Henning EICHBERG, Wolfgang STRAUB u.a. griffen auf die Ideen der so genannten Nationalrevolutionäre der Weimarer Zeit wie Ernst NIEKESCH, Franz SCHAUWECKER und Otto STRASSER (der bis 1930 dem linken Flügel der NSDAP angehörte) zurück, um der Rechten in Deutschland ein neues geistig-intellektuelles Bezugsfeld zu eröffnen. Viele der sich selber als ☞ *„Neue Rechte“* oder *„Nationalrevolutionäre“* bezeichnenden Vertreter dieser neuen Ideologie hatten ihren politischen Vorlauf in der ☞ *„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“* (NPD). Nach diversen Abspaltungen entstanden in den siebziger Jahren eine Vielzahl von nationalrevolutionären Splittergrup-

pen, die vehement die Intellektualisierung der Rechten forderten. In Anlehnung an linke Strategiemodelle ging es ihnen vorrangig darum, zunächst die kulturelle Hegemonie zu erringen. Propagiert wurde ein „fortschrittlicher Nationalismus“ (H. EICHBERG), der dazu beitragen sollte, den politischen Links-Rechts-Gegensatz durch die Annäherung in „nationalen“ und „sozialen“ Fragen zu überwinden („nationaler Sozialismus“, „Dritter Weg“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus). Der „Superimperialismus“ der Großmächte nebst ihren Ideologien – Liberalismus und Marxismus – wurden zu Hauptfeinden der Völker erklärt. In Anlehnung an die französische „Nouvelle Droite“ (Neue Rechte) reklamierten die Nationalrevolutionäre, dass jedes Volk ein Recht auf „nationale Identität“ und auf eigenständige Entwicklung habe („Ethnopluralismus“) und positionierten damit ihren revolutionären Nationalismus als „Gegenprinzip“ zum angeblichen „Kulturimperialismus“ insbesondere der USA.

Von den nationalrevolutionären Gruppen der siebziger Jahren ist nur noch die ☞ „*Deutsch-Europäische Studiengesellschaft*“ (DESG) übriggeblieben. Die zunehmende Verwendung nationalrevolutionärer Begrifflichkeiten wie „Befreiungsnationalismus“, „nationaler Sozialismus“, „Antikapitalismus“ und „Antiamerikanismus“ zeugt aber davon, dass nationalrevolutionäres Gedankengut innerhalb des rechtsextremistischen Lagers wieder stärker aufgegriffen und z.T. weiter radikalisiert wird. Der nationalrevolutionäre Ansatz, d.h. die Mischung aus radikal nationalistischem und sozialrevolutionärem Denken, ist insbesondere in weiten Teilen der NPD und der ☞ „*Jungen Nationaldemokraten*“ zur vorherrschenden politischen Orientierung geworden. Andere von nationalrevolutionären Ideen beeinflusste, gemäßigte Organisationen wie das von Dr. Alfred MECHTERSHEIMER gegründete „*Friedenskomitee 2000*“ (☞ „*Friedenskomitee 2000/Deutschland-Bewegung*“, ☞ „*Deutsche Aufbau-Organisation*“) hoffen, durch die Bildung einer „nationalen Sammlungsbewegung“ eine Veränderung der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu erreichen. Der ehemalige Linksterrorist und jetzige Rechtsextremist Horst MAHLER (☞ „*Bürgerbewegung „Für unser Land*“, ☞ „*Werkstatt Neues Deutschland*“) und der eng mit ihm zusammenarbeitende rechtsextremistische Theoretiker und bekennende „Nationalmarxist“ Dr. Reinhold OBERLERCHER (☞ „*Deutsches Kolleg*“) präsentieren dagegen eine radikale, stark antisemitisch geprägte Spielart des revolutionären Nationalismus.

Nationalsozialismus

Bezeichnung für die Weltanschauung und das unter Führung Adolf HITLERs errichtete Herrschaftssystem in der Zeit von 1933 bis 1945. Den organisatorischen Rahmen für die Verbreitung seiner Weltanschauung boten HITLER die „Deutsche Arbeiterpartei“ und die aus ihr hervorgegangene „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei“ (NSDAP). Der Nationalsozialismus entstand nach dem 1. Weltkrieg in Deutschland. Seine geistigen Wurzeln und einzelne Bestandteile seiner Ideologie reichen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Kernelemente waren ➤ *Antisemitismus*, rassistische Vorstellungen („nordische Herrenrasse“, ➤ *Rassismus*), die ➤ *Volksgemeinschaft* sowie eine Lebensraumdoktrin, die beherrscht war von dem Glauben an einen permanenten Kampf der Völker um Lebensraum, in dem sich der Stärkere durchsetze. Weitere Elemente



waren ein völkischer Nationalismus, Imperialismus, national geprägte Sozialismusvorstellungen sowie antidemokratische, antimarxistische, antiliberaler, antiparlamentarische und antikapitalistische Vorstellungen. Teile dieser ideologischen Versatzstücke fanden sich in dem von Anton DRECHSLER und Adolf HITLER zusammengestellten 25-Punkte-Parteiprogramm der NSDAP vom 24.02.1920 wieder, das 1926 für unabänderlich erklärt wurde. Der Nationalsozialismus verstand sich im bewussten Gegensatz zu den übrigen Parteien der Weimarer Republik als ➤ „*Bewegung*“. Organisatorisches Kernelement der nationalsozialistischen Weltanschauung bildete das ➤ *Führerprinzip*. Seit 1922 wurde HITLER in der NSDAP als „Führer“ bezeichnet.

Die NSDAP besaß in ihrer Frühphase einen linken, sozialrevolutionären Flügel, der von den norddeutschen Gauleitern unter Führung Gregor STRASSERs repräsentiert wurde. STRASSER trat u. a. für die Sozialisierung bestimmter Industriebereiche (Schwerindustrie) ein. Sein Bruder Otto STRASSER war geistiger Führer dieser sich als Opposition gegen HITLER verstehenden sozial- und nationalrevolutionären Strömung. Diese Fraktion konnte sich mit ihren Ideen innerparteilich aber nicht gegen

HITLER durchsetzen. Mit dem Ausscheiden Otto STRASSERS aus der NSDAP am 04.07.1930 verlor sie weiter an Bedeutung. Gregor STRASSER wurde am 30.06.1934 im Verlauf des „RÖHM-Putsches“ auf Befehl HITLERS ermordet.



Partei-Abzeichen

Der Aufrechterhaltung der nationalsozialistischen Herrschaft dienten Pressezensur, Gleichschaltung aller Gesellschaftsbereiche sowie Überwachung der Bevölkerung durch die Staatssicherheitsorgane. Mit der 1921 als „Ordnerdienst“ gegründeten „Sturmabteilung“ (SA) der NSDAP hielt sich HITLER einen politischen Kampfverband von zunächst 300 Mitgliedern, der 1932 bereits auf über 200.000 Mitglieder angewachsen war und 1938 an die 1,2 Millionen Mitglieder

umfasste. Zunächst als uniformierte Schlägertruppe, später als paramilitärische Organisation, wurde sie im Kampf um die Straße vor allem gegen Kommunisten eingesetzt. Zahlenmäßig übertraf sie zeitweilig die Reichswehr. Organisatorisch war sie in Hundertschaften, Regimentern, Gruppen und Gaue gegliedert, deren Treffpunkte sich Sturmlokale nannten.

Mit Schutz- und Sicherungsaufgaben für die NSDAP und HITLER wurden die 1925 entstandenen „Schutzstaffeln“ (SS) der NSDAP betraut, die aus dem „Stoßtrupp Adolf HITLER“ und der „Stabswache“ entstanden waren. Sie galten als Eliteverband, dessen Mitgliedschaft an strenge rassistische Voraussetzungen gebunden war. Zu Beginn der SA unterstellt, wurden sie nach dem „RÖHM-Putsch“ selbständig. Die SS war maßgeblich am nationalsozialistischen Terrorregime in den von deutschen Truppen besetzten Gebieten beteiligt und beutete in eigenen Wirtschaftsbetrieben KZ-Häftlinge aus.

In rigoroser Umsetzung ihrer Lebensraumpolitik überzogen die Nationalsozialisten von 1939 bis 1945 ganz Europa mit Krieg, in dessen Verlauf etwa 50 Millionen Menschen durch Kampfhandlungen, Bombardierung und Vertreibung ihr Leben verloren. Der nationalsozialistische Rassenwahn gipfelte im Völkermord an den europäischen Juden und der sy-

stematischen Vernichtung anderer Minderheiten. Der fortschreitenden Entrechtung seit der Machtergreifung folgte ab 1942 die in der Menschheitsgeschichte einmalige, fabrikmäßig betriebene Ermordung von etwa sechs Millionen Juden in den nationalsozialistischen Vernichtungslagern.

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/ Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)

ie 1972 von dem amerikanischen Staatsbürger Gary Rex LAUCK in Lincoln/Nebraska (USA) gegründete „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO) ist der größte ausländische Lieferant von NS-Propagandamaterialien für deutsche Neonazis. Sie gibt die Publikation ➔ „*NS-Kampfruf*“ heraus. LAUCK agiert als Propagandaleiter der Organisation in den USA. Die NSDAP/AO strebt den Wiederaufbau der NSDAP an, die Schaffung eines nationalsozialistischen Staates (➔ *Nationalsozialismus*) in einem neu vereinigten „Großdeutschen Reich“ sowie die Errichtung einer neuen Ordnung auf rassistischer Grundlage (➔ *Rassismus*) in der gesamten „arischen Welt“. Zur Durchsetzung dieser Ziele befürwortet LAUCK auch Gewalt. Seit 1973 propagiert er einen in erster Linie mit propagandistischen Mitteln zu führenden nationalsozialistischen Untergrundkampf in der Bundesrepublik. Hierzu sollte ein Netz voneinander unabhängiger im Untergrund operierender Stützpunkte gebildet werden. Dieses Konzept konnte nie verwirklicht werden. Die NSDAP/AO verfügt in der Bundesrepublik lediglich über einige kleine Gruppen und Einzelpersonen, die Propagandamaterial aus den USA beziehen und in der Bundesrepublik verteilen. Darin wird - neben antisemitischen (➔ *Antisemitismus*) und rassistischen Beiträgen (➔ *Rassismus*) sowie Abhandlungen über nationalsozialistische Themen - auch zu Gewalt aufgerufen. Mit der



Veröffentlichung des Strategiepapiers ➔ „Eine Bewegung in Waffen“ verbreitete die NSDAP/AO Konzepte zum bewaffneten Kampf (➔ *Terrorismus*). Daneben versendet LAUCK in großer Anzahl Aufkleber mit Hakenkreuzen und Aufschriften wie „Ausländer raus!“, „Rotfront verrecke!“ oder „Die Juden sind unser Unglück!“. Darüber hinaus können Schrift- und Tondokumente aus dem Dritten Reich bezogen werden. Die Propagandamaterialien werden außer in Deutsch in zehn Sprachen herausgegeben.

Am 20.03.1995 wurde LAUCK in Kopenhagen festgenommen und nach Deutschland ausgeliefert. Das Landgericht Hamburg verurteilte ihn am 22.08.1996 wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass, Verbreitung von Propagandamaterialien sowie der Verwendung von Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation zu einer Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren, die er bis zu seiner Haftentlassung im März 1999 in Hamburg verbüßte. Nach seiner Ausreise in die USA nahm LAUCK seine Propagandaaktivitäten insbesondere im Internet wieder auf.

National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)

Die wöchentlich erscheinende „National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung“ (➔ *Zeitungen/Zeitschriften*) wird vom ➔ *DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH* (➔ *Verlage*) herausgegeben. Alleiniger Gesellschafter ist der Bundesvorsitzende der ➔ „Deutschen Volksunion“ (DVU), Dr. Gerhard FREY. Die Zeitung entstand im September 1999 aus der Zusammenlegung der „Deutschen National-Zeitung“ (DNZ) und der „Deutschen Wochen-Zeitung“ (DWZ). Sie ist zwar das politische Sprachrohr der DVU, jedoch nicht deren offizielle Parteizeitung. Die Auflage betrug Ende 2000 ca. 45.000 Exemplare. Themenschwerpunkte der Zeitung sind Beiträge mit fremdenfeindlicher (➔ *Fremdenfeindlichkeit*) und antisemitischer (➔ *Antisemitismus*) Ausrichtung sowie ein umfassender ➔ *Revisionismus*. Ausländer und Juden werden als anti-



Sprachrohr der DVU, jedoch nicht deren offizielle Parteizeitung. Die Auflage betrug Ende 2000 ca. 45.000 Exemplare. Themenschwerpunkte der Zeitung sind Beiträge mit fremdenfeindlicher (➔ *Fremdenfeindlichkeit*) und antisemitischer (➔ *Antisemitismus*) Ausrichtung sowie ein umfassender ➔ *Revisionismus*. Ausländer und Juden werden als anti-

deutsche Feindbilder dargestellt. Sie greift außerdem in einer Vielzahl von Beiträgen in polemischer und aufhetzender Weise den demokratischen Rechtsstaat und seine Repräsentanten an.

Neonazis

Als neonationalsozialistisch bezeichnet man alle politischen Strömungen, die in der Tradition des historischen ➔ *Nationalsozialismus* einen rassistischen, nach dem Führerprinzip ausgerichteten und von einer totalitären Einheitspartei beherrschten Staat anstreben. Ab Anfang der siebziger Jahre bildete sich insbesondere als Folge der Abspaltung radikaler und militanter Kräfte von der ➔ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) ein organisierter Neonazismus heraus, der jedoch keine einheitliche politische Kraft darstellt, sondern sich in der Folgezeit in unterschiedliche, zum Teil rivalisierende politisch-ideologische Richtungen aufspaltete. Die in der Nachkriegszeit gegründeten rechtsextremistischen Organisationen und Parteien standen zu einem großen Teil in einer unmittelbaren – auch personellen Kontinuität – zur NSDAP, vermieden aber weitgehend – mit Ausnahme der 1952 verbotenen ➔ „*Sozialistischen Reichspartei*“ (SRP) - öffentliche Sympathiebekundungen für den Nationalsozialismus. Die „neuen Nazis“ bekennen sich dagegen ohne Einschränkung zum Nationalsozialismus und vertreten offensiv dessen Politik.

Die insbesondere in den achtziger Jahren zu Tage getretenen unterschiedlichen Ausrichtungen im neonazistischen Lager spielen gegenwärtig keine Rolle mehr, da es mit Ausnahme der ➔ „*Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.*“ (HNG) keine größeren neonazistischen Organisationen oder Parteien mehr gibt. Ein weiterer Grund dafür ist, dass sich mit dem zunehmenden zeitlichen Abstand zum 3. Reich und dem Ableben von Altnazis, die die Entwicklung des Neonazismus in den letzten Jahrzehnten maßgeblich beeinflusst haben, die neonazistische Szene auch qualitativ verändert hat: Der Neonazismus ist heute weit weniger politisch-ideologisch geprägt, sondern präsentiert sich als eine Mischung aus einzelnen ideologischen Versatzstücken, nationalsozialistischer und gewaltverherrlichender Rhetorik und Symbolik und subkulturellen Elementen. Damit wird auch die Unterscheidung zwischen Neonazi- und Skinhead-Szene (➔ *Skinheads*) zunehmend schwieriger; hier gibt es fließende Übergänge und starke per-

sonelle Überschneidungen. Was den meisten heutigen Neonazis an weltanschaulich-ideologischem Tiefgang und an historischem Wissen fehlt, wird durch eine provozierende und aggressive Attitüde auch außen kompensiert.

Der neonazistischen Szene gehörten im Jahr 2000 bundesweit ca. 2.200 Personen an, die größtenteils in rund 150 lokal und regional auftretenden, meist autonomen ➔ *Kameradschaften* organisiert sind. Diese Kameradschaften, denen in der Regel zwischen fünf und zwanzig Aktivist*innen angehören, sind zu einem großen Teil durch persönliche Kontakte, verschiedene Kommunikationsmedien und durch sogenannte „Aktionsbündnisse“ miteinander vernetzt. Zusammen mit dem Kameradenkreis um den ehemaligen Vorsitzenden der ➔ „Nationalen Liste“ (NL), Thomas WULFF, bildet die Bramfelder Neonazi-Szene, die zum Teil dem am 11.08.2000 verbotenen ➔ „Hamburger Sturm“ angehörte, den größten neonazistischen Personenzusammenhang in Hamburg.



Ausgelöst durch die seit Ende 1992 erfolgten zahlreichen Verbotsverfügungen (➔ *Vereine/Vereinsverbote*) gegen neonazistische Vereinigungen wurden neue Aktions- und Organisationsformen entwickelt, um die politische Arbeit fortsetzen zu können. Kernpunkt der neuen strategischen Überlegungen ist das

vor allem im norddeutschen Raum umgesetzte Konzept der sog. ➔ „*Freien Nationalisten*“. In Anlehnung an Modelle linksextremistischer Autonomer sollte eine unabhängige, organisationsungebundene und vor allem verbotsfeste Struktur aufgebaut werden, die der informellen Vernetzung und der Bildung themenbezogener Aktionsbündnisse dienen sollte. Beeinflusst von dieser hauptsächlich von Thomas WULFF entwickelten und vorangetriebenen Idee haben sich in Norddeutschland auf örtlicher und regionaler Ebene selbständige Kameradschaften gebildet, die sich zum großen Teil im ➔ „*Nationalen und Sozialen Aktionsbündnis Norddeutschland*“ zusammengeschlossen haben bzw. in diesem vertre-

ten sind. Die Ende 1997 aus einem Zusammenschluss verschiedener neonazistischer Schriften entstandene Publikation ☞ „Zentralorgan“ (ZORG), die unregelmäßig in einer Auflage von mehreren tausend Exemplaren bundesweit vertrieben wird, wird ebenfalls maßgeblich von Aktivist*innen des „Aktionsbündnisses Norddeutschland“ gestaltet. Ein weiteres wichtiges Kommunikationsmedium der „Freien Nationalisten“ ist das ☞ „Freie Info-Telefon Norddeutschland“ (FIT). Bisher gibt es die Regionalanschlüsse „Hamburg“, „Mecklenburg“ und „Pommern“. Zu den wichtigsten Treffpunkten der Neonazi- und Skinhead-Szene im norddeutschen Raum gehört der „Club 88“ in Neumünster (Schleswig-Holstein).

Entsprechend ihrem historischen Vorbild, der SA, sehen sich Neonazis in erster Linie als politische Straßenkämpfer. Provokative Aufmärsche in der Öffentlichkeit sind neben dem gemeinsamen Bekenntnis zum Nationalsozialismus für das Zusammengehörigkeitsgefühl und die politische Identität der Neonazi-Szene von elementarer Bedeutung. Mit welchen Themen auf die Straße gezogen wird, ist eher von untergeordneter Bedeutung. Wichtig ist der Auftritt selbst und die Möglichkeit, ein von völkisch-kollektivistischem Denken (☞ *Volksgemeinschaft*), ☞ *Rassismus*, ☞ *Antisemitismus*, ☞ *Revisionismus* und antideutschen Verschwörungstheorien geprägtes Weltbild propagieren zu können. Neonazis agitierten in den letzten Jahren u.a. gegen die sog. Wehrmachtsausstellung, gegen die doppelte Staatsbürgerschaft und die angebliche „Überfremdung“ Deutschlands. Alljährlich versuchen sie, allerdings mit immer geringerem Erfolg, an den angeblichen „Mord an Rudolf HEB“ (☞ *HEB-Gedenkaktionen*) zu erinnern. Entsprechende öffentlichkeitswirksame Aktionen wurden von den Sicherheitsbehörden in den letzten Jahren konsequent unterbunden. Neben der Teilnahme an öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen der NPD greift die neonazistische Szene auch aktuelle, populistisch verwertbare Themen wie den „Kampf gegen Drogen“ oder den sexuellen Missbrauch von Kindern auf, und instrumentalisiert diese, um nationalsozialistische Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen. Weiterhin solidarisieren sich Neonazis öffentlich mit Staaten wie dem Irak oder (früher) Serbien, weil sie dem „amerikanischen Imperialismus“ die Stirn bieten. Im Mittelpunkt neonazistischer Aktivitäten stehen gegenwärtig Protestaktionen und Kampagnen gegen die staatlichen Repressionsmaßnahmen.

Hinter dieser neonazistischen Strategie steht die Überzeugung, das demokratische System nach nationalsozialistischem Vorbild durch außerparlamentarische Opposition zermürben und im Zusammenwirken mit anderen Einflussfaktoren (wirtschaftlicher Niedergang, soziale Unruhen) zum Einsturz bringen zu können. Voraussetzung hierfür ist nach neonazistischer Auffassung eine entsprechend große und schlagkräftige nationale Widerstandsbewegung (☞ *Nationaler Widerstand*), die zunächst den politischen Protest auf die Straße trägt und es schafft, sich in der öffentlichen politischen Auseinandersetzung durchzusetzen, um so große Teile der Bevölkerung hinter sich zu bringen.



In den letzten Jahren ist die Zahl der von Neonazis durchgeführten Demonstrationen und Kundgebungen erheblich gestiegen. Zu verdanken hatten die Neonazi-Szene diese für sie positive Entwicklung in erster Linie dem neuen Kurs der NPD, die sich unter ihrem neuen Vorsitzenden Udo VOIGT zunehmend radikaleren Kräften öffnete.

Im Rahmen ihres sog. „Drei-Säulen-Konzepts“ und des daraus resultierenden und seit 1997 praktizierten „Kampfs um die Straße“ waren Neonazis und Skinheads mit einem Mal willkommene Bündnispartner. So meldeten die NPD und ihre Unterorganisationen eine Vielzahl von Demonstrationen an, auf denen zum größten Teil Angehörige der Neonazi- und Skinhead-Szene aufmarschierten. Eine Reihe von Kameradschaften unterhält direkte Kontakte zur NPD sowie zu deren Jugendorganisation ☞ „*Junge Nationaldemokraten*“ (JN). Innerhalb der NPD sind einige ehemalige Neonazis bzw. der Neonazi-Szene noch sehr nahestehende Aktivisten bis in hohe Parteiämter aufgestiegen. In der zweiten Hälfte des Jahres 2000 kam es angesichts des drohenden Parteiverbotes (☞ *Parteien/Parteienverbote*) zu Streitigkeiten zwischen „Freien Nationalisten“ und der NPD über das weitere strategische Vorgehen. Seit dem Beschluss des Parteivorstandes vom August, auf unbestimmte Zeit auf Demonstrationen zu verzichten, führen Neonazis insbesondere im norddeutschen Raum Demonstrationen ohne die Mitwirkung der NPD durch.

Die meisten neonazistischen Kameradschaften lehnen insbesondere aus Furcht davor, dem Staat weiteren Anlass für ein noch härteres Eingreifen zu liefern, die offene Rechtfertigung und Anwendung von Gewalt zur Verwirklichung politischer Ziele ab. Dieses taktische Verhältnis zur Gewalt sollte aber nicht den Blick dafür verstellen, dass die gesamte neonazistische Rhetorik gewaltgeprägt ist und zumindest einzelne Aktivist*innen sehr wohl rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten begehen. Hinzu kommt, dass auch angesichts konsequenter repressiver Maßnahmen des Staates und der Zunahme gewalttätiger Übergriffe von militanten Linksextremisten innerhalb der Neonazi-Szene eine stärker werdende Aggressivität und Gewaltbereitschaft zu beobachten ist. Einzelne Aktivist*innen stellen bereits Überlegungen an, ob es sinnvoll ist, in den Untergrund zu gehen und den bewaffneten Kampf aufzunehmen (☞ *Terrorismus*). Dieser Aspekt ist auch bei der Bewertung der ☞ „*Anti-Antifa*“-Aktivitäten zu berücksichtigen, die in den letzten zwei Jahren sowohl vom Umfang als auch von der Qualität erheblich zugenommen haben.

Neue Rechte

Der Begriff „Neue Rechte“ steht seit Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre für eine akademisch-intellektuelle, modernisierte Form rechten antidemokratischen Denkens. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre rückte der Begriff vor dem Hintergrund einer insbesondere von rechten Intellektuellen beförderten Debatte über die „Nation“ wieder zunehmend in den Blickpunkt der politischen Auseinandersetzung. Als wichtigstes Sprachrohr dieser *neuen* „Neuen Rechten“ galt lange Zeit die Wochenzeitung ☞ „*Junge Freiheit*“ (JF). Im Laufe der Jahre wurden z.T. ganz unterschiedliche politische Strömungen mit dem Etikett „Neue Rechte“ belegt. Heute wird der Begriff häufig stellvertretend für ein politisches Brückenspektrum zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus gebraucht. Der „Neuen Rechten“ wird dabei eine „Scharnierfunktion“ zwischen rechtskonservativem und rechtsextremistischem Lager zugeschrieben. Diese Definition ist jedoch wegen der fehlenden wichtigen Grenzziehung zum Rechtsextremismus umstritten.

Leitbild der *historischen* „Neuen Rechten“ in Deutschland, die Ende der sechziger Jahre als geistig-politische Gegenströmung zur „Neuen Linken“ entstand und die sich von der rückwärtsgewandten, antiintellektuellen

ellen „Alten Rechten“ abgrenzen wollte, war zunächst die französische „Nouvelle Droite“ (Neue Rechte) um den Publizisten Alain de BENOIST, die sich ihrerseits auf die Tradition der ☉ „Konservativen Revolution“ berief. Zu den drei wichtigsten Gruppen der „Konservativen Revolution“ gehörten die „Jungkonservativen“ („jung“ als Unterscheidung vom früheren, bloß bewahrenden, reaktionären Konservatismus), die ☉ *Nationalrevolutionäre* und die „Völkischen“, die den stärksten Einfluss auf die Nationalsozialisten (☉ *Nationalsozialismus*) ausübten. In den siebziger Jahren bezeichneten sich vor allem die „Nationalrevolutionäre“ als „Neue Rechte“ oder wurden zumindest so bezeichnet. Kern des neu-rechten Theoriemodells ist der Anspruch, völkische und nationalistische Ordnungsvorstellungen intellektuell und wissenschaftlich fundieren und als ernstzunehmendes politisches Alternativmodell präsentieren zu können. Diese neue Politik soll mittels einer „Kulturrevolution von rechts“ durchgesetzt werden, d.h. durch die Erringung der kulturellen Hegemonie, die der politischen vorausgehen müsse.

Seit Anfang der achtziger Jahre erfuhr der Begriff „Neue Rechte“ eine inhaltliche Erweiterung. Im Zusammenspiel mit einer zeitlich parallel verlaufenden Radikalisierung und „Re-Ideologisierung“ von Teilen des rechtskonservativen Lagers entstand neben dem „völkisch-nationalrevolutionären“ Flügel der „Neuen Rechten“ ein nationalkonservativer und ebenfalls antidemokratisch geprägter Flügel, der gleichfalls aus dem vielschichtigen Ideengut der „Konservativen Revolution“ schöpfte und sich insbesondere auf die „Jungkonservativen“ bezog. Seit ihrer Gründung 1986 bis in die Mitte der neunziger Jahre bot die JF diesen unterschiedlichen neurechten Strömungen ein Forum. Ausgelöst durch entsprechende Richtungsstreitigkeiten in der Redaktion und im Verlag sei aber nach eigener Aussage im Herbst 1994 ein politischer Kurswechsel vollzogen worden. Die JF sieht sich heute als Teil der „neuen demokratischen Rechten“.

Neurechtes Gedankengut ist heute sowohl in seiner „nationalkonservativen“ wie in seiner „nationalrevolutionären“ Ausprägung in verschiedenen Organisationen und kleineren Zirkeln weiterhin virulent und wird in diversen Zeitschriften („*Wir selbst*“, ☉ „*Junge Freiheit*“, ☉ „*Signal*“, ☉ „*Staatsbriefe*“, ☉ „*Sleipnir*“, ☉ „*Junges Forum*“, ☉ „*DESG-inform*“) und anderen Publikationen diskutiert. Neben dem ☉ „*Thule-Seminar*“, der ☉

„Deutsch-Europäischen Studiengesellschaft“ (DESG) und ☹ „Synergion Deutschland“ als einzig verbliebenen Organisationen der „Neuen Rechten“ wird insbesondere in Teilen der ☹ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) und der ☹ „Jungen Nationaldemokraten“ einem „revolutionären Nationalismus“ das Wort geredet und die „Reichsidee“ als politisches Ordnungsmodell propagiert. Unterstützt werden diese Bestrebungen u.a. von dem von vielen als neuer Hoffnungsträger der extremen Rechten angesehenen ehemaligen Linksterroristen Horst MAHLER (☹ *Bürgerbewegung „Für unser Land“*, ☹ *Werkstatt Neues Deutschland*) und dem eng mit ihm zusammenarbeitenden rechtsextremistischen Theoretiker Dr. Reinhold OBERLERCHER (☹ *„Deutsches Kolleg“*).

Norddeutsche Bewegung (NDB)

1994 durch den damaligen Hamburger Landesvorsitzenden der 1995 verbotenen neonazistischen ☹ *„Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“* (FAP), André GOERTZ, konzipierter und initiiertes Bündnisansatz. Angestrebt war ein Netzwerk, das Organisationsgrenzen innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums überwinden und das „nationale Potential“ im norddeutschen Raum zu einer formal unstrukturierten „Bewegung“ zusammenfassen sollte. Vorübergehend konnte GOERTZ Angehörige neonazistischer Vereinigungen (u. a. FAP) und anderer rechtsextremistischer Organisationen wie der ☹ *„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“* (NPD), der ☹ *„Jungen Nationaldemokraten“* (JN) und der ☹ *„Deutschen Liga für Volk und Heimat“* (DLVH) sowie Einzelaktivisten für das Bündnis Konzept gewinnen, die NDB beschränkte sich jedoch nach internen Streitigkeiten auf wenige örtliche Personenzusammenschlüsse. Im Kern ist die Anhängerschaft von GOERTZ auf einen kleinen Personenkreis im Großraum Hamburg abgeschmolzen. Die NDB scheiterte primär an der Ablehnung des von GOERTZ propagierten sog. ☹ *„Progressiven Nationalismus“* und an seiner umstrittenen Person.

Nordische Zeitung (NZ)

Vierteljährlich erscheinende Publikation der „germanisch-heidnischen“ Organisation ☹ *„Die Artgemeinschaft - Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“*.

Nordische Zukunft

Vierteljährlich bzw. halbjährlich als Doppelausgabe erscheinende Schrift der „germanisch-heidnischen“ Organisation ➔ „Nordischer Ring“ (NR).

Nordischer Ring (NR)

Anfang 1974 von ehemaligen Mitgliedern der ➔ „Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung“ (GfbAEV) gegründeter rechtsextremistischer Verein. Ideologischer Kopf ist der Hamburger Rechtsanwalt und Rechtsextremist Jürgen RIEGER, über den der „Nordische Ring“ (NR) insbesondere Verbindungen zur GfbAEV und zum „germanisch-heidnischen“ Verein ➔ „Die Artgemeinschaft - Glaubens-Gemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ unterhält. Der NR veröffentlichte in der Vergangenheit, insbesondere in seiner Publikation „Nordische Zukunft“ rassistische Thesen (➔ *Rassismus*). Er war einer von drei Trägervereinen des 1998 verbotenen ➔ „Heide-Heim e. V.“ bzw. des ehemaligen rechtsextremistischen Tagungs- und Schulungszentrums in ➔ *Hetendorf*.

Nordland-Netz

Inzwischen aufgelöster Verbund von ➔ *Mailboxen*, der im Frühjahr 1997 von den Betreibern der rechtsextremistischen Mailboxen „Elias.BBS“ und „Asgard.BBS“ nach dem Ausschluss aus dem rechtsextremistischen ➔ „Thule-Netz“ gegründet worden war. Es sollte dem Informationsaustausch rechtsextremistischer Organisationen und Einzelpersonen sowie langfristig der Einigung des rechtsextremistischen Lagers dienen. Die Nutzer (zuletzt schätzungsweise etwa 50) traten unter Pseudonymen wie „Gothmag 99“ oder „Barbarossa“ auf.

NS Kampfruf



NS KAMPFRUF
KAMPFSCHRIFT DER NATIONALSOZIALISTISCHEN DEUTSCHEN
ARBEITERPARTEI AUSLANDS - UND AUFBAUORGANISATION

Unregelmäßig (regulär: zweimonatlich) erscheinende, von der ➔ „Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation“ (NSDAP/AO) herausgegebene und aus den USA konspirativ

nach Deutschland eingeführte Publikation mit einer Auflage von ca. 500 Exemplaren.

Opposition

In der „VGB Verlagsgesellschaft Berg“ zweimonatlich erscheinende Zeitschrift, die sich ebenso als politisches Magazin wie als Strategie- und Theorieorgan des nationalen Spektrums versteht (Auflage: 1.400). Der Chefredakteur ist gleichzeitig maßgebliches Redaktionsmitglied der Publikation ➔ „*Nation & Europa*“.

Parteien/Parteienverbote

Nach Art. 21 des Grundgesetzes wirken Parteien bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen und sie müssen über die Herkunft und Verwendung ihrer Mittel sowie über ihr Vermögen öffentlich Rechenschaft ablegen. Die Rechte und Pflichten der Parteien sind im Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) geregelt.

Die drei größten rechtsextremistischen Parteien in Deutschland sind die ➔ „*Deutsche Volksunion*“ (DVU), ➔ „*Die Republikaner*“ (REP) und die ➔ „*Nationaldemokratische Partei Deutschlands*“ (NPD). Sowohl DVU als auch REP übersprangen in den letzten Jahren bei einigen Landtagswahlen die 5 %-Hürde und zogen damit in die jeweiligen Landesparlamente ein (➔ *Wahlen*). Die NPD erreichte nur bei einzelnen Landtagswahlen Ergebnisse von etwas mehr als 1 %. Diese Grenze ist für die Geltendmachung von Ansprüchen aus der staatlichen Parteienfinanzierung entscheidend.

Eine Partei verliert nach § 2 des Parteiengesetzes ihre privilegierte Rechtsstellung (Parteistatus), wenn sie sechs Jahre lang weder an einer Bundestagswahl noch an einer Landtagswahl mit eigenen Wahlvorschlägen teilgenommen hat. In Hamburg hat nach dieser Maßgabe die 1982 gegründete rechtsextremistische Partei ➔ „*Hamburger Liste für Ausländerstopp*“ (HLA) 1998 ihren Parteistatus verloren. Einen freiwilligen Verzicht auf den Parteienstatus vollzog 1996 die rechtsextremistische ➔ „*Deutsche Liga für Volk und Heimat*“ (DLVH). Vor dem Hintergrund dauerhafter politischer Erfolglosigkeit bei Wahlen konstituierte sie sich 1996 auf ihrem Bundesparteitag als Verein. Parteien, die nach ihren Zielen oder nach dem Verhalten ihrer Anhänger darauf ausgehen, die freiheitliche demokratische Grundordnung zu beeinträchtigen oder zu beseitigen oder den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu gefähr-

den, sind nach Art. 21 Abs. 2 des Grundgesetzes (GG) verfassungswidrig. Über die Frage der Verfassungswidrigkeit kann - nach einem förmlichen Verfahren - nur das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) entscheiden. Der Antrag auf eine Entscheidung durch das BVerfG kann nur vom Bundestag, vom Bundesrat oder von der Bundesregierung gestellt werden. Eine Landesregierung kann einen Antrag nur gegen eine Partei stellen, deren Organisation sich auf das Gebiet ihres Landes beschränkt. Die gegenüber Verboten sonstiger Vereinigungen nach dem Vereinsgesetz (☛ *Vereine/Vereinsverbote*) hoch gesteckten Hürden für ein Parteienverbot werden als Parteienprivileg bezeichnet. Diese vor dem Hintergrund der Erfahrungen des 3. Reiches getroffene Regelung soll verhindern, dass missliebige Parteien einfach durch die Exekutive aus der politischen Konkurrenz ausgeschaltet werden können.

Mit der gerichtlichen Feststellung, dass eine Partei verfassungswidrig ist, ist gleichzeitig deren Verbot verbunden. Mit Urteil vom 23.10.1952 wurde die Verfassungswidrigkeit der ☛ „*Sozialistischen Reichspartei*“ (SRP) festgestellt und diese damit verboten. Die SRP war ein Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten. Das zweite und bisher letzte vom BVerfG ausgesprochene Parteienverbot betraf 1956 die „*Kommunistische Partei Deutschlands*“ (KPD). Im Herbst 2000 beschlossen die drei Verfassungsorgane Bundesregierung, Bundesrat und Bundestag, jeweils einen eigenen Antrag auf Verbot der NPD zu stellen. Die Bundesregierung reichte ihren Antrag am 30.01.2001 beim Bundesverfassungsgericht an, Bundestag und Bundesrat folgten mit ihren Anträgen am 30.03.2001.

In Hamburg wurde am 24.02.1995 die neonazistische ☛ „*Nationale Liste*“ (NL) durch Verfügung der Behörde für Inneres gemäß § 3 Vereinsgesetz verboten, nachdem zuvor das BVerfG die Parteieigenschaft der NL verneint hatte. Nach der Rechtsprechung des BVerfG muss eine Vereinigung, die als Partei anerkannt werden will, u.a. die Gewähr dafür bieten, dass sie eine ständige Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes ernstlich beabsichtigt. Sie muss nach dem Gesamtbild ihrer tatsächlichen Verhältnisse, insbesondere nach Umfang und Festigkeit ihrer Organisation, nach der Zahl ihrer Mitglieder und nach ihrem Hervortreten in der Öffentlichkeit dazu auch in der Lage sein bzw. zumindest entsprechende Anstrengungen unternehmen. Gemessen an diesen Kriterien wurden weder

die NL noch die ☛ „*Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei*“ (FAP) vom BVerfG als Partei anerkannt. Die FAP wurde am gleichen Tage vom Bundesminister der Innern als Verein verboten.

Perspektive

Im Jahr 2000 eingestellte Internet-Zeitung des in Henstedt-Ulzburg (Schleswig-Holstein) ansässigen Kameradenkreises um den Neonazi André SCHWELLING, der unter wechselnden Aktionsbezeichnungen (u. a. „Initiative gegen Drogenfreigabe“) oder als fiktive „Aktionskomitees“ auftrat. Die von SCHWELLING angeführte Gruppe arbeitet mit anderen rechtsextremistischen Vereinigungen zusammen und gehört zum Kreis der ☛ „*Freien Nationalisten*“ sowie des ☛ „*Nationalen und Sozialen Aktionsbündnisses Norddeutschland*“.

PHI-Deutschlanddienst/Politische Hintergrund-Informationen (PHI)

1972 gegründeter rechtsextremistischer Pressedienst mit Hauptsitz in Kaunas/Litauen. Dort wird die Publikation auch gedruckt. In Deutschland existierte bis 1997 eine Repräsentanz in Königs-Wusterhausen (Brandenburg). Die sog. „Politischen Hintergrund-Informationen“ werden als „PHI-Deutschlanddienst“ mit 52 Ausgaben jährlich und als „PHI-Auslandsdienst“ mit 24 Ausgaben jährlich in einer Auflage von je ca. 2.500 Exemplaren verbreitet. Im Internet ist eine Homepage der PHI eingestellt, über die seit April 1999 auch Videoclips mit politischen Inhalten aufgerufen bzw. heruntergeladen werden können. Wiederkehrendes Thema der PHI-Veröffentlichungen ist eine angebliche Verschwörung der „Internationalisten“ unter jüdischer Führung, welche die Weltherrschaft anstreben (☛ *Antisemitismus*). Der Pressedienst rühmt sich, vermeintlich verschwiegene oder sonst angeblich falsch dargestellte Informationen wahrheitsgetreu zu veröffentlichen (exklusive Meldungen, Kommentare). Darüber hinaus werden Artikel aus anderen Publikationen, auch rechtsextremistischer Herkunft, nachgedruckt. Der PHI betreibt einen Buchversand, der insbesondere Publikationen rechtsextremistischer ☛ *Verlage* anbietet.



Progressiver Nationalismus

Hinter dem von dem ehemaligen Hamburger Funktionär der verbotenen neonazistischen ➤ „*Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei*“ (FAP), André GOERTZ, 1995 entwickelten und recht bald wieder ad acta gelegten Begriff „Progressiver Nationalismus“ verbirgt sich die Forderung nach einer Modernisierung des Rechtsextremismus. Kernstück dieses angeblich neuen, tatsächlich aber bereits seit den siebziger Jahren von der ➤ „*Neuen Rechten*“ propagierten Ideologieansatzes („fortschrittlicher Nationalismus“) ist die Kritik an der Rückwärtsgewandtheit des rechtsextremistischen Lagers und dessen Fixierung auf den historischen ➤ *Nationalsozialismus*.

Der Begriff „Progressiver Nationalismus“ hat sich nicht durchgesetzt und wird von GOERTZ seit 1998 auch nicht mehr öffentlich benutzt. Statt als ideologischer Vordenker zu reüssieren, hat sich GOERTZ mehr und mehr isoliert und mit seiner polemischen Kritik an der Neonaziszene neue Feinde geschaffen.

Rassismus

Rassismus bezeichnet die Diskriminierung anderer Menschen aufgrund unterschiedlicher körperlicher Merkmale oder ethnischer Herkunft, Rassismus ist also eine spezifische, biologisch-anthropologisch unterlegte Form von ➤ *Fremdenfeindlichkeit*. Der Begriff „Rasse“ sollte heute – einer Anregung der UNESCO folgend – nicht mehr zur Unterscheidung von Menschen benutzt werden, da er vielfach missbraucht wurde und im übrigen keine eindeutigen Abgrenzungen erlaubt.

Die Vorstellung, dass Menschen wegen ihrer ethnischen Zugehörigkeit oder einzelner körperlicher Merkmale wie z. B. der Hautfarbe auch einen unterschiedlichen „Wert“ hätten, hat eine weit zurückreichende Tradition (u.a. im Kolonialismus) und findet sich nicht allein bei Rechtsextremisten, in der rechtsextremistischen Ideologie ist sie jedoch ein Schlüsselthema. Sie verbindet sich dort mit der „sozialdarwinistischen“ Weltanschauung, nach der die Entwicklung der Menschheit aus einem „Kampf ums Überleben“ der Völker und Rassen besteht.

Die nationalsozialistische Rassenlehre basierte auf der Behauptung, die „nordischgermanische“ Rasse (☞ *Arier, arisch*) sei allen anderen Rassen bzw. Völkern überlegen („Herrenrasse“), mit dieser Ideologie wurde insbesondere der Krieg gegen das „slawische Untermenschentum“ gerechtfertigt. Auch der vernichtende Hass gegen Juden wurde - außer mit dem Kampf gegen deren angebliche „Weltverschwörung“ - damit legitimiert, dass sie „fremdrassig“ seien (☞ *Antisemitismus*). Gleichzeitig sollte mit „Rassegesetzen“ die „Reinhaltung“ der arischen Rasse sichergestellt werden.



Die von Rechtsextremisten gebrauchte Zahl 14 bezieht sich auf die 14 Worte:

„Wir müssen das Leben unserer Rasse und eine Zukunft für unsere weißen Kinder sichern.“

Rassismus in dieser offenen und aggressiven Form ist heute unter Strafe gestellt (insbesondere durch §§ 130 und 131 StGB, ☞ *Straftatbestände*), dennoch findet er sich mehr oder weniger kaschiert in der gesamten rechtsextremistischen Propaganda. Insbesondere die Selbstbezeichnung als „weiße Rasse“ (z. B. in ☞ *White Power*) ist eine typische Ausdrucksform von Rassismus. In der Strömung der ☞ *Neuen Rechten* wird erneut versucht, die Existenz und den Zweck von Staaten auf völkischer Grundlage zu bestimmen und dies „wissenschaftlich“ zu untermauern. Hierfür wird der verschleiende Begriff „Ethnopluralismus“ verwendet.

Recht und Wahrheit

Zweimonatlich als Doppelausgabe (Auflage: ca. 1.500) von der Vereinigung ☞ *„Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) – Der Bismarck-Deutsche“* herausgegebene Publikation.

Republikanischer Bund der Frauen (RBF)

Am 26.08.1995 in Wiesbaden gegründete Unterorganisation der Partei ➔ „Die Republikaner“ (REP), die u. a. das Ziel hat, Frauen eine aktivere Mitwirkung in der Partei zu ermöglichen.

Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten (RepBB)

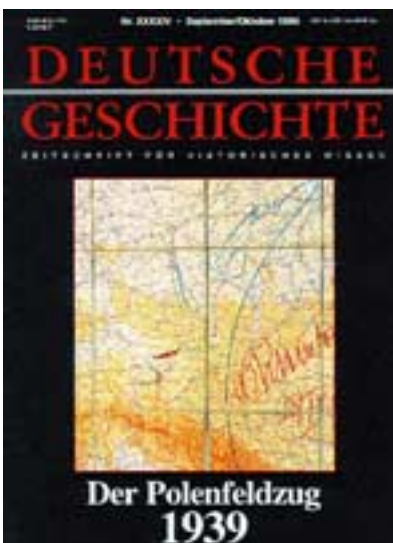
Am 13.10.1993 als Interessenvertretung der im öffentlichen Dienst beschäftigten Mitglieder der Partei ➔ „Die Republikaner“ (REP) gegründete Unterorganisation der REP.

Revisionismus

In verschiedenen politischen Lagern verwendeter Begriff. Im Rechtsextremismus bezeichnet Revisionismus insbesondere das Bestreben, den Nationalsozialismus und seine Auswirkungen nachträglich zu rechtfertigen. Er ist damit ein fundamentaler Bestandteil rechtsextremistischen Gedankenguts. Der sich mit zeitgeschichtlichen Abläufen befassende Revisionismus widmet sich in unterschiedlichen Facetten der Umdeutung der deutschen Vergangenheit. Er zielt darauf ab, die NS-Herrschaft zu entlasten bzw. von Schuld gänzlich freizusprechen. Diese Bemühungen reichen vom Vergleich der NS-

Verbrechen mit Verbrechen anderer Staaten über Versuche, die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges zu relativieren, bis zur Leugnung des Holocaust (➔ „Auschwitz-Lüge“).

Daneben zeichnen Revisionisten die Bundesrepublik Deutschland als ein von den alliierten Siegermächten eingesetztes, aber von der deutschen Bevölkerung nicht legitimes staatliches Gebilde, das niemals die Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches angetreten habe. Sie denunzieren die von den Westalliierten 1945 eingeleiteten Maßnahmen zur Entwicklung einer demo-



Revisionistische Zeitschrift

kratischen politischen Kultur in der Bundesrepublik als „Umerziehung“ und streben die staatliche Wiederherstellung des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 an. Es gibt allerdings auch noch weitergehende Forderungen (☞ *Gebietsrevisionismus*). Ein Erkennungszeichen revisionistischer Denkweise ist es auch, wenn Rechtsextremisten die neuen Bundesländer als „Mitteldeutschland“ und die Wiedervereinigung als „Teil-Wiedervereinigung“ bezeichnen.

Revolutionäre Plattform

Im Frühjahr 2000 gegründete Oppositionsgruppe innerhalb der ☞ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD). Die RPF versteht sich als „*Speerspitze des revolutionär kämpfenden Nationalismus*“. Sie will diesen kompromisslosen Politikansatz notfalls gegen den Widerstand in der eigenen Partei durchsetzen und arbeitet zu diesem Zweck eng mit „freien Kräften“ außerhalb der Partei (☞ *Neonazis*, ☞ „*Freie Nationalisten*“) zusammen. Die gegenwärtige Parteiführung wird von ihr für die stagnierende Entwicklung der NPD verantwortlich gemacht. Der Mehrheit des Bundesvorstandes wirft die RPF vor, eine verfehlte und rückwärts-gewandte Politik zu betreiben. Nach heftigen Kontroversen einigten sich Parteivorstand und RPF Anfang 2001 darauf, dass die RPF als eigenständige Organisationsform aufgegeben wird und sie ihre Aktivitäten als Arbeitsgemeinschaft beim Parteivorstand und unter dessen Mitwirkung und Kontrolle fortsetzt.

Sauerländer Aktionsfront (SAF)

1991 aus Skinhead-Zusammenhängen hervorgegangene, strukturlose Neonazi-Gruppierung (☞ *Neonazis*) in Nordrhein-Westfalen. Sie tritt auch als „Nationaler Widerstand Sauerland/Siegerland“ auf und agiert insbesondere in den Kreisen Siegen, Olpe und im Hochsauerlandkreis, aber auch länderübergreifend im hessischen Kreis Waldeck-Frankenberg. Die „Sauerländer Aktionsfront“ (SAF) verfügt über Kontakte zur Neonazi-Szene in anderen Teilen der Bundesrepublik und beteiligte sich in der Vergangenheit an zahlreichen bundesweiten Aktionen und Demonstrationen. Sie gibt die Publikation „Sprung auf...Marsch, marsch!!!“ heraus.

Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)

1981 in Heidelberg gegründeter Verein, der sich laut Satzung „die Erhaltung der ethnischen und kulturellen Eigenart des deutschen Volkes“ zum Ziel gesetzt hat. Der „Schutzbund für das deutsche Volk e.V.“ (SDV) sieht sich als Sachwalter des „Heidelberger Manifests“ (Juni 1981), dessen Urheber eine „Unterwanderung“ des deutschen Volkes durch millionenfachen Ausländerzuzug behaupteten. Der SDV fordert eine rigorose Ausländerrückführung, wendet sich gegen „Umerziehung“ sowie einen angeblich volksfeindlichen Liberalismus. Er agiert mit Flugblättern, Rundbriefen sowie Vortragsveranstaltungen und pflegt Verbindungen zu rechtsextremistischen Parteien.

Signal – Das patriotische Magazin



Im Verlag „Europa Vorn Vertrieb“ (Köln) vierteljährlich mit einer Auflage von ca. 5.000 Exemplaren erscheinendes Theorie- und Strategieorgan, das bis Mai 1998 unter dem Titel „Europa Vorn“ erschien. Herausgeber ist Manfred ROUHS, der bereits in mehreren rechtsextremistischen Parteien aktiv war. Die stark von nationalrevolutionärem und „neurechtem“ Gedankengut (☞ *Nationalrevolutionäre*, ☞ *Neue Rechte*) geprägte Publikation erscheint mit weitergehenden Informationen auch im Internet. Strategisch ist das Blatt u. a. auf eine Bündnisbildung rechtsextremistischer Parteien ausgerichtet.

Skingirl-Freundeskreis Deutschland (SFD)

Am 31.12.1990 in Berlin unter der ursprünglichen Bezeichnung „Skingirlfront Deutschland“ gegründete und 1995 umbenannte Vereinigung weiblicher Skinheads, sog. Renees (☞ *Skinheads*). Am 04.11.2000 gab die Vereinigung auf ihrer Internet-Homepage ihre Selbstauflösung bekannt. Führende Personen des „Skingirl-Freundeskreises Deutschland“ (SFD) unterhielten in der Vergangenheit Kontakte zur Neonazi-Szene (☞ *Neonazis*). Einige ehemalige Mitglieder haben Funktionen in der ☞ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) inne. Die SFD-interne

Schrift „Walküre“ vertrat in Artikeln und Berichten rechtsextremistische Positionen.

Skinheads

Der Ursprung der Skinhead-Bewegung liegt in Großbritannien. Ende der sechziger Jahre („Spirit of ´69“) entstand sie als subkulturelle Protestbewegung von Jugendlichen aus der Arbeiterschicht. Zu ihrer Herkunft bekannten sich diese Jugendlichen durch ihre Kleidung (u.a. „Doc Martens“-Arbeitsstiefel, hochgekrempelte Jeans, Hosenträger), insbesondere aber durch extrem kurz geschorenes Haar bzw. Glatze. Zunächst unpolitisch oder eher links orientiert, geriet ein Großteil der gewaltbereiten

Skinheads Ende der siebziger Jahre unter den Einfluss rechtsextremistischer Organisationen und übernahm nationalistisches und rassistisches Gedankengut. Anfang der achtziger Jahre entdeckten auch in Deutschland Jugendliche den Skinhead-Kult. Es kam zu ersten Beeinflussungsversuchen durch Neonazis, die jedoch nur teilweise Erfolg hatten. Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich die Skinhead-Szene in Deutschland stärker politisiert, so dass heute von einer in weiten Teilen rechtsextremistisch, zumeist neonazistisch indoktrinierten Subkultur

gesprochen werden kann. Zahlenmäßig von geringer Bedeutung sind die politisch eher links einzuordnenden antirassistischen „S.H.A.R.P.s“ (Skinheads Against Racial Prejudice = Skinheads gegen rassistische Vorurteile) sowie die sogenannten „Redskins“, die vereinzelt in linksautonomen Zusammenhängen anzutreffen sind.



Die Zahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten, zu denen die Skinheads als mit Abstand größte Gruppe gerechnet werden, ist seit 1994 (5.400) kontinuierlich auf bundesweit 9.700 Personen im Jahr 2000 angestiegen. Für die politische Bewusstseinsbildung von Skinheads sind die subkulturellen Medien und Ausdrucksformen von entscheidender Bedeutung: Wie in anderen jugendlichen Subkulturen auch, wird die Gruppen-

dentität durch das äußere Erscheinungsbild, durch eigene Musikformen („Oi“-Musik), Konzerte, szenetypische Publikationen - Fanzines oder Skinzines genannt (engl. Abk. für Skinhead-Magazine) -, Rituale, Symbole, Tätowierungen u.a.m. zum Ausdruck gebracht. In der Skinhead-Szene herrschen in erheblichem Maße fremdenfeindliche und z. T. rassistische Einstellungen vor, die mit einem übersteigerten Nationalgefühl und Hass gegen alles „Undoitsche“ einhergehen und den Nährboden für rechtsextremistische und fremdenfeindliche Gewalt bilden. Ein Großteil dieser Gewalttaten (☞ *Straftaten/Straftäter*) geht auf das Konto von Skinheads. Nicht selten ist neben starkem Alkoholkonsum die gewaltverherrlichende und aggressionsfördernde Musik rechtsextremistischer Skinhead-Bands ein entscheidender Auslöser. Zu den Feindbildern rechtsextremistischer Skinheads gehören vor allem Ausländer, Asylbewerber, Punks und „Zecken“ (Linke). Wiederholt kam es auch zu Gewalttaten bis hin zu Tötungsdelikten gegen Obdachlose. Aufgrund ihrer Affinität zu rechtsextremistischen Denkmustern und Feindbildern stellt die Skinhead-Szene insgesamt ein erhebliches Rekrutierungs- und Mobilisierungspotential für aktionistisch orientierte Bereiche des Rechtsextremismus dar, vor allem für Neonazis, aber auch für die ☞ „*Nationaldemokratische Partei Deutschlands*“ (NPD) und ihre Jugendorganisation ☞ „*Junge Nationaldemokraten*“ (JN). Im Gegensatz zur ansonsten völlig unstrukturierten Skinhead-Szene entstanden in Ostdeutschland einzelne zum Teil recht straff organisierte und überregional aktive Skinhead-Gruppen wie die ☞ „*Skinheads Sächsische Schweiz*“ oder ☞ „*White Youth*“ aus Thüringen. Beide Vereinigungen sind mittlerweile verboten.



„Skinheads des heiligen Rassenkrieges“

Propagandamaterial der amerikanischen Organisation „World Church of the Creator“ (WCOTC).

Seit Anfang bzw. Mitte der neunziger Jahre sind bzw. waren die beiden neonazistisch und rassistisch ausgerichteten internationalen Skinhead-Organisationen ☹ „Hammerskins“ und ☹ „Blood & Honour“ in Deutschland aktiv. Während die 1986 in Dallas/Texas gegründeten „Hammerskins“ bislang aufgrund ihrer elitären Ausrichtung eher eine Randerscheinung blieben, entwickelte sich die 1987 in Großbritannien ins Leben gerufene „Blood & Honour“-Bewegung bis zu ihrem Verbot am 14.09.2000 zur bundesweit größten und einflussreichsten Skinhead-Organisation. Vor allem die in den letzten Jahren zunehmend professioneller und kommerzieller gewordene rechtsextremistische Musik- und Konzert-Szene stand unter dem starken Einfluss von „Blood & Honour“. Nach Kenntnis der Verfassungsschutzbehörden gab es Ende 2000 ca. 130 rechtsextremistische Skinhead-Bands in Deutschland, von denen die meisten auch aktiv waren, sowie bundesweit ca. 50 Vertriebsdienste für Skinhead-Material (Tonträger, Bekleidung, u.a.). Der kommerzielle Handel mit rechtsextremistischen Tonträgern und anderen Szene-Artikeln verzeichnete bislang einen ungebremsten Aufschwung und ist auch in wirtschaftlicher Hinsicht für die Betreiber sehr lukrativ. Um die Verbreitung illegaler CDs zu unterbinden oder zumindest einzudämmen, wurden in den letzten Jahren gegen etliche Vertriebe Ermittlungsverfahren eingeleitet. Außer durch den Versandhandel werden CDs in größerem Umfang durch mobile Händler auf Konzerten abgesetzt. Auch das Internet gewinnt für die Verbreitung rechtsextremistischer Musik weiter an Bedeutung.

Für das Zusammengehörigkeitsgefühl der rechtsextremistischen Skinhead-Szene und den Aufbau überregionaler und internationaler Kontakte spielen Konzerte eine wichtige Rolle. Im Durchschnitt erreichen gut besuchte Skinhead-Konzerte Besucherzahlen von 400 – 500 Personen, einige liegen auch bei über 1.000, in Einzelfällen bis zu 2.000 Teilnehmern. Häufig kommt es während der Konzerte zu Straftaten (☹ *Straftatbestände*), insbesondere durch das Absingen volksverhetzender Texte und durch das Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen (HITLER-Gruß, „Sieg Heil!“-Rufe u.a.). Um einem Verbot zu entgehen, werden die Konzerte daher sehr konspirativ vorbereitet. Dennoch konnten in den letzten Jahren etliche Konzerte von der Polizei verhindert oder aufgelöst werden. In der Skinhead-Szene hat die Bereitschaft zugenommen, Konzertauflosungen mit Gewalt zu verhindern. Im



„Landser“ – „Ran an den Feind“ (CD).
 „Landser“ gehört zu den beliebtesten Skinhead-Bands in Deutschland.

Jahr 2000 ging die Zahl der Skinhead-Konzerte um rund ein Drittel zurück.

Ein weiteres wichtiges Medium der sceneinternen Kommunikation sind die zahlreichen Skinzines. Den Verfassungsschutzbehörden sind ca. 40 rechtsextremistische Skinhead-Publikationen bekannt, die sich nach Inhalt (Konzertberichte, Interviews, CD-Vorstellungen, Nachrichten, politische Themen u.a.), Erscheinungsweise, Auflage und auch in der Qualität der Aufmachung z.T. stark unterscheiden.

Skinheads Allgäu



Am 30.07.1996 vom Bayerischen Staatsministerium des Innern verbotene neonazistische Skinhead-Vereinigung (☞ *Skinheads*, ☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*). Der am 23.09.1995 gegründete, ca. 50 Mitglieder zählende Verein mit Sitz in Pfronten (Bayern) hatte sich zusammengeschlossen, um insbesondere durch Szene-Treffen und Konzerte die „Skinhead-Kultur“ zu pflegen. Führende Aktivisten gaben ein Fanzine (Skinhead-Publikation, engl. Abk. für Fan Magazine) heraus und gründeten eine

Skinhead-Band. Der Verein wurde u.a. mit der Begründung verboten, die Pflege der „Skinhead-Kultur“ sei mit extremistischen, rassistischen (☞

Rassismus) und den Strafgesetzen zuwiderlaufenden Handlungsweisen verbunden. Bereits am 29.01.1996 hatte das Amtsgericht Kaufbeuren die Eintragung des Vereins in das Vereinsregister abgelehnt. Die Satzung richte sich, so das Gericht, gegen die durch das Grundgesetz garantierten Menschenrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung, da die „Skinhead-Kultur“, die zu pflegen der satzungsmäßige Zweck des Vereins ist, Wesensgleichheit mit dem ☛ *Nationalsozialismus* aufweise.

Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)

Am 05.04.2001 vom Sächsischen Staatsministerium des Innern verbottene neonazistische Skinhead-Gruppierung aus dem ostsächsischen Raum (☛ *Skinheads*, ☛ *Vereine/Vereinsverbote*). Mitbetroffen von dem Verbot war auch die „Aufbauorganisation“ der SSS (SSS-AO). Im Gegensatz zu der ansonsten völlig unstrukturierten Skinhead-Szene verfügte die Ende 1996 gegründete Vereinigung über formale Organisationsstrukturen: Sie bestand aus einem Kaderkreis („Members“) und örtlichen Untergruppen („Riegen“). Zum Kern der Organisation gehörten ca. 50 Personen, darunter auch Mitglieder des Landesverbandes Sachsen der ☛ *„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“* (NPD). Weitere 50 Skinheads wurden dem Umfeld der SSS zugerechnet.

Am 24.06.2000 durchsuchte die Polizei wegen des Verdachts der Bildung einer kriminellen Vereinigung Wohn- und Nutzräume von Mitgliedern und Anhängern der SSS und stellte u.a. größere Mengen Sprengstoff, Waffen und Waffenteile mit Munition (☛ *Waffen*) sicher sowie Aufzeichnungen zu und Fotos von politischen Gegnern und Ausländern (☛ *Anti-Antifa*). Um dem drohenden Verbot zuvorzukommen, gab die SSS im Februar 2001 ihre Selbstaflösung bekannt. Tatsächlich setzte die Gruppierung ihre Aktivitäten jedoch bis zu ihrem Verbot u.a. unter der Bezeichnung „Nationaler Widerstand Pirna“ (NWP) fort.

Sleipnir

Sleipnir

Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik

Die nach dem achtbeinigen Pferd des nordischen Gottes Odin (Wotan) benannte, seit 1995 im Berliner „Verlag der Freunde“ (☛ *Verlage*) zweimonatlich erscheinende, „Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik“ (Auflage: 1.200) will nach dem Anspruch ihres Herausgebers Andreas RÖHLER „rechten“ und „linken“ Nationalisten ein gemeinsames Forum bieten (vgl. ☛ *Nationalrevolutionäre*). Die Autoren kommen jedoch ganz überwiegend aus dem rechtsextremistischen Spektrum. Die Artikel sind häufig antisemitisch geprägt. Ein Themenschwerpunkt ist der ☛ *Revisionismus*. Gegen zahlreiche Ausgaben bestehen Beschlagnahmebeschlüsse wegen volksverhetzender und den Holocaust leugnender Beiträge.

Söldner

Bezeichnung für einen in der Regel auf vertraglicher Basis gegen Bezahlung (Sold) militärischen Dienst Leistenden. Da Söldner ihre zeitlich befristeten Dienste ausschließlich gegen Geld anbieten, besteht meist keine tiefere Bindung an den Dienstherrn. Das Söldnerwesen war bereits in der Antike verbreitet und prägte das europäische Militär- und Kriegswesen vom Mittelalter bis zur Französischen Revolution. Mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht wurde es überflüssig und verschwand weitgehend. Wesentliche Merkmale des Söldnerwesens weist die seit 1831 bestehende französische Fremdenlegion auf.

Söldnerheere üben insbesondere auf gewaltbereite Rechtsextremisten, die ihre Vorliebe für Waffen und ihr Gewaltpotential unter Kriegsbedingungen ausleben wollen, eine gewisse Faszination und Anziehungskraft aus. Die Bereitschaft, sich als Söldner zu verdingen, ist häufig auch weltanschaulich bzw. rassistisch motiviert, wie das frühere Beispiel Südafrika zeigt. Der Einsatz als Söldner eröffnet ihnen die Möglichkeit, sich im Kampf zu bewähren. Im serbisch-kroatischen Krieg waren ab 1993, vorwiegend auf Seiten der Kroaten, internationale Söldner eingesetzt - darunter auch Rechtsextremisten aus Deutschland. Sie dienten

z.T. in reinen Söldnereinheiten, als Spezialisten aber auch in regulären Truppenverbänden. In den im Verlauf des Jahres 1994 aufgelösten Einheiten haben vermutlich insgesamt mehrere Hundert Deutsche mitgekämpft. Viele der den Sicherheitsbehörden bekannt gewordenen Personen hatten einen Vorlauf in rechtsextremistischen Organisationen. Eine der kroatischen Söldner-Einheiten trug die Bezeichnung „1. Gardjska Brigada Baron Trenck“. Namensgeber war der österreichische Pandurenoberst Franz von der TRENCK (1711-1749), der sich im Krieg gegen Preußen durch besondere Grausamkeit auszeichnete.

Sozialistische Reichspartei (SRP)

Die „Sozialistische Reichspartei“ (SRP) spaltete sich im Oktober 1949 unter Führung des ehemaligen Generalmajors der Wehrmacht Otto Ernst REMER von der „Deutschen Rechtspartei“ (DRP) ab. REMER war nach dem gescheiterten Attentat auf HITLER am 20. Juli 1944 für die Zerschlagung der Widerstandsgruppe um Graf von STAUFFENBERG verantwortlich. Die SRP verstand sich als Sammelbecken ehemaliger Nationalsozialisten. In ihrem Stammland Niedersachsen erhielt sie 1951 bei der Landtagswahl 11 % der Stimmen und zog mit 16 Abgeordneten in den Landtag ein. Bei der Wahl zur Bremer Bürgerschaft erhielt sie im Herbst 1951 7,7% und 8 Mandate. Die zwischenzeitlich auf über 10.000 Mitglieder angewachsene SRP wurde 1952 vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig verboten (☞ *Parteien/Parteienverbote*).

Staatsbriefe

Seit 1990 im „Castel del Monte-Verlag“, München (☞ *Verlage*), erscheinende Zeitschrift mit rückläufiger Bedeutung (Auflage: 900). Das von dem Publizisten Dr. Hans-Dietrich SANDER herausgegebene rechtsextremistische Theorieorgan grenzt sich mit einem fundamentaloppositionellen Ansatz von der Entwicklung im rechtsextremistischen Parteienbereich ab. Ziel der „Staatsbriefe“ ist eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Reichsidee der deutschen Stauer



mit einer ständischen und hierarchischen Staatsordnung. Die freiheitliche demokratische Grundordnung in Deutschland wird als ein von außen oktroyiertes, totalitäres System verunglimpft und ihr damit die Legitimität abgesprochen. Zu den Autoren der „Staatsbriefe“ gehörte über mehrere Jahre u.a. der rechtsextremistische Theoretiker Dr. Reinhold OBERLERCHER (☛ „*Deutsches Kolleg*“) und zeitweilig auch der ins rechtsextremistische Lager gewechselte ehemalige Linksterrorist Horst MAHLER (☛ *Bürgerbewegung „Für unser Land“*, ☛ *„Werkstatt Neues Deutschland“*). Nach dem Bruch mit OBERLERCHER und MAHLER ist SANDER mit seinen „Staatsbriefen“ noch stärker isoliert als zuvor, der Autorenstamm ist weiter geschrumpft.

Straftatbestände

Im Strafgesetzbuch (StGB) gibt es eine Reihe von - nachfolgend aufgeführten – Straftatbeständen, die insbesondere bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus wichtig sind. Dazu gehört etwa das Verbot der Verbreitung von Propagandamitteln verbotener verfassungswidriger Organisationen und das Verbot, entsprechende Kennzeichen zu verwenden (§§ 86, 86a StGB), sowie Volksverhetzung (§ 130 StGB). Sie bilden den Großteil der rechtsextremistischen Straftaten (☛ *Straftaten/Straftäter*). Bei den rechtsextremistischen Gewalttaten fällt der sehr hohe Anteil von Körperverletzungsdelikten (§§ 223 ff. StGB) auf, während es nur wenige Fälle von Landfriedensbruch (§§ 125, 125a StGB) gibt. Dieses Delikt ist eher typisch für die linksextremistische Szene (Ausschreitungen bei Demonstrationen).

Organisationsdelikte – verbotene Parteien und Vereinigungen:

Verfassungsfeindliche Parteien können vom Bundesverfassungsgericht, Vereinigungen im Sinne des Vereinsgesetzes von den Innenministerien des Bundes und der Länder verboten werden (☛ *Parteien/Parteienverbote*, ☛ *Vereine/Vereinsverbote*). Dass in der Bundesrepublik Deutschland hiervon seit ihrer Konstituierung konsequent Gebrauch gemacht wurde, lässt sich aus der Vielzahl der bislang verbotenen Organisationen (☛ *Verbotene Organisationen*) ablesen. Wird der organisatorische Zusammenhalt einer Vereinigung trotz Verbotes weitergeführt, ist dieses strafbar.

§ 84 StGB : Fortführung einer für verfassungswidrig erklärten Partei

(1) Wer als Rädelsführer oder Hintermann im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes den organisatorischen Zusammenhalt

1. einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder
2. einer Partei, von der das Bundesverfassungsgericht festgestellt hat, dass sie Ersatzorganisation einer verbotenen Partei ist,

aufrechterhält, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft. Der Versuch ist strafbar.

§ 85 StGB: Verstoß gegen ein Vereinsverbot

(1) Wer als Rädelsführer oder Hintermann im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes den organisatorischen Zusammenhalt

1. einer Partei oder Vereinigung, von der im Verfahren nach § 33 Abs. 3 des Parteiengesetzes unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer verbotenen Partei ist, oder
2. einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist,

aufrechterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft. Der Versuch ist strafbar.

(2) Wer sich in einer Partei oder Vereinigung der in Absatz 1 bezeichneten Art als Mitglied betätigt oder wer ihren organisatorischen Zusammenhalt unterstützt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(3) § 84 Abs. 4 und 5 gilt entsprechend.

Verbreitung von Propagandamitteln – Verbotene Parolen und Flugblätter:

Strafbar macht sich auch, wer Propagandamittel (z. B. Flugblätter, Fahnen, Symbole oder Embleme) verbotener verfassungswidriger Organisationen/Ersatzorganisationen herstellt, verwendet, verbreitet, importiert oder vorrätig hält. Davon ausgenommen ist die Benutzung oder Darstellung z. B. im Rahmen des Geschichtsunterrichtes, zur politischen Aufklärung oder zu künstlerischen Zwecken, wenn klar wird, dass dieses in distanzierender Absicht geschieht.

§ 86 StGB: Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen

(1) Wer Propagandamittel

1. einer vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärten Partei oder einer Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorgan einer solchen Partei ist,
2. einer Vereinigung, die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richtet, oder von der unanfechtbar festgestellt ist, dass sie Ersatzorganisation einer solchen verbotenen Vereinigung ist
3. (...)
4. Propagandamittel, die nach ihrem Inhalt dazu bestimmt sind, Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation fortzusetzen,

im Inland verbreitet oder zu Verbreitung im Inland oder Ausland herstellt, vorrätig hält, einführt oder ausführt oder in Datenspeichern öffentlich zugänglich macht, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) Propagandamittel im Sinne des Absatzes 1 sind nur solche Schriften (§ 11 Abs. 3), deren Inhalt gegen die freiheitliche demokrati-

sche Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet ist.

- (3) Absatz 1 gilt nicht, wenn das Propagandamittel oder die Handlung der staatsbürgerlichen Aufklärung, der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, der Kunst oder der Wissenschaft, der Forschung oder der Lehre, der Berichterstattung über Vorgänge des Zeitgeschehens oder der Geschichte oder ähnlichen Zwecken dient.
- (4) (...)

Verwendung von verbotenen nationalsozialistischen Kennzeichen, Symbolen und Grußformen:

Das Strafgesetzbuch stellt in § 86a StGB insbesondere Hakenkreuze, Nazi-Lieder, den Hitlergruß und „Führerporträts“ sowie Sigrunen (wie bei der SS) unter Strafe (☞ *Symbole, Fahnen, Erkennungszeichen*).

§ 86 a StGB: Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen

- (1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer
1. Im Inland Kennzeichen einer der in § 86 Abs. 1 Nr. 1, 2 und 4 bezeichneten Parteien oder Vereinigungen verbreitet oder öffentlich, in einer Versammlung oder in von ihm verbreiteten Schriften (§ 11 Abs. 3) verwendet oder
 2. Gegenstände, die derartige Kennzeichen darstellen oder enthalten, zur Verbreitung oder Verwendung im Inland oder Ausland in der in Nummer 1 bezeichneten Art und Weise herstellt, vorrätig hält, einführt oder ausführt.
- (2) Kennzeichen im Sinne des Absatzes 1 sind namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformeln. Den in Satz 1 genannten Kennzeichen stehen solche gleich, die ihnen zum Verwechseln ähnlich sind.

(3) § 86 Abs. 3 und 4 gilt entsprechend.

Volksverhetzung:

Aussagen (u. a. gesprochen, gedruckt, auf Bild- und Tonträgern, im Internet), die eine Bevölkerungsgruppe verleumden (z. B. Türken, Juden, Sinti und Roma, Homosexuelle) und zu Hass und Gewalt aufrufen, stehen unter Strafandrohung. Nach § 130 StGB wird auch bestraft, wer die systematische Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus leugnet (☞ „Auschwitz-Lüge“), billigt oder verharmlost.

§ 130 StGB: Volksverhetzung

(1) Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören,

1. zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder
2. die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet, wird mit Freiheitsstrafe von drei Monaten bis zu fünf Jahren bestraft.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer

1. Schriften (§ 11 Abs. 3), die zum Hass gegen Teile der Bevölkerung oder gegen eine nationale, rassistische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe aufstacheln, zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordern oder die Menschenwürde anderer dadurch angreifen, dass Teile der Bevölkerung oder eine vorbezeichnete Gruppe beschimpft, böswillig verächtlich gemacht oder verleumdet werden
 - a) verbreitet
 - b) öffentlich ausstellt, anschlägt, vorführt oder sonst zugänglich macht,

- c) einer Person unter achtzehn Jahren anbietet, überlässt oder zugänglich macht,
- d) herstellt, bezieht, liefert, vorrätig hält, anbietet, ankündigt, anpreist, einzuführen oder auszuführen unternimmt, um sie oder aus ihnen gewonnene Stücke im Sinne der Buchstaben a bis c zu verwenden oder einem anderen eine solche Verwendung zu ermöglichen, oder

2. eine Darbietung des in Nummer 1 bezeichneten Inhalts durch Rundfunk verbreitet.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine unter der Herrschaft des Nationalsozialismus begangene Handlung der in § 220a Abs. 1 bezeichneten Art in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, öffentlich oder in einer Versammlung billigt, leugnet oder verharmlost.

Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener:

Die Ehre von Toten ist gegen Verleumdung und böswillige Verächtlichmachung (Oberbegriff: Verunglimpfung) geschützt. Gegenüber Rechtsextremisten kommt eine Strafandrohung bis zu zwei Jahren Gefängnis zur Anwendung, wenn sie z. B. Lügen über die im Nationalsozialismus Ermordeten verbreiten.

§ 189 StGB: Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener

Wer das Andenken eines Verstorbenen verunglimpft, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

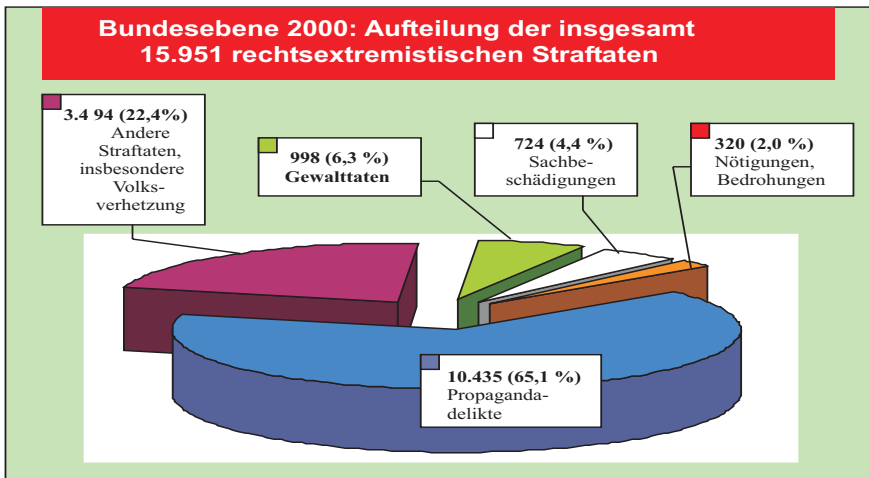
Straftaten/Straftäter

Die Gesamtzahl aller rechtsextremistischen Straftaten, einschließlich der fremdenfeindlich (☞ *Fremdenfeindlichkeit*) und antisemitisch (☞ *Antisemitismus*) motivierten Straftaten, nahm in den letzten zehn Jahren signifikant zu. 1991 wurden insgesamt 3.884 Gesetzesverletzungen mit rechtsextremistischem Hintergrund registriert, 1993 waren es bereits 10.561 Straftaten. 1999 wurden bundesweit von der Polizei 10.037 Straftaten mit rechtsextremistischem Hintergrund erfasst und im Jahr

2000 stieg die Zahl auf 15.951 (+ 58,9 %). Bei 3.594 (22,5 %) Straftaten lag eine fremdenfeindliche und bei 1.378 (8,6 %) Straftaten eine antisemitische Motivation zugrunde. Die meisten rechtsextremistischen Straftaten (10.979: 68,8 %) wiesen keinen fremdenfeindlichen oder antisemitischen Bezug auf. Hierbei handelt es sich ganz überwiegend um Propagandadelikte (§§ 86, 86a StGB u.a.).

In der genannten Gesamtzahl ist auch die Zahl der rechtsextremistisch, fremdenfeindlich und antisemitisch motivierten Gewalttaten enthalten. Anfang der neunziger Jahre kam es zu einem dramatischen Anstieg der Gewalttaten, der mit 1485 Gewalttaten im Jahre 1992 seinen Höhepunkt erreichte. Zwischen 1994 und 1999 schwankte die Zahl auf relativ hohem Niveau zwischen ca. 600 bis 800 Gewalttaten pro Jahr. Im Jahr 2000 war wiederum ein drastischer Anstieg der Gewalttaten um 33,8 % von 746 auf 998 zu verzeichnen.

(Anmerkung: In die statistische Erfassung rechtsextremistischer Gewalttaten wurden bis 1996 auch „Sachbeschädigungen mit Gewaltanwendung“ eingerechnet. Sie werden seitdem nicht mehr als Gewalttaten gezählt, weil das Strafgesetzbuch keinen so spezifizierten Straftatbestand kennt, sondern unterschiedslos von „Sachbeschädigungen“ spricht. Zur Vergleichbarkeit mit den Gewalttatenzahlen der Vorjahre hat das Bundeskriminalamt die Daten aus früheren Statistiken entsprechend bereinigt. Die o.g. Zahlen entsprechen der neuen Zählweise).



Die Gesamtzahl der Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund wird nach folgenden Tatrichtungskategorien unterschieden: fremdenfeindliche und antisemitische Gewalt, Gewalttaten gegen tatsächliche oder vermeintliche Linksextremisten und andere politische Gegner sowie sonstige rechtsextremistische Gewalttaten. Von den 2000 insgesamt erfassten 998 Gewalttaten waren 641 (64,2 %) fremdenfeindlich motiviert (zur Definition s. ➔ *Fremdenfeindlichkeit*). Lässt sich aufgrund der Tatumstände im Einzelfall nach polizeilichen Ermittlungen nicht ausschließen, dass eine fremdenfeindliche Straftat vorliegt, wird sie als solche statistisch erfasst. Eine rechtsextremistische Motivation wird insbesondere dann vermutet, wenn sich der Täter zu einer entsprechenden Zielsetzung bekennt, oder wenn die Tatumstände einen vernünftigen Zweifel an einer rechtsextremistischen Motivation nicht aufkommen lassen.

Bundesebene: Gewalttaten mit rechtsextremistischem Hintergrund			
Tatrichtung / Motivation	1999	2000	Veränderungen
Fremdenfeindlich	451	641	+ 42,1 %
Antisemitisch	16	29	+ 81,2 %
Gegen Linksextremisten	53	43	- 18,9 %
Sonstige rechtsextremist. Gewalttaten	226	285	+ 26,1 %
Gewalttaten insgesamt	746	998	+ 33,8%

Rechtsextremistisch motivierte Gewalttaten werden zudem nach Tatarren (Tötungsdelikte, Sprengstoffanschläge, Brandanschläge, Landfriedensbrüche und Körperverletzungen) differenziert, wobei der ganz überwiegende Teil Körperverletzungsdelikte sind. Die 2000 verübten 998 Gewalttaten teilen sich wie folgt auf: zwei vollendete und 15 versuchte Tötungsdelikte, sieben Sprengstoffanschläge, 41 Brandstiftungen, 874 Körperverletzungen und 59 Landfriedensbrüche.

Der weit überwiegende Teil der rechtsextremistisch und fremdenfeindlich motivierten Straf- und Gewalttaten wird von Jugendlichen und Heranwachsenden begangen. Insbesondere fremdenfeindliche Gewalttaten werden in den allermeisten Fällen als Gruppentat verübt. Aktuelle Auslöser für die nur selten vorgeplanten Gewalttaten sind oft gruppendynamische Prozesse und Konflikte in Alltagssituationen, die insbesondere


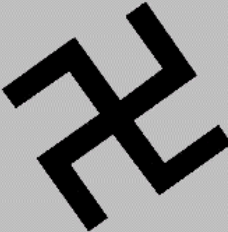

unter Alkoholeinfluss zu unkontrollierten Aggressionen und Hassausbrüchen führen. Der überwiegende Teil der Täter weist einen einfachen Bildungs- und Berufshintergrund auf, häufig sind soziale oder persönliche Probleme und eine jugendkriminelle Vorgeschichte erkennbar.

Ein erheblicher Teil der Tatverdächtigen entstammt entweder direkt der rechtsextremistischen Skinhead-Szene (☞ *Skinheads*) bzw. ihrem Umfeld oder gehört anderen Gruppen mit fremdenfeindlichen Einstellungen an. Da viele Gewalttäter keine Kontakte zum organisierten Rechtsextremismus (Parteien, Vereine, etc.) oder zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene aufweisen, waren sie den Verfassungsschutzbehörden vor ihrer Tat in der Regel nicht bekannt.

Symbole, Fahnen, Erkennungszeichen

Nach § 86a StGB (☞ *Straftatbestände*) ist die Verbreitung und das öffentliche Verwenden von Kennzeichen verbotener verfassungswidriger Organisationen untersagt. Ebenfalls verboten sind Kennzeichen, die diesen zum Verwechseln ähnlich sind. Zu den Kennzeichen im Sinne des Gesetzes zählen namentlich Fahnen, Abzeichen, Uniformstücke, Parolen und Grußformen („Heil Hitler!“, u.a.). Die Vorschrift des 86a StGB wurde in erster Linie in das Strafgesetzbuch aufgenommen, um nationalsozialistische Symbolik aus der Öffentlichkeit zu verbannen. Außer den Symbolen und Kennzeichen, die bereits von der NSDAP und anderen nationalsozialistischen Organisationen verwendet wurden, sind auch Kennzeichen von später verbotenen neonazistischen Vereinigungen betroffen, die nach Inkrafttreten des Gesetzes verboten wurden (☞ *Verbotene Organisationen*). In der Vergangenheit haben Neonazis mehrfach versucht, Verbote zu unterlaufen, in dem z.B. der Hitler-Gruß abgewandelt wurde: mit drei ausgestreckten Fingern statt mit der flachen Hand. Diese als so genannter „Kühnen-Gruß“ bekannt gewordene Grußform ist aber als Kennzeichen der verbotenen ☞ *„Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“* strafbewehrt. Während die Losung der SS „Meine Ehre heißt Treue“ eindeutig verboten ist, wird die auf neonazistischen Demonstrationen häufig zu hörende Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS“ zumeist nicht verfolgt, da sie im Gegensatz zur SS-Losung in der Zeit des 3. Reiches nicht in formalisierter Form verwendet wurde und daher kein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation darstellt.

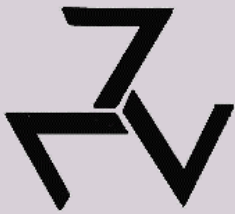



Im Folgenden sind eine Reihe von verbotenen Symbolen und Kennzeichen abgebildet. Zur Abgrenzung sind auch einige Kennzeichen aufgeführt, die zwar von Neonazis und rechtsextremistischen Skinheads verwendet werden, aber nicht verboten sind. Ein Sonderfall ist die Reichskriegsflagge (Kriegsflagge des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reiches von 1867 bis 1921) aus der Zeit vor 1935 (ohne Hakenkreuz): Sie zu zeigen ist zwar nicht strafbar, die Polizei beschlagnahmt sie aber unter bestimmten Umständen wegen Störung der öffentlichen Ordnung.

		<p>Strafbar Hakenkreuz – Symbol der NSDAP, wird in zahlreichen Variationen verwendet (Beispiele nachfolgend)</p>
		<p>Strafbar Hakenkreuz – seitenverkehrt</p>
		<p>Strafbar Hakenkreuz – negativ Symbol der verbotenen <i>„Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“</i></p>

		<p>Strafbar Hakenkreuz – leicht verändert (Swastika-Kreuz). Wurde in ähnlicher Form von den Nationalsozialisten in Symbolen des „Deutschen Frauenwerkes“ und der „NS-Frauenschaft“ verwendet.</p>
		<p>Strafbar Sigrune (germanisches „S“) Zeichen des „Deutschen Jungvolkes“</p>
		<p>Strafbar Doppel-Sigrune/SS-Rune Zeichen der „Schutzstaffeln“ (SS) der NSDAP</p>
		<p>Strafbar Abgeänderte Sigrune mit waagerechten Spitzen, Kennzeichen der verbotenen ➔ „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“</p>

	<p>Strafbar Wolfsangel, strafbar als Symbol der verbotenen „Jungen Front“</p>
	<p>Nur strafbar als Kennzeichen (Odalrune) des verbotenen „Bundes Nationaler Studenten“ (BNS) und der verbotenen ➤ „Wiking-Jugend“ (WJ)</p>
	<p>Strafbar Abzeichen der „Sturmabteilung“ (SA)</p>
	<p>Strafbar Reichskriegsflagge mit Hakenkreuz (1935 – 1945)</p>

	<p>Nicht strafbar Reichskriegsflagge (1867–1921). Das Zeigen der Flagge ist zwar nicht strafbar, die Polizei kann sie aber unter bestimmten Umständen wegen Störung der öffentlichen Ordnung einziehen.</p>
	<p>Nicht strafbar Reichskriegsflagge (1922 – 1933)</p>
	<p>Nicht strafbar Reichskriegsflagge (1933 – 1935)</p>
	<p>Strafbar nur in Verbindung mit verbotenen Organisationen (s. ➔ „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“). Das Keltische Kreuz steht u. a. für das „kulturelle Erbe der arischen Herrenrasse“, insbesondere in der Skinhead-Szene weit verbreitet (➔ <i>Skinheads</i>).</p>

	<p>Nicht strafbar Sonnensymbol (Sonnenrad) „Triskele“, wird u.a. von der ☞ „White Power“-Bewegung und vom ☞ „Ku Klux Klan“ (KKK) benutzt sowie bis zu ihrem Verbot am 14.09.2000 von der ☞ „Blood & Honour“-Bewegung (B & H).</p>
	<p>Strafbar Logogramm der am 14.09.2000 verbotenen Skinhead-Organisation ☞ „Blood & Honour“ (B & H). Das Verbot ist noch nicht rechtskräftig. In der Skinhead-Szene wird seit dem Verbot für B & H das Kürzel „28“ (B=2, H=8) verwendet.</p>
	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ☞ „Nationalen Sammlung“ (NS)</p>
	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ☞ „Nationalen Liste“</p>

	<p>Strafbar Symbol „NF“ der verbotenen ➔ „Nationalistischen Front“ (NF)</p>
	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ➔ „Deutschen Alternative“ (DA)</p>
	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ➔ „Nationalen Offensive“ (NO)</p>
	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ➔ „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA)</p>

	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ☞ „Volksozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA)</p>
	<p>Strafbar Symbol der verbotenen ☞ „Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei“ (FAP). Der Zahnkranz als Umrahmung eines Hakenkreuzes fand auch in dem Symbol der nationalsozialistischen „Deutschen Arbeitsfront“ Verwendung.</p>
	<p>Strafbar Erkennungszeichen der verbotenen ☞ „Direkte Aktion Mitteldeutschland“ (JF)</p>
	<p>Nicht strafbar Symbol der ☞ „Hammerskins“. Zum Zahnkranz: s. Erläuterung FAP.</p>

	<p>Nicht strafbar Symbolik von Rechtsextremisten mit der ☞ „White Power“-Faust und Zahlen-Codes für Rassismus sowie „Heil Hitler“-Grußformel.</p> <p>88: siehe Erläuterung unten 14: siehe Erläuterung unten</p>
<p>88</p>	<p>Nicht strafbar Die Zahlen stehen für den 8. Buchstaben im Alphabet = H.H. Mit dieser synonym für die verbotene Grußformel „Heil Hitler“ verwendeten Abkürzung signalisieren Rechtsextremisten ihre Gesinnung.</p>
<p>14</p>	<p>Nicht strafbar Die Zahl signalisiert rassistische Gesinnung. Sie steht für die 14 Worte: <i>„Wir müssen das Leben unserer Rasse und eine Zukunft für unsere weißen Kinder sichern.“</i> (☞ <i>Rassismus</i>)</p>
<p>18</p>	<p>Nicht strafbar Die Zahlen stehen für den 1. und 8. Buchstaben im Alphabet = A.H. Mit dieser synonym für „Adolf Hitler“ verwendeten Abkürzung signalisieren Neonazis ihre Gesinnung.</p>

Synergon Deutschland (SYD)

1995 gegründete deutsche Sektion des europaweit etablierten national-revolutionären (☛ *Nationalrevolutionäre*) Netzwerkes „Synergies Européennes“ (Europäische Synergien) mit Sitz in Hamburg. Diese Vereinigung wurde 1993 nach Abspaltung von der französischen ☛ „*Neuen Rechten*“ (*Nouvelle Droite*) ins Leben gerufen. Die „Europäischen Synergien“ bezeichnen sich selbst als „neue Schule Europas“. Ziel ist die Überwindung der bestehenden demokratisch-pluralistischen Gesellschaftsordnung in Europa zugunsten eines organisch-hierarchischen Staats- und Gesellschaftsmodells. Einmal im Jahr findet eine sog. „Sommeruniversität“ statt. 1997 beschlossen „Synergon“ und die ☛ „*Deutsch-Europäische Studien-Gesellschaft*“ (DESG) eine Zusammenarbeit u. a. hinsichtlich der Herausgabe der Publikation „DESG-inform“. Der jetzige Leiter von Synergon ist gleichzeitig Geschäftsführer des rechtsextremistischen Verlages und Vertriebsdienstes „*Zeitenwende*“ aus Dresden.



Terrorismus

Terrorismus im engeren Sinne ist nach der Definition der Verfassungsschutzbehörden der nachhaltig geführte Kampf für politische Ziele, die mit Hilfe von Anschlägen auf Leib, Leben und Eigentum anderer Menschen durchgesetzt werden sollen, insbesondere durch schwere Straftaten, wie sie in § 129a Abs. 1 des StGB (Bildung terroristischer Vereinigungen) genannt sind (Mord, Totschlag, Völkermord, Brandstiftungen, Sprengstoffanschläge u.a.), oder durch andere Straftaten, die zur Vorbereitung solcher Straftaten dienen. Die Vereinigung i. S. d. § 129a StGB muss nach ständiger Rechtsprechung aus mindestens drei Personen bestehen. Diese Definition ist nicht deckungsgleich mit dem umgangssprachlichen Verständnis von Terrorismus, das auch einzelne schwere Gewaltakte einschließt, ohne dass hinter den Anschlägen eine aus mindestens drei Personen bestehende, auf eine gewisse Dauer angelegte Gruppe stehen muss, die zielgerichtet terroristische Bestrebungen verfolgt. Die ursprünglich für den Linksterrorismus entwickelte Definition ist auf den Rechtsextremismus nur bedingt übertragbar, weil es rechtsterroristische Erscheinungsformen gibt wie den Fanaltäter, die im Linksterrorismus unbekannt sind. Gravierendstes Beispiel ist der Rechtsextre-

mist Gundolf KÖHLER, der am 26.09.1980 beim Münchner Oktoberfest einen Sprengstoffanschlag verübte, bei dem 13 Menschen (einschließlich seiner Person) ums Leben kamen und 211 Menschen zum Teil schwer verletzt wurden. KÖHLER entstammte dem Umfeld der ☹ „Wehrsportgruppe Hoffmann“ und hatte dort zuvor an paramilitärischen Übungen teilgenommen (☹ Wehrsport). Hinter der sogenannten „Bajuarischen Befreiungsarmee“ (BBA), die in den Jahren 1993 bis 1996 in Österreich über 20 und 1995 auch in Deutschland zwei Briefbombenattentate verübte, verbarg sich ebenfalls ein Einzeltäter.

Mit dem Aufkommen eines organisierten Neonazismus (☹ Neonazis) und der damit verbundenen Radikalisierung der rechtsextremistischen Szene entwickelten sich Ende der siebziger Jahre Ansätze für einen rechtsextremistisch motivierten Terrorismus. Anfang der achtziger Jahre erlebte die Bundesrepublik Deutschland eine bis dahin beispiellose Serie rechtsterroristischer Gewaltakte. Im Gegensatz zum Linksterrorismus, der auf der Grundlage klar formulierter politischer Ziele ein strategisches Konzept verfolgte und umsetzte, waren rechtsterroristische Gruppen, was die Auswahl der Anschlagziele und ihre Vorgehensweisen betraf, weit weniger berechenbar. Zumeist wurde auch auf schriftliche Tatbekennungen mit entsprechenden Erklärungen verzichtet. Zu den bekanntesten rechtsterroristischen Vereinigungen gehörten die ☹ „Deutschen Aktionsgruppen“, die Sprengstoff- und Brandanschläge auf Ausländerunterkünfte verübten, bei denen mehrere Menschen getötet wurden, und die ☹ „HEPP/KEXEL-Gruppe“, die ihren allerdings nur kurze Zeit währenden „antiimperialistischen Befreiungskampf“ gegen die USA mittels Sprengstoffanschlägen auf Fahrzeuge von US-Amerikanern und zivile Einrichtungen der US-Armee in Hessen führte.

In Deutschland gibt es gegenwärtig keine rechtsextremistischen Gruppen, die im Sinne der engen Terrorismus-Definition handlungsfähig sind. Ein unkalkulierbares Sicherheitsrisiko stellen hingegen Einzeltäter dar, die Anschläge verüben, die von ihrer Zielrichtung und Qualität her mit rechtsterroristischen Gewaltakten gleichzusetzen sind. Zu nennen ist aus der jüngeren Vergangenheit insbesondere der Fall Kay DIESNER, der am 01.12.1997 wegen Mordes bzw. Mordversuchs an zwei Polizisten und am 08.12.1999 in einer zweiten Gerichtsverhandlung wegen Mordversuchs an einem der PDS angehörenden Buchhändler zu lebenslanger

Haft verurteilt wurde. Die Gefahr rechtsterroristischer Aktivitäten ist in den letzten Jahren aber auch im Hinblick auf die Entstehung entsprechender Gruppenstrukturen gewachsen. Anhaltspunkte dafür sind u.a., dass innerhalb der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene die Stimmen zunehmen, die sich für die Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele aussprechen, und einzelne Aktivisten bereits die Bildung von militanten Widerstandszellen und die Aufnahme des bewaffneten Kampfes fordern, um sich insbesondere gegen die staatlichen Repressionsmaßnahmen zur Wehr zu setzen. Dieser Personenkreis sieht sich bereits in einem „Krieg mit dem System“. Auch die relativ hohe Anzahl von Waffen- und Sprengstofffunden (☛ *Waffen*) und die herausragende Qualität einzelner Gewalttaten sind Hinweise für ein rechtsterroristisches Potential. So verübten bis heute unbekannte Täter am 09.03.1999 einen mutmaßlich rechtsextremistisch motivierten Sprengstoffanschlag auf das Ausstellungsgebäude der Wanderausstellung „Vernichtungskrieg - Verbrechen der Wehrmacht 1941 - 44“ in Saarbrücken. Es entstand Sachschaden in Höhe von ca. 500.000,- DM.

Thüringer Heimatschutz (THS)

Aus der „Anti-Antifa Ostthüringen“ (☛ *Anti-Antifa*) entstandener, unstrukturierter neonazistischer Personenzusammenhang (☛ *Neonazis*), der seit 1997 hauptsächlich als THS auftritt und die Bezeichnung „*Anti-Antifa Ostthüringen*“ nur noch bei entsprechenden Aktivitäten nutzt. Der THS ist ein Sammelbecken für Neonazis aus zahlreichen Orten Thüringens. Ihm gehören ca. 160 Aktivisten an. Organisatorisch ist der THS in mehrere Sektionen untergliedert. Er unterhält Verbindungen zu verschiedenen rechtsextremistischen Parteien und Organisationen in- und außerhalb Thüringens. Enge personelle Verflechtungen gibt es vor allem mit der ☛ „*Nationaldemokratischen Partei Deutschlands*“ (NPD) in Thüringen: Vier der 11 NPD-Kreisvorsitzenden werden vom THS gestellt. Im zwölfköpfigen Landesvorstand ist er mit sieben Funktionären vertreten.

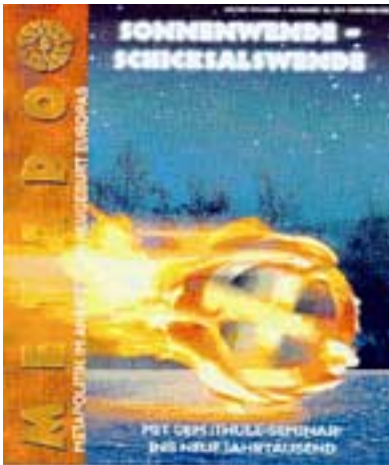
Thule-Netz



1993 von Betreibern der ☞ Mailboxen „Widerstand.BBS“ und „Phantom.BBS“ ins Leben gerufen, 1999 aufgelöster rechtsextremistischer Mailbox-Verbund.

Thule-Seminar e.V.

Nach dem Vorbild der „*Groupement de Recherche et d'Études de la Civilisation Européenne*“ (GRECE, führende Kraft der französischen „Nouvelle Droite“) (☞ „*Neue Rechte*“) vom rechtsextremistischen Politologen, Juristen und Publizisten Pierre KREBS gegründetes Institut mit Sitz in Kassel. Das „Thule-Seminar“ versteht sich als geistig-geschichtliche und metapolitische Ideenschmiede für eine Neuordnung Europas auf der Grundlage der gewachsenen Kulturen aller europäischen „Stämme“ und Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres „heidnisch-religiösen Erbes“. Hauptangriffspunkt ist der in den westlichen Demokratien herr-



sche Gleichheitsgrundsatz, der als „Egalitarismus“ abqualifiziert wird. Ziel ist die Erringung einer europaweiten kulturellen Hegemonie unter rechtsextremistischen Vorzeichen. Im Januar 1998 erschien die bisher letzte Ausgabe der vom „Thule-Seminar“ herausgegebenen Publikation „Elemente der Metapolitik zur europäischen Neugeburt“ in einer Auflage von 5.000 Exemplaren (Eigenangabe). Seit dem Jahr 2000 wird eine Jugendzeitschrift mit dem Titel „METAPO – Metapolitik im Angriff zur Neugeburt Europas“ herausgegeben.

Unabhängige Arbeiterpartei (UAP)

1962 in Essen gegründete Kleinpartei (☞ *Parteien/Parteienverbote*) mit Landesverbänden in Nordrhein-Westfalen, Bayern, Hessen und Berlin. Ihr Schwerpunkt liegt im Ruhrgebiet. Die Partei sieht sich als „*Protest der*

verratenen deutschen Arbeiterschaft“. Über die Herausgabe der Publikationsorgane „Reichs-Arbeiter Zeitung“ (RAZ) und „Der deutsche Sozialist“ hinaus entfaltet sie jedoch kaum Aktivitäten. In der RAZ wird u.a. eine Schuld Deutschlands am 2. Weltkrieg geleugnet und für den Fortbestand des Deutschen Reiches votiert (☞ *Revisionismus*).

Unabhängige Nachrichten (UN)

In einer Auflage von etwa 10.000 Exemplaren erscheinendes Monatsblatt, das vom „Freundeskreis Unabhängige Nachrichten“ (UFK, Bochum) herausgegeben wird. Die UN sind insbesondere antisemitisch (☞ *Antisemitismus*), fremdenfeindlich (☞ *Fremdenfeindlichkeit*) und revisionistisch (☞ *Revisionismus*) ausgerichtet. Die Leserschaft verteilt sich auf das gesamte rechtsextremistische Lager, einschließlich der Neonazi-Szene. In jüngster Zeit versuchten die Herausgeber wiederholt, die UN an Schulen zu verbreiten.



Verbotene Organisationen

Nachfolgend werden die seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verbotenen rechtsextremistischen Vereinigungen in alphabetischer Reihenfolge aufgeführt (☞ *Vereine/Vereinsverbote*):

Organisation	Verbotsbehörde/Verbotsdatum	
Aktionsfront Nationaler Sozialisten /Nationale Aktivisten (ANS/NA), einschließlich: Aktion Ausländerrückführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR), Freundeskreis Deutsche Politik (FK)	Bundesminister des Innern	24.11.83 Vollzug: 07.12.83
Arbeitsgemeinschaft Nation Europa	Senator für Inneres Berlin	29.01.53
Arbeitsgemeinschaft nie vergessene Heimat	Senator für Inneres Berlin	25.09.56
Blood & Honour Division Deutschland *)	Bundesminister des Innern	14.09.00
Bund der Schaffenden, früher: Deutscher Arbeiter-Verband (DAV)	Hessischer Minister des Innern	11.11.52

Bund Deutscher Jugend	Stadt- und Polizeiamt Bremen	13.01.53
Bund Deutscher Jugend	Freie und Hansestadt Ham- burg, Polizeibehörde	14.01.53
Bund Deutscher Jugend	Regierungspräsid. Hannover	15.01.53
Bund Deutscher Jugend	Innenministerium Baden- Württemberg	18.02.53
Bund Deutscher Jugend Hessen	Innenminister des Landes Hessen	07.01.53
Bund Deutscher Nationalsozialisten (BDNS)	Bundesminister des Innern	25.09.56
Bund für Deutschlands Erneuerung	Senator für Inneres, Berlin	25.09.56
Bund für Wahrheit und Recht	Freie und Hansestadt Ham- burg, Polizeibehörde	21.03.52
Bund für Wahrheit und Recht	Innenminister des Landes Schleswig-Holstein	13.08.52
Bund junger Deutscher	Senat von Berlin, Senator für Inneres	06.08.51
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Senator für Inneres, Berlin	14.01.60
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Bezirksregierung für Rhein- hessen auf Weisung des Mi- nisteriums des Innern	01.04.60
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Regierungspräsident Hildes- heim	19.08.60
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Präsident des Niedersächsi- schen Verwaltungsbezirks Braunschweig	25.08.60
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Regierungspräsident Aurich	25.08.60
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Regierungspräsident Aachen	05.01.61
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Regierungspräsident Köln	06.01.61
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Regierungspräsident Mün- ster	09.01.61
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Innenminister des Landes Schleswig-Holstein	14.02.61
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Bayerisches Staatsministeri- um des Innern	24.02.61
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Innenministerium des Lan- des Baden-Württemberg	06.03.61
Bund Nationaler Studenten (BNS) Hochschulgruppe Marburg/Lahn	Oberbürgermeister der Stadt Marburg/Lahn	01.04.60
Bund Nationaler Studenten (BNS)	Freie und Hansestadt Ham-	12.04.60

Hochschulgruppe Hamburg	burg, Polizeibehörde	
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Hildesheim	12.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Lüneburg	12.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Osnabrück	12.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Innenministerium Baden-Württemberg	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Braunschweig	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Präsident des Niedersächsischen Verwaltungsbezirks Oldenburg	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Stade	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Ministerium des Innern des Landes Rheinland-Pfalz	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Aachen	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Arnsberg	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Detmold	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Düsseldorf	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Köln	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Münster	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Innenminister des Landes Schleswig-Holstein	13.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	14.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Aurich	17.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ)	Regierungspräsident Hannover	17.07.62
Bund Vaterländischer Jugend (BVJ) und Freundeskreis Vaterländische Jugend	Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres	16.07.62
Bundesverband der ehemaligen Internierten und Entnazifizierungsgeschädigten e.V. (BIE)	Regierungspräsident Köln	17.04.59

Deutsche Arbeiter-Partei (DAP)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	17.09.52
Deutscher Arbeiter-Verband (DAV), später: Bund der Schaffenden	Hessischer Minister des Innern	11.11.52
Deutsche Alternative (DA)	Bundesminister des Innern	08.12.92 Vollzug: 10.12.92
Deutsche Gemeinschaft (DG)	Regierungspräsident Koblenz	09.02.53
Deutsche Gemeinschaft (DG)	Regierungspräsident Montabaur	24.02.53
Deutsche Gemeinschaft (DG) Landesgemeinschaft Niedersachsen	Niedersächsischer Minister des Innern	19.03.53
Deutscher Heimatschutz (DHS)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	13.01.53
Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (DKB)	Niedersächsischer Minister des Innern	18.12.92 Vollzug: 21.12.92
Deutsche Sozialistische Partei (DSP)	Senat von Berlin, Senator für Inneres	09.08.51
Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	Innenminister des Landes Brandenburg	05.05.95
Diskussionskreis der ehemaligen SS	Bayerisches Staatsministerium des Innern	24.01.53
Europäische Verbindungsstelle (EVS) Nationale Sektion	Innenminister des Landes Schleswig-Holstein	15.06.54
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	Bundesminister des Innern	22.02.95 Vollzug: 24.02.95
Freikorps Deutschland	Freie und Hansestadt Hamburg, Polizeibehörde	11.02.53
Freikorps Deutschland	Stadt- und Polizeiamt Bremen	17.02.53
Freundeskreis Deutsche Politik (FK)	Bundesminister des Innern	24.11.83 Vollzug: 07.12.83
Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	Innenministerium Nordrhein-Westfalen	25.08.93 Vollzug: 02.09.93
Hamburger Sturm *)	Behörde für Inneres Hamburg	11.08.00
Heide-Heim e.V.	Innenministerium Nieder-	09.02.98

Heideheim e.V.	sachsen	Vollzug: 11.02.98
Gründungsausschuss der „Deutschen Gemeinschaft“	Senat von Berlin, Senator für Inneres	10.11.56
Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	Innenministerium Baden-Württemberg	08.07.93 Vollzug: 14.07.93
Kameradschaft Oberhavel	Innenministerium Brandenburg	14.08.97 Vollzug: 15.08.97
Nationale Liste (NL)	Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Inneres	23.02.95 Vollzug: 24.02.95
Nationale Offensive (NO)	Bundesminister des Innern	21.12.92 Vollzug: 22.12.92
Nationale Sammlung (NS)	Bundesminister des Innern	27.01.89
Nationale Sammlungsbewegung (NSB)	Innenministerium Baden-Württemberg	27.01.53
Nationaler Block (NB)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	07.06.93
Nationalistische Front (NF)	Bundesminister des Innern	26.11.92 Vollzug: 27.11.92
Nationaljugend Deutschlands (NJD)	Senator für Inneres, Berlin	20.01.60
„Reichsjugend“ (Höller)	Regierungspräsident Düsseldorf	08.06.57
Skinheads Allgäu	Bayerisches Staatsministerium des Innern	23.07.96 Vollzug: 30.07.96
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) (einschl. deren „Aufbauorganisation“ (SSS-AO) und der Nachfolgeorganisation Nationaler Widerstand Pirna) *)	Sächsisches Staatsministerium des Innern	05.04.01
Soziales Hilfswerk für Zivilinternierte e.V. (SHW)	Regierungspräsident Düsseldorf	17.04.59
Sozialistische Jugend Europas	Senator für Inneres von Berlin	11.03.53
Sozialistische Reichspartei (SRP), einschließlich: Reichsfront Deutsche Reichsjugend	Bundesverfassungsgericht	23.10.53

SRP-Frauenbund		
Stahlhelm e.V. – Bund der Frontsoldaten, Ortsgruppe Bad Bergzabern	Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz	03.03.66
Technischer Dienst (Niedersachsen)	Niedersächsischer Minister des Innern	13.01.53
Technischer Dienst (Bayern)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	24.01.53
Technischer Dienst (Baden-Württemberg)	Innenministerium Baden-Württemberg	18.02.53
Unpolitische Interessengemeinschaft (UIG)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	17.09.52
Unabhängiger Wählerkreis Würzburg – Arbeitskreis für Wiedervereinigung und Volksgesundheit (UWK)	Bayerisches Staatsministerium des Innern	17.02.84 Vollzug: 27.02.84
Vereinigung der ehemaligen SS-Division „Nordland“	Niedersächsischer Minister des Innern	03.05.66
Vereinigung ehemaliger Angehöriger des SS-Kavallerie-Korps in Bad Wildungen	Hessischer Minister des Innern	12.04.56
Vereinigung ehemaliger Internierter in Moosburg	Bayerisches Staatsministerium des Innern	17.09.52
Vereinigung freier unabhängiger Deutscher	Senator für Inneres von Berlin	11.03.53
Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA), einschließlich: Junge Front (JF)	Bundesminister des Innern mit Wirkung vom:	14.01.82 27.01.82
Wehrsportgruppe Hoffmann (WSG)	Bundesminister des Innern mit Wirkung vom:	16.01.80 30.01.80
Wehrsportgruppe Wolfspack/ Sturm 12	Ministerium des Innern und für Sport Rheinland-Pfalz	14.04.83
Wiking-Jugend e.V. (WJ)	Bundesminister des Innern	10.11.94

*) Verbot ist noch nicht rechtskräftig

Vereine/Vereinsverbote

Nach Art. 9 Abs. 1 des Grundgesetzes haben alle Deutschen das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden (Vereinigungsfreiheit). Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten (Abs. 2). Dem

Prinzip der „wehrhaften Demokratie“ entsprechend sieht das Grundgesetz also die Möglichkeit vor, die Vereinigungsfreiheit für diejenigen einzuschränken, die sie zum Kampf gegen die in Art. 9 GG genannten Schutzgüter missbrauchen. Einzelheiten zu Vereinsverboten sind im Vereinsgesetz geregelt. Parteien sind keine Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes. Für sie gilt Art. 21 des Grundgesetzes und das Parteiengesetz (☛ *Parteien/Parteienverbote*).

Nach dem Vereinsgesetz darf ein Verein nur dann verboten werden, wenn durch Verfügung der zuständigen Behörde festgestellt wird, dass seine Zwecke oder seine Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder dass er sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet. In der Verfügung ist die Auflösung des Vereins anzuordnen. Verbotsbehörden sind - je nach dem Tätigkeitsgebiet eines Vereins - entweder der Bundesminister des Innern für länderübergreifend tätige Vereine oder die jeweiligen Innenministerien und -behörden.

In der über 50-jährigen Geschichte der Bundesrepublik Deutschland wurden zahlreiche rechtsextremistische Vereinigungen verboten (☛ *Verbotene Organisationen*). Eine zum Verbot führende verfassungsfeindliche rechtsextremistische Zielrichtung liegt z. B. vor, wenn eine Vereinigung in Programm, Vorstellungswelt und Erscheinungsform eine Wesensverwandtschaft mit dem ☛ *Nationalsozialismus* aufweist, indem sie u.a. eine mit dem Diskriminierungsverbot des Art. 3 Abs. 3 GG unvereinbare Rassenlehre propagiert, die demokratische Staatsform verächtlich macht und die Überwindung der verfassungsmäßigen Ordnung anstrebt.

Vereinigte Länder des Deutschen Ostens (VLDO – Gruppe HOFFMANN)

1985 von der rechtsextremistischen Gruppe gleichen Namens (VLDO - Gruppe STOLLE, jetzt: ☛ *„Gemeinschaft Deutscher Osten“*) abgespaltene Funktionärsgruppe mit Sitz in Augsburg. Die VLDO betrachtet sich selbst als „deutscher Nachkriegsstaat“ und rief aus diesem Grund eine „Nationalversammlung des Deutschen Ostens“, einen „Ostdeutschen Länderrat“ und eine „Staatsvertretung des Deutschen Ostens“ ins Leben. Tritt auch als „Notvertretung bzw. Staatsvertretung des Deutschen Ostens“, „Vereinigte Ostdeutsche Länder“ und – wie die Gruppe

STOLLE - als ☞ „Gemeinschaft Deutscher Osten“ (GDO) auf. Sie lehnt die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik Deutschland nach 1945, die Erziehung zu demokratischem Verhalten und zur Achtung der Menschenrechte ab und leugnet die Schuld Deutschlands am Zweiten Weltkrieg (☞ *Revisionismus*).

Vereinigte Rechte (VR)

1997 gegründete Kleinpartei (☞ *Parteien/Parteienverbote*) mit Sitz in Stuttgart, die erfolglos versucht, „die deutschen Rechtsparteien zu einer einzigen und starken patriotischen Partei“ zusammenzuführen. Sie verfügt über Landesverbände in Sachsen, Brandenburg und Baden-Württemberg sowie über einige Kreisverbände. Viele Funktionsträger waren zuvor in anderen rechtsextremistischen Parteien aktiv. 1999 trat ein Abgeordneter der ☞ „Deutschen Volksunion“ (DVU) im Landesparlament von Sachsen-Anhalt zur VR über.

Verlage

In Deutschland gibt es neben den partei- und organisationsgebundenen Verlagen wie der ☞ „Deutsche Stimme-Verlagsgesellschaft“ (☞ „Nationaldemokratische Partei Deutschlands“) oder dem ☞ „DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag“ (☞ „Deutsche Volksunion“) über 40 unabhängige rechtsextremistische Verlage, Vertriebs- und Buchdienste (ohne Skinhead-Vertriebe), die mit ihrem Angebot an Büchern, Zeitschriften und Tonträgern maßgeblich dazu beitragen, dass rechtsextremistisches Gedankengut Verbreitung findet. Das Spektrum reicht von Verlagen, die sich mit ihren Büchern und Zeitschriften hauptsächlich an der Theorie- und Strategiediskussion im rechtsextremistischen Lager beteiligen bis hin zu Vertriebsdiensten, die fast ausschließlich antiquarische Werke aus der Zeit des 3. Reiches verbreiten. Den wenigen größeren Verlagen mit einem umfangreichen Buch- und Zeitschriftenangebot (☞ *Zeitungen/Zeitschriften*) wie dem Arndt-Verlag, dem Grabert-Verlag und der „VGB Verlagsgesellschaft Berg“, steht eine Vielzahl von kleinen Verlagen gegenüber, die teilweise sehr spezialisiert sind und sich auf einzelne politische, kulturelle, historische und/oder zeitgeschichtliche Themenbereiche oder sonstige Themen beschränken, die von Rechtsextremisten instrumentalisiert werden (Heidentum, nordische Mythologie,

Esoterik, Okkultismus, Ökologie, u.a.). Die wichtigsten Verlage und Vertriebsdienste sind nachfolgend aufgeführt:

- Arndt-Verlag (Martinsrade/Schleswig-Holstein)
- Arndt-Buchdienst/Europa-Buchhandlung (Martinsrade/Schleswig-Hol.)
- Arun-Verlag (Engerda/Thüringen)
- Castel del Monte-Verlag (München)
- Deutsche Stimme-Verlagsgesellschaft mbH (Stuttgart)
- DSZ-Druckschriften- und Zeitungsverlag (München)
- FZ-Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH (München)
- DVG-Deutsche Verlagsgesellschaft mbH (Rosenheim)
- Europa vorn Verlag (Eschweiler)
- Grabert-Verlag (Tübingen)
- Grabert-Versandbuchhandlung/Deutscher Buchkreis (Tübingen)
- Hohenrain-Verlag (Tübingen)
- Nation Europa Verlag GmbH (Coburg)
- Nation Europa-Buchdienst Coburg)
- Patria Versand GmbH (Landshut)
- PHI Pressedienst (Kaunas/Litauen)
- Roland Faksimile-Roland Versand KG (Bremen)
- Verlag der Freunde (VdF) mit Buchdienst (Berlin)
- Verlag Deutsch-Europäischer Studien GmbH (Hamburg)
- Verlag für ganzheitliche Forschung und Kultur (Viöl/Bondelum/NI)
- Verlag für Volkstum und Zeitgeschichtsforschung (Vlotho)
- VGB Verlagsgesellschaft Berg GmbH (Berg am Starnberger See)

Völkischer Bund (VB)

1985 gründete der militante Neonazi Peter NAUMANN, ehemals Funktionär der ☹ „*Junge Nationaldemokraten*“ (JN), die rechtsextremistische „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände/Völkischer Bund“ (ANV/VB). Im Mai 1995 löste er den „Völkischen Bund“ (VB) auf, um einem von ihm erwarteten Verbot zuvorzukommen. Die „Arbeitsgemeinschaft Nationaler Verbände“ (ANV), als deren Gliederung sich der VB verstand, war bereits seit 1991 inaktiv. NAUMANN galt in der Neonazi-Szene als Sprengstoffexperte. 1982 hatte er Kontakt zu Otfried HEPP und Walter KEXEL (☹ „*HEPP/KEXEL-Gruppe*“, ☹ „*Terrorismus*“) und offenbarte ihnen seinen Plan, das alliierte Kriegsverbrechergefängnis in Berlin-Spandau zu sprengen, um den dort einsitzenden ehemaligen

HITLER-Stellvertreter Rudolf HEB zu befreien (☛ *HEB-Gedenkaktionen*). Zur Tatausführung kam es jedoch nicht. 1988 wurde NAUMANN durch das Oberlandesgericht Frankfurt/M. zu einer Freiheitsstrafe von viereinhalb Jahren verurteilt. Das Gericht befand ihn für schuldig, 1978 einen Sprengstoffanschlag auf eine antifaschistische Gedenkstätte in Rom (Fosse Ardeatine, Erinnerung an die Erschießung von 335 zivilen italienischen Geiseln durch die SS im März 1944) begangen sowie Sprengstoffanschläge auf Sendeeinrichtungen verabredet zu haben. Zu den Tatzeiten wurde ein Vorbereitungsfilm für die Fernsehserie „Holocaust“ ausgestrahlt. Nach Überzeugung des Gerichts habe er 1982 auch den Versuch unternommen, eine rechtsterroristische Vereinigung zu gründen.

1995 behauptete NAUMANN, sich von der Gewalt als Mittel der Politik losgesagt zu haben. Er öffnete in Anwesenheit von Vertretern des Bundeskriminalamtes und der Presse zehn mit Waffen und Sprengstoff gefüllte, überwiegend Ende der siebziger Jahre angelegte Erddepots in Niedersachsen und Hessen und übergab weiteren Sprengstoff sowie eine Schusswaffe. Insgesamt wurden 1995 fast 200 kg Sprengstoff unterschiedlicher Art, drei Schusswaffen, Zündmittel, Panzerfaust- und Handgranaten, Minen und eine größere Menge Munition sichergestellt (☛ *Waffen*).

Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA)

Mit Beschluss vom 16.01.1999 in den ☛ „*Ehrenbund Rudel – Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten*“ (ER) überführte ehemalige Aktionsgemeinschaft des Vereins „Deutsche Volksunion e.V.“ (☛ „*Deutschen Volksunion*“).

Volksgemeinschaft

Der Begriff „Volksgemeinschaft“ bezeichnet ein zentrales Element der rechtsextremistischen Weltanschauung. Nach nationalsozialistischer Lesart ist sie die aus der Bluts-, Schicksals- und nationalsozialistischer Glaubensgemeinschaft hervorgehende Lebensgemeinschaft des Volkes, in der Klassen, Parteien, Standesgegensätze und individuelle Interessen zugunsten des gemeinsamen Nutzens aller „Volksgenossen“ aufgehoben sein sollen. „Volksgemeinschaft“ bezeichnet die angestrebte „Gleichschaltung“ nach innen, um nach außen Geschlossenheit und Schlagkraft zu gewinnen. Der Begriff umfasst inhaltlich zum einen die rassistisch be-

stimmte Blutsgemeinschaft des Volkes, die sich am Gebot der „Rassenreinheit“ und „Erbgesundheit“ zu orientieren hat. Er bezeichnet ferner die Sozialgemeinschaft solidarischer „Arbeiter der Stirn und der Faust“, die keine Interessengegensätze kennt und sich in der „Betriebsgemeinschaft“ verkörpert. Schließlich wurde der Begriff von den Nationalsozialisten auch mit einer rechtlichen Bedeutung versehen: Volksgemeinschaft als Ausdruck einer „Rechtsgemeinschaft“, von der das Recht ausgeht im Sinne des Satzes „Recht ist, was dem Volke nützt“. Ihre Rechtfertigung bezieht die Idee der „Volksgemeinschaft“ aus dem Postulat, dass das menschliche Leben nach der Schöpfungsordnung an die überpersönliche Lebenseinheit des Volkes gebunden und das Dasein des Einzelnen nur durch das Bestehen der Gemeinschaft möglich sei. Losgelöst von der Ganzheit des Volkes verliere die Einzelperson den Sinn ihres Daseins. Die Ideologie der Volksgemeinschaft gipfelt mithin in dem Ausspruch „Du bist nichts, dein Volk ist alles!“.



Der im Gedanken der Volksgemeinschaft zum Ausdruck kommende völkische Kollektivismus steht im diametralen Gegensatz zum Menschbild des Grundgesetzes, das die Würde des Menschen und die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit in den Mittelpunkt stellt. Der Begriff Volksgemeinschaft wird auch heute noch von Rechtsextremisten verwendet, u.a. von der ☸ „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD). Die NPD sieht in dem von ihr angestrebten „nationalen Sozialismus die höchste Form der Volksgemeinschaft“ verwirklicht.

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)



Am 27.01.1982 durch den Bundesminister des Innern wegen Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung zusammen mit ihrer Jugendgruppe „Junge Front“ (JF) verbotene und aufgelöste neonazistische Organisation, die sich durch die Beschaffung von Waffen und Munition logistisch auf rechtsterroristische Aktionen vorbereitete (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*, ☞ *Terrorismus*). Die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSBD/PdA), die etwa 120 Mitglieder hatte, avancierte Anfang der achtziger Jahre unter der Führung ihres Vorsitzenden Friedhelm BUSSE zu einer der bedeutendsten neonazistischen Organisationen (☞ *Neonazis*), die sich als „*Speerspitze einer nationalen und sozialen revolutionären Bewegung*“ verstand. BUSSE wurde später Bundesvorsitzender der neonazistischen ☞ „*Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei*“ (FAP), die 1995 verboten wurde.

Vorderste Front

Publikation und Kampfblatt des ☞ „*Nationaldemokratischen Hochschulbundes*“ (NHB). Bis 1995 erschienen sieben Ausgaben, die der NHB auf seiner Homepage ins Internet eingestellt hat. Nach fast sechsjähriger Pause wurde im Jahr 2000 eine neue Ausgabe herausgegeben.

Waffen

Bei Rechtsextremisten ist aufgrund ihrer generellen Orientierung an einer Ideologie der Stärke, die auf die gewaltsame Durchsetzung des Rechts des Stärkeren abzielt, ihrer militaristischen Gesinnung und der ideologischen Überhöhung soldatischer Tugenden und Werte eine weit verbreitete Neigung zum Waffenbesitz auszumachen. In Einzelfällen kann man durchaus von Waffenfetischismus sprechen. Ähnliches gilt für das Sammeln von und Handeln mit Militaria und anderen militärischen Utensilien. Um auf legalem Wege Waffenbesitzkarten und damit Schusswaffen zu erlangen, streben Rechtsextremisten – z.B. über Schießsportver-

eine, Schützenvereine und Reservistenkameradschaften - die Ausbildung an Waffen an. Gefördert wird die Verbreitung von Waffen, insbesondere von Gaspistolen und –revolvern sowie Messern in der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene auch durch die steigende Zahl von gewalttätigen Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern, besonders aus dem Spektrum militanter Antifaschisten. Ein weiteres Indiz für die große Verbreitung von Waffen ist der relativ hohe Anteil von gefährlichen Körperverletzungen an den rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten (☞ *Straftaten/Straftäter*). Die Bereitschaft von Rechtsextremisten, insbesondere Hieb- und Stichwaffen einzusetzen, ist in den letzten Jahren gestiegen.

Waffen- und Sprengstofffunde sind nicht zuletzt auch ein Gradmesser für die Einschätzung der Gefahr rechtsterroristischer Aktivitäten (☞ *Terrorismus*). In der Phase des Rechtsterrorismus Anfang der achtziger Jahre nahmen die Waffen- und Sprengstofffunde nach Anzahl und Umfang signifikant zu. So wurden beispielsweise 1981 in der Lüneburger Heide mehrere von dem Rechtsextremisten und Forstwirtschaftsmeister Heinz LEMBKE angelegte Waffen- und Sprengstofflager entdeckt. In den insgesamt 33 Erddepots lagerten 156 kg Sprengstoff, 230 Sprengkörper, 50 Panzerfäuste, 258 Handgranaten, 13520 Schuss Munition, 15 z.T. automatische Schusswaffen und größere Mengen chemischer Stoffe. Bei Durchsuchungen in jüngerer Zeit wurde ein breites Waffenarsenal von funktionsfähigen Schusswaffen (Gewehre, Revolver, Pumpguns u.a.) und Munition bis hin zu zündfertigen Rohrbomben und anderen Sprengmitteln entdeckt, ebenso Anleitungen zum Bombenbau. Allein im Jahr 2000 kam es zu 42 Waffen- und Sprengstofffunden bei Rechtsextremisten. Auch wenn es gegenwärtig keinen rechtsextremistisch motivierten Terrorismus in Deutschland gibt, birgt der Waffen- und Sprengstoffbesitz in zweierlei Hinsicht ein erhebliches Gefahrenpotential: Rechtsextremisten horten gezielt Waffen und Sprengmittel, um sich auf die von ihnen erwartete bürgerkriegsähnliche Situation vorzubereiten, die ihnen letztlich auch die Möglichkeit eröffnen soll, die Macht mit Gewalt an sich zu reißen. Zum anderen stellen insbesondere gewalttätige Einzeltäter wie Kay DIESNER, die mit ihrer Tat ein Fanal setzen wollen, ein unkalkulierbares Risiko für die innere Sicherheit dar. DIESNER wurde am 01.12.97 wegen Mordes bzw. Mordversuchs an zwei Polizisten und am 08.12.99 in einer zweiten Gerichtsverhandlung wegen Mordver-

suchs an einem der PDS angehörenden Buchhändler zu lebenslanger Haft verurteilt.

Wahlen

Freie und geheime Wahlen sind der zentrale Mechanismus zur Willensbildung und Machtverteilung in demokratischen Staaten und Organisationen. Auch rechtsextremistische Parteien beteiligen sich an Wahlen und sind – zumindest in ihren Satzungen – intern demokratisch aufgebaut. Weite Bereiche des Rechtsextremismus machen allerdings aus ihrer Verachtung für Parlamente („Schwätzerbuden“) kaum Hehl, sie orientieren sich stattdessen sowohl in ihren Zielvorstellungen als auch in ihrer politischen Praxis am ☞ *Führerprinzip*.

Dass Wahlen und Wahlkämpfe für sie nur mittelbare Bedeutung haben, wird beispielsweise am sogenannten „Drei-Säulen-Konzept“ der ☞ *„Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“* (NPD) erkennbar, für die der „Kampf um die Parlamente“ von geringerer Bedeutung ist als der ideologische „Kampf um die Köpfe“ und vor allem der aktionistische „Kampf um die Straße“. Ein wesentlicher Grund für rechtsextremistische Parteien, sich an Wahlen zu beteiligen, liegt in der staatlichen Parteienfinanzierung. Danach muss eine Partei bei Landtagswahlen mindestens 1 Prozent der Wählerstimmen bekommen (Europa- und Bundestagswahlen: 0,5 Prozent), um staatliche Mittel zu erhalten.

Das Wählerpotential der rechtsextremistischen Parteien liegt, sozialwissenschaftlichen Erhebungen zufolge, in Deutschland bei insgesamt etwa 8 Prozent der Wahlberechtigten, es unterscheidet sich jedoch stark nach einzelnen sozialen Gruppen und auch Bundesländern. Dabei ist festzustellen, dass nicht jeder, der ein rechtsextremistisch geprägtes Weltbild hat, auch eine rechtsextremistische Partei wählt oder dazu bereit ist. Für die Wahlentscheidung sind vielmehr auch andere Faktoren – wie die langjährige Bindung an eine nichtextremistische Partei – wichtig. Die Wähler rechtsextremistischer Parteien sind nicht nur reine „Protestwähler“, vielmehr verbinden sich bei ihnen auch Gefühle der Benachteiligung, allgemeine Politikverdrossenheit und typische Merkmale rechtsextremistischen Denkens wie z. B. ☞ *Nationalismus*, ☞ *Fremdenfeindlichkeit* oder ☞ *Antisemitismus*.

Die Analyse verschiedener Wahlen hat weiterhin gezeigt, dass die Bereitschaft zur Wahl rechtsextremistischer Parteien bei jungen Menschen mittlerweile größer ist als bei älteren, dies gilt insbesondere für jüngere Männer. Die folgende Tabelle weist aus, welche Stimmenanteile auf rechtsextremistische Parteien bei Wahlen in den letzten Jahren entfallen sind. Darin wird deutlich, dass es diesen Parteien nur selten gelingt, ihr vorhandenes Wählerpotential auch tatsächlich auszuschöpfen.

Wahlergebnisse rechtsextremistischer Parteien seit 1994

Wahlereignis	DVU %	NPD %	REP %	Rechts- wähler gesamt %
13.03.94 Landtagswahl Niedersachsen	-	0,2	3,7	3,9
12.06.94 Europa-Wahl	-	0,2	3,9	4,1
26.06.94 Landtagswahl Sachsen-Anhalt	-	-	1,4	1,4
11.09.94 Landtagswahl Brandenburg	-	-	1,1	1,1
11.09.94 Landtagswahl Sachsen	-	-	1,3	1,3
25.09.94 Landtagswahl Bayern	-	0,1	3,9	4,0
16.10.94 Landtagswahl Mecklbg.-Vorp.	-	0,1	1,0	1,1
16.10.94 Landtagswahl Saarland	-	-	1,4	1,4
16.10.94 Landtagswahl Thüringen	-	-	1,3	1,3
16.10.94 Bundestagswahl	-	-	1,9	1,9
19.02.95 Landtagswahl Hessen	-	0,3	2,0	2,3
14.05.95 Bürgerschaftswahl Bremen	2,5	0,1	0,3	2,9
14.05.95 Landtagswahl Nordrhein-Westf.	-	-	0,8	0,8
22.10.95 Abgeordnetenhauswahl Berlin	-	-	2,7	2,7
24.03.96 Landtagswahl Baden-Württbg.	-	-	9,1	9,1
24.03.96 Landtagswahl Schleswig-Holst.	4,3	-	-	4,3
24.03.96 Landtagswahl Rheinland-Pfalz	-	0,4	3,5	3,9
21.09.97 Bürgerschaftswahl Hamburg	4,98	0,1	1,8	6,88
01.03.98 Landtagswahl Niedersachsen	-	-	2,8	2,8
26.04.98 Landtagswahl Sachsen-Anhalt	12,9	-	0,7	13,6
13.09.98 Landtagswahl Bayern	-	0,2	3,6	3,8
27.09.98 Landtagswahl Mecklenbg.-Vorp.	2,9	1,1	0,5	4,5
27.09.98 Bundestagswahl	1,2	0,3	1,8	3,3
07.02.99 Landtagswahl Hessen	-	0,2	2,7	2,9
06.06.99 Bürgerschaftswahl Bremen	3,0 1)	0,3	-	3,3

13.06.99 Europa-Wahl	-	0,4	1,7	2,1
05.09.99 Landtagswahl Saarland	-	-	1,3	1,3
05.09.99 Landtagswahl Brandenburg	5,3	0,7	-	6,0
12.09.99 Landtagswahl Thüringen	3,1	0,2	0,8 2)	4,1
19.09.99 Landtagswahl Sachsen	-	1,4	1,5	2,9
10.10.99 Abgeordnetenhauswahl Berlin	-	0,8	2,7	3,5
27.02.00 Landtagswahl Schleswig-Holst.	-	1,0	-	1,0
14.05.00 Landtagswahl Nordrhein-Westf.	-	0,0	1,1	1,1
25.03.01 Landtagswahl Baden-Württbg.	-	0,2	4,4	4,6
25.03.01 Landtagswahl Rheinland-Pfalz	-	0,5	2,4	2,9

1) in Bremerhaven erreichte die DVU 5,99% und errang damit aufgrund des besonderen Bremer Wahlrechts ein Mandat in der Bürgerschaft

2) von den REP dominiertes „Bündnis 99“

Wehrsport

Wehrsport-Aktivitäten werden insbesondere von ☞ *Neonazis* genutzt, um ihren Hang zum Militarismus und zu ☞ *Waffen* auszuleben. In zum Teil mehrtätigen Lagern werden paramilitärische Übungen wie Gelände- und Orientierungsmärsche, Häuser- und Nahkampfausbildung, Schießtraining, Üben von Angriffs- und Verteidigungstaktiken durchgeführt und theoretische Grundlagen vermittelt. Übungsplätze sind zumeist Waldgebiete, Steinbrüche oder ehemalige Truppenübungsplätze. Die Teilnehmer sind in der Regel uniformähnlich gekleidet. Wehrsportähnlichen Charakter haben die bei Rechtsextremisten beliebten sog. „Gotcha“-Spiele, bei denen Pistolen mit Farbkugeln eingesetzt werden. Von Rechtsextremisten wird bereits der Eintritt in unverdächtige „Gotcha“- oder „Farbball“-Vereine und –Gruppen propagiert, um sich paramilitärisch ausbilden zu lassen. Man umgehe so die Gefahr, wegen unerlaubtem Waffenbesitzes oder Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung strafrechtlich belangt zu werden.

Wehrsportübungen sind für fanatische Rechtsextremisten nicht nur Selbstzweck. Ihnen geht es auch darum, sich auf den „Überlebenskampf“ des deutschen Volkes vorzubereiten, da sie davon überzeugt sind, dass eine multikulturelle bzw. multiethnische Gesellschaft unweigerlich in den Bürgerkrieg führt. Wie schnell sich paramilitärische Kampfgruppen zum Rechtsterrorismus hin entwickeln können, zeigt das Beispiel der wohl bekanntesten paramilitärischen Gruppe, der ☞ *„Wehrsportgruppe Hoffmann“*.

Wehrsportgruppe HOFFMANN

1974 gründete Karl-Heinz HOFFMANN in Nürnberg die nach ihm benannte rechtsextremistische „Wehrsportgruppe HOFFMANN“. Die ca. 400 Mitglieder starke Organisation, die 1980 vom Bundesminister des Innern verboten wurde (☞ *Vereine/Vereinsverbote*, ☞ *Verbotene Organisationen*), führte in Uniformen mit ausrangierten Militärfahrzeugen Geländeübungen durch, um sich im Partisanenkampf zu trainieren. Die Gruppe erwies sich auch als Durchlaufstation für rechtsextremistische Terroristen (☞ *Terrorismus*). Der rechtsextremistische Attentäter Gundolf KÖHLER, der 1980 bei einem Anschlag auf das Münchner Oktoberfest 13 Menschen tötete, hatte zuvor an Übungen der „Wehrsportgruppe HOFFMANN“ teilgenommen. Ende 1980 erschoss ein Mitglied der Wehrsportgruppe einen jüdischen Verleger und dessen Lebensgefährtin. Der Attentäter verschwand später im Libanon, wo HOFFMANN mit Unterstützung der militanten Palästinenser-Organisation „Fatah“ eine „Wehrsportgruppe Ausland“ gegründet hatte.

Werkstatt Neues Deutschland

Bezeichnung der von dem ehemaligen Linksterroristen und jetzigen Rechtsextremisten Horst MAHLER (☞ *Bürgerbewegung „Für unser Land“*) betriebenen Internet-Seite. Mit seinen vorwiegend im Internet verbreiteten fremdenfeindlichen und antisemitischen Texten und seinen zusammen mit Dr. Reinhold OBERLERCHER (☞ *Deutsches Kolleg*) formulierten „Thesen zur Reichsstatthalterschaft“, in denen die Wiedererrichtung des Deutschen Reiches propagiert wird, versucht MAHLER seinen Anspruch auf intellektuelle Meinungsführerschaft im extrem nationalistischen Lager zu untermauern.

White Aryan Resistance (WAR)/ Weißer Arischer Widerstand (WAW)

Der „White Aryan Resistance“ („Weißer Arischer Widerstand“) – kurz WAR (= Krieg) genannt - ist eine militante rassistische Vereinigung in den USA. Der Gründer von WAR, der amerikanische Rechtsextremist Tom METZGER, versucht ein internationales Netz „arischer Revolutionäre“ aufzubauen und bedient sich hierzu insbesondere



des Internets zur Vernetzung gleichgesinnter Organisationen. In Schweden agiert unter dem Begriff „Vitt Ariskt Motstånd“ (VAM) ein Netzwerk lokaler militanter Kleingruppen, die den „*internationalen Rassenkrieg*“ predigen, „*mit allen Mitteln, die dazu notwendig sind*“. Dem VAM werden zahlreiche Straftaten zur Last gelegt, wie z.B. der Diebstahl von Waffen, die später bei mehreren Raubüberfällen benutzt wurden.

In Deutschland ist eine Gruppe mit der Bezeichnung „Weißer Arischer Widerstand“ (WAW) nicht bekannt. Der Begriff wird von Rechtsextremisten meist nur im Sinne einer imaginären Widerstandsbewegung gebraucht, als deren Teil oder Angehörige sie sich verstehen. Der wegen Mordes und Mordversuchs 1997 verurteilte militante Rechtsextremist Kay DIESNER bezog sich auf die Idee des WAW, widersprach jedoch Annahmen, dass eine entsprechende Organisation in Deutschland existiere. „Weißer Arischer Widerstand“ nennt sich auch eine Skinhead-Band (☞ *Skinheads*), die 1996 eine Musikkassette („Lieder zum Mitsingen“) mit volksverhetzenden Texten veröffentlichte.

White Power



„White Power“ (Weiße Macht) ist eine insbesondere von rechtsextremistischen ☞ *Skinheads* verwendete rassistische Parole, die die vermeintliche Überlegenheit der „weißen Rasse“ zum Ausdruck bringen soll und gleichzeitig als Kampfbegriff gegen alle „Nichtweißen“ gebraucht wird (s.a. ☞ „*White Aryan Resistance*“/„*Weißer Arischer Widerstand*“). Der Begriff taucht u.a. als Aufdruck auf T-Shirts auf, deren Träger auf diese Weise ihr elitäres Selbstverständnis so-

wie ihre rassistische (☞ *Rassismus*) und fremdenfeindliche (☞ *Fremdenfeindlichkeit*) Gesinnung demonstrativ zur Schau stellen.

White Youth

Im Dezember 1997 in Thüringen gegründete Jugendorganisation von ➔ „Blood & Honour“. Sie wurde am 14.09.2000 zusammen mit der „Blood & Honour Division Deutschland“ vom Bundesminister des Innern verboten. Die fast ausschließlich in Thüringen aktive Vereinigung hatte vorrangig das Ziel, junge Angehörige der Skinhead-Szene zu organisieren und durch den Kontakt zu älteren Kameraden an die Szene zu binden. Sie war ebenfalls zusammen mit der Thüringer Sektion von „Blood & Honour“ an der Organisation von Konzerten beteiligt.



Widerstandsrecht

Nach Artikel 20 Abs. 4 Grundgesetz „haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand“ gegen jeden, der es unternimmt, die staatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, „wenn andere Abhilfe nicht möglich ist“. Obwohl sie das Grundgesetz abschaffen wollen, beanspruchen Teile des rechtsextremistischen Lagers das von der Verfassung garantierte Widerstandsrecht in den Fällen für sich, in denen sie angeblich ungerechtfertigten staatlichen Abwehrmaßnahmen ausgesetzt sind und drohen damit, es auszuüben. Das Widerstandsrecht wird auch dann reklamiert, wenn aus ihrer Sicht Interessen des deutschen Volkes beeinträchtigt werden, so z. B. gegen jede Einwanderungspolitik (Kampfbegriff: „Umvolkung“).

Wiking-Jugend (WJ)

Die 1952 gegründete „Wiking-Jugend“ (WJ) wurde am 10.11.1994 vom Bundesminister des Innern wegen ihrer Wesensverwandtschaft mit der NSDAP und der „HITLER-Jugend“ als neonazistische Organisation verboten (➔ *Vereine/Vereinsverbote*, ➔ *Verbotene Organisationen*). Die



WJ war aus dem Zusammenschluss der „Reichsjugend“, der „Deutschen Unitarischen Jugend“ und der „Vaterländischen Jugend“ entstanden. Zuletzt gehörten ihr rund 400 Mitglieder - überwiegend Erwachsene - an. Wesentliche Merkmale der WJ waren eine rassistisch geprägte „Nordland“-Ideologie und eine nach dem ➡ *Führerprinzip* funktionierende Leitung. Die WJ definierte sich als „volkstreu nordländische Jugendbewegung“ für Fahrt und Lager, Körpererüchtigung sowie angeblich für geistige und handwerkliche Weiterbildung. Ihr Habitus und ihre Rituale

erinnerten an die HITLER-Jugend (HJ) und deren Absicht, die deutsche Jugend im Geiste des ➡ *Nationalsozialismus* sowie zum Dienst am Volk und zur ➡ *Volksgemeinschaft* zu erziehen. Bei Hausdurchsuchungen anlässlich des WJ-Verbotes wurden militärähnliche Ausrüstungsgegenstände (u. a. Tarnanzüge, Koppelschlösser, Stahlhelme) sichergestellt.

Zeitungen/Zeitschriften

In Deutschland gibt es mehr als 100 regelmäßig oder unregelmäßig erscheinende rechtsextremistische Zeitungen und Zeitschriften (➡ s.a. *Verlage*) mit einer jährlichen Gesamtauflage von über sechs Millionen Exemplaren. Mehr als 50 Publikationen erscheinen mindestens viermal im Jahr. Nicht mitgerechnet sind die etwa 40 Skinhead-Schriften, die sog. Fanzines oder Skinzines. Das Spektrum der Publikationen reicht von reinen, meist anlassbezogen hergestellten Propagandablättern in größtmöglicher Auflage über Parteizeitungen mit entsprechenden Themenschwerpunkten, Rundbriefe und ähnliche Veröffentlichungen kleinerer Organisationen, Zeitschriften, die vornehmlich Beiträge zur Theorie- und Strategiediskussion im rechtsextremistischen Lager liefern, Nachrichtenmagazinen, die mit politischen Hintergrundberichten und Analysen aufwarten, bis hin zu Wochenzeitungen, die das aktuelle politische Geschehen in Deutschland möglichst zeitnah aus rechtsextremistischer Sicht kommentieren. Zu den bundesweit oder überregional vertriebenen Publikationen gehören u.a.:

- Blood & Honour (verboten, ehemaliges Magazin der am 14.09.00 verbotenen Skinhead-Organisation „Blood & Honour“)
- Das Freie Forum (Gesellschaft für freie Publizistik e.V., GFP)
- Der Aktivist (Bundesvorstand der „Jungen Nationaldemokraten“)
- Der Republikaner (REP)
- DESG-inform (Deutsch-Europäische Studien-Gesellschaft, DESG)
- Deutsche Bürgerinitiative (Rundbrief des Manfred ROEDER)
- Deutsche Geschichte (VGB Verlagsgesellschaft Berg)
- Deutsche Stimme (NPD)
- Deutschland in Geschichte und Gegenwart (Grabert-Verlag)
- Euro Kurier (Grabert-Verlag)
- Germania-Rundbrief (Revisionist Ernst ZÜNDEL)
- Hamburger Sturm (verboten, ehemaliges Magazin des am 11.08.00 verbotenen „Hamburger Sturms“)
- Nachrichten der HNG (Mitteilungsblatt der neonazistischen Gefangenenhilfsorganisation HNG)
- Nation & Europa - Deutsche Monatshefte (Nation Europa Verlag GmbH)
- National Journal
- National-Zeitung - Deutsche Wochen-Zeitung (DVU)
- NS-Kampftruf (hg. von der NSDAP/AO, Nebraska/USA)
- Opposition (VGB Verlagsgesellschaft Berg mbH)
- PHI Auslandsdienst
- Politische Hintergrund-Informationen (PHI-Deutschlanddienst)
- Recht und Wahrheit (Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V., DDF)
- Signal - das patriotische Magazin (Europa Vorn Vertrieb)
- Sleipnir - Zeitschrift für Kultur, Geschichte und Politik (Verlag der Freunde)
- Staatsbriefe (Castel del Monte-Verlag)
- Unabhängige Nachrichten (Freundeskreis Unabhängige Nachrichten e.V.)
- Vorderste Front (Nationaldemokratischer Hochschulbund)
- Zentralorgan (WOLF-Verlag Norddeutschland)

Zentralorgan (ZORG)



Im „WOLF-Verlag“ (Redaktionsanschrift: Hamburg) drei- bis viermal im Jahr erscheinende, überregionale neonazistische Publikation (☞ *Verlage*, ☞ *Zeitungen/Zeitschriften*), die Ende 1997 von Angehörigen des Kameradenkreises um Thomas WULFF (☞ *Freie Nationalisten*) ins Leben gerufen wurde. Das „Zentralorgan“ (ZORG) entstand aus dem Zusammenschluss verschiedener neonazistischer Schriften (☞ *Neonazis*). Die Zeitschrift soll nach den Vorstellungen der Initiatoren zur „*Kampfzeitung aller Aktivist*en, *Kampfblatt der Massen*“ werden und dazu beitragen, die „freien“ (neonazistischen) Strukturen noch stärker zu vernetzen. Die Auflage liegt bei ca. 3.500 Exemplaren.

Stichworte im Überblick

(Seitenangaben der Fundstellen)

A

Ab jetzt ... Bündnis für Deutschland	13
Aktion Deutsches Radio und Fernsehen (ARF)	13
Aktion Oder-Neiße e.V. (AKON)	13
Aktionsbüro Norddeutschland	13
Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten (ANS/NA)	14
Anti-Antifa	14
Antisemitismus	15
Arbeitskreise Republikanische Jugend (RJ)	17
Arier, arisch	17
Aufbruch 99 - Aufbruch Deutscher Patrioten (ADP)	18
Auschwitz-Lüge	18

B

Berlin-Brandenburger Zeitung der nationalen Erneuerung (BBZ)	19
Bewegung	20
Bewegung Deutsche Volksgemeinschaft (BDVG)	21
Bewegung in Waffen	21
Blood & Honour (B&H)	22
Bündnis Rechts (BR)	22
Bürgerbewegung Für unser Land (FUL)	23
Bund für Gesamtdeutschland (BGD)	23
Bund für Gotterkenntnis (Ludendorff) e.V. (BfG)	24
Burschenschaften	24

C

Combat 18 (C 18)	24
------------------	----

D

Das Freie Forum	26
Der Aktivist	26
Der Einblick	26
Der Republikaner	26
Der Stahlhelm e.V. - Bund der Frontsoldaten - Kampfbund für Europa	27

DESG-inform	27
Deutsche Akademie	28
Deutsche Aktionsgruppen	28
Deutsche Alternative (DA)	29
Deutsche Aufbau-Organisation (DAO)	29
Deutsche Bürgerinitiative (DBI)	30
Deutsche Bürgerinitiative (DBI) - weltweit	30
Deutsche Geschichte	30
Deutsche Heidnische Front (DHF)	31
Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)	31
Deutsche Reichspartei (DRP)	32
Deutsche Stimme (DS)	32
Deutsche Stimme Verlagsgesellschaft	32
Deutsche Volksunion (DVU)	33
Deutscher Kameradschaftsbund Wilhelmshaven (DKB)	35
Deutscher Schutzbund für Volk und Kultur (DSVK)	36
Deutsches Kolleg (DK)	36
Deutsches Rechtsbüro (DRB)	37
Deutsch-Europäische Studiengesellschaft (DESG)	37
Deutschland in Geschichte und Gegenwart (DGG)	37
Die Artgemeinschaft - Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e.V.	38
Die Deutsche Freiheitsbewegung e.V. (DDF) - Der Bismarck-Deutsche	38
Die Nationalen e.V. einschließlich Jungnationale (JNA)	38
Die Republikaner (REP)	39
Direkte Aktion/Mitteldeutschland (JF)	41
DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH	41
E	
Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten (ER)	41
Eine Bewegung in Waffen	41
Europa vorn	42
Europäische Zusammenarbeit/Kontakte in die ehemaligen deutschen Ostgebiete	42

F

Faschismus	44
Freie Nationalisten	45
Freies Info-Telefon Norddeutschland (FIT)	46
Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP)	46
Freiheitliche Deutsche Volkspartei (FDVP)	47
Freiheitlicher Volksblock (FVB)	47
Freikorps	47
Fremdenfeindlichkeit	48
Friedenskomitee 2000/Deutschland-Bewegung	49
Fritz	50
Freundeskreis Freiheit für Deutschland (FFD)	50
Führerprinzip	50
FZ Freiheitlicher Buch- und Zeitschriftenverlag GmbH	51

G

Gebietsrevisionismus	52
Gemeinschaft Deutscher Osten (GDO)	52
Gemeinschaft Ost- und Sudetendeutscher Grundeigentümer und Geschädigter (GOG)	52
Germania-Rundbrief	53
Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung (GfbAEV)	53
Gesellschaft für Freie Publizistik e.V. (GFP)	53
Gewalttaten/Gewalttäter	54

H

Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA)	54
Hamburger Nationaldemokraten (HN)	54
Hamburger Sturm	54
Hammerskins	55
Heide-Heim e.V.	56
Heimattreue Vereinigung Deutschlands (HVD)	57
HEPP/KEXEL-Gruppe	57
HEß-Gedenkaktionen	58
Hetendorf	59
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG)	59

HLA-Nachrichten	60
Hooligans	60

I

Indizierungen	60
Informations- und Kommunikationstechnologien	61
Initiative für Ausländerbegrenzung (I.f.A.)	63
Internet	63

J

Junge Freiheit (JF)	64
Junge Landsmannschaft Ostpreußen (JLO)	64
Junge Nationaldemokraten (JN)	65
Junges Forum	65

K

Kameradschaft Oberhavel	66
Kameradschaften	66
Konservative Revolution (KR)	67
Ku-Klux-Klan (KKK)	68

M

Mädelschar Deutschland	68
Mailboxen	68

N

Nachrichten der HNG	69
Nation & Europa - Deutsche Monatshefte	69
National befreite Zonen	70
National Journal	71
Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)	72
Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)	75
Nationale Außerparlamentarische Opposition (NAPO)	75
Nationale Info-Telefone (NIT)	75
Nationale Liste (NL)	76
Nationale Offensive (NO)	77
Nationale Sammlung (NS)	77
Nationaler Block (NB)	78

Nationaler Widerstand	78
Nationales und Soziales Aktionsbündnis Norddeutschland	79
Nationalismus	79
Nationalistische Front (NF)	81
Nationalrevolutionäre	81
Nationalsozialismus	83
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei/Auslands- und Aufbauorganisation (NSDAP/AO)	85
National-Zeitung/Deutsche Wochen-Zeitung (NZ)	86
Neonazis	87
Neue Rechte	91
Norddeutsche Bewegung (NDB)	93
Nordische Zeitung (NZ)	93
Nordische Zukunft	94
Nordischer Ring (NR)	94
Nordland-Netz	94
NS-Kampfruf	94
O	
Opposition	95
P	
Parteien/Parteienverbote	95
Perspektive	97
PHI Deutschlanddienst/Politische Hintergrund- Informationen (PHI)	97
Progressiver Nationalismus	98
R	
Rassismus	98
Recht und Wahrheit	99
Republikanischer Bund der Frauen (RBF)	100
Republikanischer Bund der öffentlich Bediensteten (RepBB)	100
Revisionismus	100
Revolutionäre Plattform (RPF)	101

S

Sauerländer Aktionsfront (SAF)	101
Schutzbund für das Deutsche Volk e.V. (SDV)	102
Signal - Das patriotische Magazin	102
Skingirl-Freundeskreis Deutschland (SfD)	102
Skinheads	103
Skinheads Allgäu	106
Skinheads Sächsische Schweiz (SSS)	107
Sleipnir	108
Söldner	108
Sozialistische Reichspartei (SRP)	109
Staatsbriefe	109
Straftatbestände	110
Straftaten/Straftäter	115
Symbole, Fahnen, Erkennungszeichen	118
Synergion Deutschland (SYD)	127

T

Terrorismus	127
Thüringer Heimatschutz (THS)	129
Thule-Netz	130
Thule-Seminar e.V.	130

U

Unabhängige Arbeiterpartei (UAP)	130
Unabhängige Nachrichten (UN)	131

V

Verbotene Organisationen	131
Vereine/Vereinsverbote	136
Vereinigte Länder des Deutschen Ostens (VLDO - Gruppe HOFFMANN)	137
Vereinigte Rechte (VR)	138
Verlage	138
Völkischer Bund (VB)	139
Volksbewegung gegen antideutsche Propaganda (VOGA)	140
Volksgemeinschaft	140

Volkssozialistische Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit (VSBD/PdA)	142
Vorderste Front (VF)	142
W	
Waffen	142
Wahlen	144
Wehrsport	146
Wehrsportgruppe HOFFMANN	147
Werkstatt Neues Deutschland	147
White Aryan Resistance (WAR)/ Weißer Arischer Widerstand (WAW)	147
White Power	148
White Youth	149
Widerstandsrecht	149
Wiking-Jugend (WJ)	149
Z	
Zeitungen/Zeitschriften	150
Zentralorgan (ZORG)	152